

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Brief pränumeration  
 Vierteljahr 3.00 RM. monatlich 1.00 RM.  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 abonnements: 1.00 RM. pro Monat  
 Eingetragene in die Volks-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Streichband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 1.00 RM. für das übrige Ausland  
 1.20 RM. pro Monat. Vollabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

**Die Inertions-Gebühr**  
 beträgt für die hochgehaltene Anzei-  
 ge über deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Verträge  
 und Verammlungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das festgebende  
 Wort 20 Pf. (unabhängig 2 festgebende  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Schlafstellenan-  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. **Donnerstag, den 28. September 1916.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Die Ueberleitung der Wirtschaft in den Friedenszustand.

Die Frage der wirtschaftlichen Folgen des Krieges ist naturgemäß von größter Bedeutung nicht nur für den Wirtschaftspolitiker, der heute schon daran denken muß, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestaltet werden sollen, sondern auch für die Gesamtbeurteilung unserer sozialpolitischen Praxis. Manche Umlerner in unserer Partei haben herausgefunden, daß die Folge des verheerenden Krieges ein stürmischer wirtschaftlicher Aufschwung, begleitet von einem Siegeslauf des zentral-europäischen Imperialismus, sein werde, so daß die Arbeiterschaft heute schon gar keine andere Aufgabe habe, als sich dazu vorzubereiten, die Broden vom reich gedeckten Tisch der Imperialisten zu sammeln. . . . Demgegenüber suchten andere Genossen, vor allem Kautsky, speziell in den neuesten Heften des „Kampf“ darauf hinzuweisen, daß der Krieg die wirtschaftliche Entwicklung Europas auf lange hinaus aufhalten werde. Es ist nun interessant, die Meinung eines ersten bürgerlichen Gelehrten, des bekannten Sozialpolitikers Emil Lederer, darüber zu hören, der sich im gleichen Sinne wie Kautsky ausspricht.

In einem in jeder Beziehung sehr lesenswerten Aufsatz im ersten Hefte des 43. Bandes des „Archivs für Sozialwissenschaft“ über „Die Ueberleitung der Wirtschaft in den Friedenszustand“ macht Lederer den Versuch, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges durch eine Analyse des Zirkulationsprozesses festzustellen. Er beginnt dabei mit einer kurzen Rückschau auf die großen Kriege gegen Napoleon und ihre Wirkung auf Englands Wirtschaft, sowie auf die Folgen des Deutsch-Französischen Krieges für Frankreich. Lederer konstatiert dabei, daß die frühmerkantilistischen Auffassungen, die jetzt im Kriege wieder aufgelebt sind (wie der Stolz darüber, daß das Geld im Lande bleibt, daß die Anleihen „Siege“ davontragen, u. a. m.), schon damals in England in Unlaufe waren, wie ja Kriegszeiten überhaupt die Phrasen der Vulgäroökonomie beleben. . . . Damit aber eröffnet sich auch die Ähnlichkeit zwischen dem großen Kriege der damaligen Zeit und dem heutigen, wenigstens in bezug auf die Wirkung dieser Kriege auf die Wirtschaft Englands. Aus den napoleonischen Kriegen, meint Lederer, habe England Vorteil gezogen, weil die Kosten der Napoleonskriege sich auf zwei Jahrzehnte verteilt hatten, die Entwicklung der Produktionskräfte während des Krieges aber nicht gehemmt wurden, wozu noch das Monopol Englands auf den überseeischen Märkten hinzukam, das den reichen Klassen große Gewinne einbrachte.

Wenn wir uns aber erinnern, daß die erste große Wirtschaftskrise, die die moderne englische Industrie zu bestehen hatte, 1815 war, als Rot und Elend der kontinentalen Bevölkerung jeglichen Absatz der englischen Waren, selbst unter den Produktionskosten unmöglich machten, so werden wir auch in bezug auf die wirtschaftlichen Folgen der napoleonischen Kriege gewisse Einschränkungen machen müssen.

Auf jeden Fall war es allein England, das abseits von den Kriegsschauplätzen lag, und das relativ gut abgeschnitten hat. Die Verhältnisse waren übrigens damals ganz andere als heute. Mehr an die Gegenwart erinnert der Deutsch-Französische Krieg. Seine Folgen für Frankreich sagt Lederer so zusammen: Das Gesamtvolkeinkommen hat sich vermindert und zungunsten der Volksschichten verschoben. Da ferner Frankreich zur Deckung der Kriegskosten seine Guthaben aus dem Auslande zurückzog, so hat sich infolgedessen auch die wirtschaftliche Entwicklung des Auslandes verlangsamt.

Die Folgen des jetzigen Krieges charakterisiert er wie folgt: Da die Menge der zur Verfügung stehenden Verbrauchsgüter bedeutend rascher abnimmt als die Kaufkraft, insbesondere infolge des Bedarfs des Staates, so müssen die Preise sehr stark steigen. Höchstpreise sind gegen diese Bewegung, welche — im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft — ganz „natürlich“ ist, kein ausreichendes Gegenmittel; es muß durch Regelung, das heißt Einschränkung des Verbrauchs ergänzt werden. Gleichzeitig werden die Produktivmittel (Maschinen und Warenvorräte) verbraucht, ohne ersetzt zu werden; vielmehr werden diese Güter in fiktives Kapital, in Staatsanleihen verwandelt. Daraus resultiert das Ansteigen der Geldzirkulation im Lande.

Um dieses fiktive Kapital nun in materielle Güter wiederum zu verwandeln, wird es zunächst notwendig sein, die ausländischen Effekten abzustufen, was übrigens schon während des Krieges in großen Massen geschieht, sowie nach Möglichkeit auch Teile der Kriegsanleihen im Auslande unterzubringen. In den neutralen Märkten werden überschüssig sein von Staats- und Industripapieren, die zu abstrakten Mähen genug kosten dürfte. Gelingt dieser Weg aber nicht, dann ist der Wiederaufbau nur aus eigenen Mitteln möglich. Woher aber dann die notwendigen flüssigen Mittel für die Wirtschaft nehmen? Es wird also nichts übrig bleiben, als trotz verminderter Produktion den Akkumulationsprozeß zu beschleunigen zu suchen, und dies kann nur in der Weise geschehen, daß man „spart“, d. h. weniger an Fertigwaren verbraucht, damit Arbeit und Kapital in die Sphäre der Produktionsmittelerzeugung übergeleitet werden kann. Wie ist aber dieser Effekt, das „Sparen“, zu erzielen?

Jederer meint nun, daß in der Steuerpolitik ein Mittel dazu gegeben ist, den privaten Verbrauch einzuschränken zu lassen. „Gelingt es“, sagt er, „die Steuern so einzurichten, daß sie auf den Verbrauch fallen, und diesen wirklich in dem notwendigen Umfang einschränken, so ist durch die Anleihe sogar ein Mittel gegeben, die Regeneration der Volkswirtschaft zu beschleunigen.“ Dagegen läßt sich manches einwenden. Auf jeden Fall hat Lederer vollkommen recht, wenn er weiter zeigt, daß „nur der Betrag (der Steuern), der der Verzinsung der Anleihe dient, das kann“, und auch in dieser Beziehung nur dann, wenn die Empfänger der Zinsen die Steuern zu tragen haben. Wenn aber Steuern von Bevölkerungsteilen erhoben werden, „deren Vermögen keine Veränderung oder eine Verminderung erfahren hat, so ist die Möglichkeit gegeben, daß diese den Verbrauch einschränken müssen, während die Besitzer von Rentenzinsen, die nicht in dem Verlauf der Rentenzinsen besteuert werden, ihren Konsum steigern. Also Einschränkung des Massen-, Erhöhung des Luxuskonsums. Das würde aber zu einem Beharrungs-zustand auf Basis geringeren Massenkonsums führen. . . . und die Volkswirtschaft stabilisiere sich als eine „barbarische“. Man muß also trachten, Akkumulation des Kapitals zu erreichen durch Einschränkung des Luxuskonsums. Völlig wird das nicht ausreichen, aber bloß eine hohe direkte Besteuerung kann uns vor einem barbarischen Zustand der Volkswirtschaft schützen, in den wir bei starker Steigerung der indirekten Steuern geraten müßten. Es muß als Maxime gelten: die Schichten, welche im Wesen die Kriegs-anleihe gezeichnet haben oder hätten zeichnen können, müssen auch die Verzinsung derselben aufbringen“ . . .

So kommt Lederer zu der gleichen Forderung, wie wir: die Regeneration der Staatswirtschaft kann nur auf der Basis der direkten Steuern geschehen, die das Vermögen in erster Linie trifft.

Dann kommt Lederer auf die künftige Handelspolitik zu sprechen und befürwortet einen freien Verkehr. Er ist gegen Handelsverträge und Zollbündnisse. „Auf Schlag folgt Gegen-schlag — kein Friedensvertrag kann ausschließen, daß das Ausland auf erhöhte deutsche Zölle mit noch höheren Zöllen antwortet, daß Deutschland nur schwer seine Ausfuhr steigern kann, was dann gleichbedeutend wäre mit wachsender Ver-schulung.“

Klar in den Gedanken, reich an Anregungen, verdient, wie wir sehen, diese Abhandlung von den Genossen durchaus beachtet zu werden, was mit der kurzen Wiedergabe des In-halts gefördert werden soll.

## Zur Frage der Frauen-erwerbsarbeit.

Von Luise Zick

Die gewaltige Vermehrung der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges ist von größter Bedeutung für die moderne Arbeiterbewegung, für ihre Politik, ihre taktischen Maßnahmen und für ihr Organisationsleben.

Für die Partei kommen dabei drei Gesichtspunkte in Betracht: Zunächst gilt es, grundsätzlich klar und bestimmt zur Frauen-erwerbsarbeit Stellung zu nehmen, ihre Entwicklung als wichtiges historisches Problem aufzuzeigen, als notwendigen geschichtlichen Fortschritt, der eine wesentliche Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus darstellt; eine Entwicklung, die lediglich unter der Herrschaft des Kapitals für die Arbeiterklasse schlimme Begleitumstände zeitigt: Lohnbrud, Ueberlastung und Gesundheits-schädigung der Frau, Vereinträchtigung des Familienlebens, der Kinderpflege und -erziehung, Vernachlässigung der Hauswirt-schaft usw.

Erst die Aenderung der Eigentumsordnung und der Produktionsverhältnisse, ihre Umwandlung in eine sozialistische Ordnung der Dinge, erwachsen auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, wird mit der Befreiung der Arbeit auch von der produktiv tätigen Frau den Fluch nehmen, in den sich ihr Fleiß heute nur zu oft für sie selbst, ihre Lieben und ihre Klasse wandelt. Die steigende Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit durch den technischen Fortschritt, die zunehmende Proletarisierung weiter Volksschichten und die immer größer werdende Ausbeutung der Frauenkraft schaffen die objektiven Vorbedingungen für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft und vermehren gleichzeitig unausgesetzt das Heer der Kämpfer, deren historische Aufgabe es ist, durch Eroberung der politischen Macht das sozialistische Prinzip zum Siege zu führen.

Um in der Gegenwart das Los der arbeitenden Frau zu erleichtern und sie fähig zu machen, neben ihren Müttern, Gattinnen-, Hausfrau- und Arbeiterpflichten ihre geschichtliche Aufgabe in der Arbeiterbewegung erfüllen zu können, ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, die Frauen aufzurütteln, ihre Organisierung und sozialistische Schulung mit Fleiß und Eifer unablässig zu betreiben, als auch mit Energie und Leidenschaft für eine Reform des öffentlichen Erziehungswesens, für die politische Gleichberechtigung der Frau, für einen wirksamen Arbeiterinnenschutz und für soziale Fürsorgeeinrichtungen durch Reich, Staat und Kommune zu kämpfen.

Gegenwärtig leisten die Frauen einen sehr hohen Prozentsatz der Gesamtproduktion, ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ist also stark vergrößert worden.

Diese Erscheinung wird aber keineswegs eine vorübergehende sein. Ueber den Krieg hinaus wird die starke Verwendung weiblicher Arbeitskraft dauern und weiter wachsen. Je länger der Krieg dauert und je mehr der männlichen Arbeitskräfte er vernichtet und beschädigt, desto unentbehrlicher wird die Frauenkraft im Arbeits-prozeß.

Soll diese Entwicklung nicht zu einem Unglück für die Arbeiter-kasse ausschlagen, so müssen wir rechtzeitig Vorkehrungen treffen, um den drohenden schweren Schaden abzuwehren.

Die Frauen dürfen nicht zu Lohnbrüdern werden. Bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen dürfen sich nicht Männer und Frauen der Arbeiterschaft gegenüberstellen, es darf also keinen Kampf der Geschlechter gegeneinander geben, sondern ein gemeinsames Ringen um wirtschaftlichen Aufstieg, um politische und soziale Befreiung.

Zu dem Zwecke müssen die Frauen sich ihrer veränderten sozialen Stellung bewußt werden. Diese Erkenntnis gilt es zu wecken; den Willen, sich Geltung zu verschaffen in Staat und Gesellschaft, zu entwickeln.

Nicht kleinlicher Egoismus, sondern treue Solidarität muß der Leitstern ihres Handelns werden, und deshalb müssen die Frauen für unsere Weltanschauung gewonnen, mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt werden.

Verschiedene Gewerkschaften, die nicht nur vor dem Kriege mit einer umfangreichen Frauennarbeit zu rechnen hatten, sondern auch während des Krieges ein starkes Zufließen der Frauen in die für sie in Frage kommenden Berufe erlebten, haben auf ihren General-versammlungen sich bereits mit der Frage der Frauennarbeit ein-gehend beschäftigt; und vor einigen Monaten haben auch die Ge-werkschaftsvorstände zu ihr Stellung genommen.

Es würde ein schwerer Fehler sein, wenn nicht gleichfalls die Partei unausgesetzt das lebendigste Interesse und die schärfste Auf-merksamkeit dieser volkswirtschaftlich, sozial, politisch und bedölle-rungspolitisch hochbedeutenden Erscheinung widmen würde. Es ist deshalb auch mit Freude zu begrüßen, daß unsere Parteipresse fort-gehend wertvolles Material über den Umfang der Frauennarbeits-arbeit, ihre Dauer und ihre Entlohnung bringt und die dringend nötige Organisierung der Arbeiterinnen aufzeigt.

Zu dieser Behandlung in der Presse muß aber auch die Besprechung in unseren Organisationen kommen.

Kamentlich unsere weiblichen Parteimitglieder sollten sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen und in Uebereinstimmung mit der Parteileitung am Orte alle Agitations- und Schulungs-möglichkeiten besprechen und ausnützen. Auch unter dem Kriegszustand sind Organisationserfolge möglich, wie die Erfahrungen einzelner Orte zeigen; nur schwieriger ist die Arbeit, um so erfreulicher aber auch der Erfolg.

Genossen! Folgt diesem Appell, legt überall Hand an, zeigt Eueren Arbeitsschwestern, daß der Eintritt und die Mitarbeit in Partei und Gewerkschaft eine Notwendigkeit und eine heilige Pflicht für sie ist.

## Kritische Lage in Griechenland.

Schon am 17. d. Mts. konnte der „Secolo“ die Meldung aus Saloniki bringen, daß die revolutionären Kreise Salonikis nach der Militärrevolte, die wenig Anhang gefunden, und nach dem unerwarteten Rücktritt des Ministerpräsidenten Jaimis die Lage dadurch klären wollten, daß sie ganz Grie-chisch-Mazedonien und die altgriechischen Inseln von Griechenland trennen und unter die provisorische Regierung von Venizelos zu stellen beabsichtigten. Die weiteren Ereignisse haben diese Meldung des italienischen Blattes in überraschender Weise bestätigt. Zwar kann heute noch nicht von einer provi-sorischen Regentschaft Venizelos in den erwähnten Gebieten gesprochen werden. Aber die Dinge spitzen sich offensichtlich auf einen solchen Ausgang zu. Mag man den Nachrichten aus Griechenland noch so skeptisch gegenüberstehen: eines scheint doch sicher zu sein, daß die griechischen Inseln, einschließlich Kreta, und Griechisch-Mazedonien mit Saloniki als Mittel-punkt unter dem Einfluß einer Bewegung stehen, die den Wei-tritt zum Vierverband als „nationales Ziel“ proklamiert und davor nicht zurückschrecken würde, die genannten Gebiete von Griechenland unabhängig zu erklären. Venizelos selbst, der sich jetzt vor allem auf seine treue Anhängererschaft in seiner Heimat Kreta stützt, hat einem „Times“-Korrespondenten gegenüber sein Programm folgendermaßen formuliert:

Ich gehe auf die griechischen Inseln, um dort die Führung meiner Landsleute gegen die bulgarischen Vergewaltiger zu über-nehmen. Die Bulgaren verheeren unser Mazedonien, verhaften, mißhandeln, ermorden unsere Landsleute, ohne daß das griechische Heer sie schützt. Meine Politik ist längst bekannt: Als Führer der liberalen Partei habe ich die Intervention Griechen-lands an der Seite der Entente gegen den Angriff ihrer Feinde immer befürwortet. Ich habe immer behauptet, daß das Interesse und das Schicksal Griechenlands von seiner traditionellen Freundschaft mit den Entente-Mächten abhängig ist. Im Februar 1915 bin ich zurückgetreten, weil meine Intervention-Politik nicht genehmigt wurde. Im folgenden August haben die Wahlen, durch die das Volk meiner Politik zustimmte, meine Rückkehr in das Amt ermöglicht. Aber da der König unser Abkommen mit Serbien nicht ausübte, mußte ich wieder zurücktreten. Es ist aber, abgesehen von diesem Abkommen, völlig klar, daß in dem Augenblick, wo Bulgarien sich den Centralmächten anschloß, Griechenland sich im eigenen Interesse auf die Seite der Alliierten stellen mußte. Später

lat Rumänien seine Pflicht, und es ist ausgeschlossen, daß wir Rumänien nicht gegen den gemeinschaftlichen Feind unterstützen sollten. Es geschah aber nichts. Der Verlust von Kavalla, der Forts von Rupeel und Drama sowie dem größten Teile von Mazedonien veranlaßten eine Krise, bei der das Schicksal des Landes selbst auf dem Spiele stand, so daß ich nicht länger gegen die Bitterkeit meiner Landsleute taub bleiben kann, um sie vor der Vernichtung durch die Bulgaren zu schützen. Länger kann ich auch nicht warten. Ich habe meine Unterstützung jedem Kabinett angeboten, das gewillt ist, die Interventionspolitik, die einzige, die mit Griechenland wirkliches Interesse zu vereinbaren ist, zu befolgen. Bisher habe ich durch Vermittelung eines der Entente-Gesandten den König beschworen, nicht mehr Zeit zu vergeuden, sein Land zu evakuieren. Ich bot ihm an, ich wollte mich vollständig zurückziehen, falls das dem Könige keine Wahl erleichtern und ihm helfen könnte, seine Pflicht gegen das Land zu erfüllen. Alles war vergeblich, und jetzt bin ich gezwungen, dem Mahnrufe meiner Landsleute, die durch den Erbfeind unterdrückt werden, zu folgen und die Führung zur Befreiung der bedrückten Völker zu übernehmen. Lange habe ich gezögert, bevor ich diesen letzten Schritt unternahm, ich tue ihn, weil ich absolut überzeugt bin, daß die Personen, die tatsächlich die Leitung Griechenlands in Händen halten, nicht wahrhaft die Absicht haben, das Land zu rücken, das Volk zu mobilisieren und den eingedrungenen Feind zu vertreiben. Glauben Sie nicht, daß ich mich an die Spitze einer gewöhnlichen Revolution stelle. Diese Bewegung ist nicht gegen das Herrscherhaus gerichtet, sondern wird nur von denen unternommen, die nicht länger zusehen können, daß das Land von den Bulgaren vernichtet wird. Es ist ein letzter Versuch, den König zu zwingen, als Führer der Hellenen seine Pflicht zu tun. Tut er sie, dann werden wir als treue Bürger seiner Fahne folgen. Admiral Konduriotis, der oberste Befehlshaber der griechischen Flotte, hat sich mit mir vereinigt in der Aufgabe, die ich jetzt übernehme.

Man wird gegen die Einzelheiten dieser programmatischen Darlegung manches und sehr Gewichtiges sagen können, den Vorzug hat aber diese Darlegung, daß sie die Bewegung in die für den Anschluß an die Entente eintretenden Venizelos-Partei klar hervortreten läßt. Venizelos betont, es sei keine „gewöhnliche Revolution“, an deren Spitze er sich stelle, und sei auch nicht gegen das Herrscherhaus gerichtet. Ihr Ziel ist, eine so heftige Pression auf den König und seine Regierung auszuüben, daß ein Beitritt Griechenlands zur Entente unvermeidlich wird.

Wer die Haltung Venizelos in den zwei Kriegsjahren und die Richtlinien seiner früheren Politik, der Griechenland so viel verdankt, kennt, wird über sein jetziges Programm und seine Haltung nicht erstaunt sein. Um sie zu begreifen, bedarf es keineswegs des Mittels der persönlichen Verdächtigung und Verunglimpfung. Etwas anderes ist es freilich, ob diese Politik den wohlverstandenen Interessen Griechenlands entspricht, und ob nicht gerade die von Venizelos betriebene Politik ihn zum blinden Werkzeug der Entente-Diplomatie macht. Daß dies sehr wohl möglich ist, zeigt eine Note des russischen Ministeriums des Auswärtigen, die dieser Tage den Weg in die Presse gefunden hat. In dieser Note heißt es, daß Griechenland „nur noch durchgreifenden nationalen Erschütterungen“ zum Anschluß an den Verband gelangen könne, und daß die Verbandsdiplomatie deshalb Venizelos raten werde, die Zurückhaltung aufzugeben. Mit ihrem unerbittlichen Jönismus erinnert diese Äußerung der Petersburger Regierung an den im Amtsblatt von Nishinew veröffentlichten Aufruf an das bulgarische Volk, „Bulgarien zu einer Republik zu erklären“. In der Sache selbst bietet sie eine neue grelle Illustration zu den skrupellosen Methoden, mit denen die neutralen Kleinstaaten von den Großmächten in den Krieg hineingehetzt werden.

Bern, 26. September. (W. Z. V.) Eine Meldung der Agence d'Athènes besagt: Die innere politische Lage in Griechenland, die seit Tagen besonders wegen der Haltung der venizelistischen Partei, die wie man sagte, vor radikalen Entschlüssen stehen soll, verwirrt und unsicher war, hat sich unerwartet verschlümmert. Alles weist darauf hin, daß die derzeitige Regierung sofort durch eine neue Regierung des Handels ersetzt werden wird.

Bern, 26. September. (W. Z. V.) Der Mitarbeiter des „Secolo“ in Athen berichtet: Venizelos wird von Kanea (Kreta) aus einen Aufruf erlassen, jedoch, wie man vermutet, noch nicht im Sinne eines Abfalls, sondern um mit dieser letzten Aufforderung ganz Griechenland zum Zwecke eines Eingreifens in den Krieg zu einigen. Der Rücktritt des Vizeadmirals Konduriotis, der sich Venizelos angeschlossen und auf seine Stellung als Generaladjutant verzichtet hat, macht ungeheuren Eindruck. Gerüchteleise verlautet, Venizelos werde in Saloniki die im Juni 1915 aufgelöste Kammer einberufen, eine neue Regierung bilden und den Mittelmächten und ihren Verbündeten den Krieg erklären. Die Führung unter den Offizieren hält an, die Bevölkerung von

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 27. September 1916. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Fortsetzung der Schlacht nördlich der Somme führte gestern wiederum zu überaus starken Artillerie- und erbitterten Infanteriekämpfen; die spitzvorpringende Ecke von Thiepval ging verloren. Weidertseits von Courcellette gewann der Gegner nach mehrfachen verlustreichen Rückschlägen schließlich Gelände. Weiter östlich wurde er abgewiesen. Den Erfolg vom 25. September vermochte er — abgesehen von der Besetzung des Dorfes Guesdescourt — nicht anzunehmen; wir haben seine heftigen Angriffe aus Beobachtung und aus der Front von Morval bis südlich von Bouchevignes, zum Teil im Handgemenge, blutig abgeschlagen.

Südlich der Somme sind französische Handgranatengriffe bei Vermandovillers und Chaulnes mißlungen.

Im Luftkampf wurden gestern und vorgestern an der Somme sechs feindliche Flugzeuge, ein weiteres gestern in der Champagne abgeschossen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front des Generalfeldmarschalls

##### Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

#### Front des Generals der Kavallerie

##### Erzherzog Carl.

Nördlich der Karpathen keine Ereignisse von Bedeutung.

Neue Kämpfe im Ludowa-Abschnitt sind wiederum mit einem verlustreichen Mißerfolg für die Russen geendet.

### Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Unser Angriff bei Hermannstadt machte gute Fortschritte.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Luftschiff- und Fliegerangriffe auf Bukarest wurden wiederholt.

### Mazedonische Front.

Am 25. September wurden östlich des Prespa-Sees weitere Vorteile errungen, östlich von Florina feindliche Angriffe abgeschlagen.

Gestern stießen die bulgarischen Truppen am Kajralesan gegen den angriffsbereiten Feind vor, warfen und verfolgten ihn und eroberten 2 Geschütze, mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. September 1916. (W. Z. V.) Amlich wird veröffentlicht:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Bereich von Petrofany ist es gestern nur auf dem Berge Tulinski zu Gefechtsführung mit den Rumänen gekommen. Bei Nagy Eszeden (Hermannstadt) nehmen die Kämpfe einen für uns günstigen Verlauf. An der siebenbürgischen Ostfront stehen an zahlreichen Punkten unsere Sicherungstruppen im Gefecht.

Im Bistricara-Gebiet wurden rumänische, nördlich von Kiribaba und in der Gegend von Ludowa russische Vorstöße abgeschlagen. Weiter nördlich nichts von Bedeutung.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kämpfe. Auf der Karst-Hochfläche sehen Teile unserer Stellungen teilweise unter starkem Artillerie- und Minenwerferfeuer.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:  
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Athen ist ruhig. Die Venizelisten sind zuversichtlich gestimmt, ihre Gegner sehen ein Ultimatum und eine sich daran anschließende Ausschiffung von Truppen der Alliierten voraus.

Nach einer weiteren Meldung des „Secolo“ aus Athen hat in Kanea eine bewaffnete Volksversammlung stattgefunden, welche die Solidarität der Kreter mit der revolutionären Bewegung in Saloniki festgestellt hat. Die Aufständischen haben die Umgebung von Kanea besetzt, um die Antivenizelisten zu verhindern, Nachrichten über die in Kanea gefassten Beschlüsse zu erhalten und weiterzugeben. Diplomatisch entwickelte die Lage sich nicht weiter; der Viererband wolle anscheinend abwarten. Eine weitere Note dürfte in nächster Zeit nicht überreicht werden. Die antibulgarische Bewegung unter den Offizieren nehme zu.

### Kreta in der Hand der Revolutionäre.

Paris, 27. September. (W. Z. V.) Die „Journal“ aus Athen meldet, drangen 7000 Kreter widerstandslos in Kanea ein, nahmen Besitz von den öffentlichen Gebäuden, vertrieben die Behörden daraus und ernannten einen vorläufigen Ausschuss zur Abwicklung der Staatsgeschäfte. Die in Kanea bereinigten griechischen Truppen sind mit Ausnahme von einem Obersten, 25 Offizieren und einigen Soldaten der aufständischen Bewegung beigetreten. 30000 Kreter sind jetzt unter Waffen und vollständig Herren der Inseln.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 26. September. (W. Z. V.) Amlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front. Auf der Höhe von Staranetska Planina überraschte eine unserer Kolonnen in der Richtung auf das Dorf Brednica ein Bataillon des 242. französischen Regiments und zersprengte es. Sie brachte einige Dutzend Gefangene, ein Maschinengewehr, Tornister, Zelte und Bataillonskochen ein. Durch einen Bajonetangriff nahmen wir feindliche Schützengraben bei dem Dorfe Drownic, wo wir 80 feindliche Leichen auffanden. In der Gegend der Dörfer Biffoderi und Armenso unternahmen wir einen Gegenangriff auf drei feindliche Bataillone, die sich in Unordnung zurückzogen und auf dem Gelände zahlreiche Tote und Verwundete zurückließen. Östlich von Lerin (Florina) wiesen wir drei aufeinander folgende französische Angriffe ab. Der erschütterte Feind wich unter großen Verlusten. Nach zehntägigen, ununterbrochenen Kämpfen, in denen die gesamte serbische Drinadivision die erbittertesten Angriffe gegen die Höhe Kaimacalan ausführte, griffen unsere Truppen sie heute bei Tagesanbruch mit großem Schwung an und zwangen sie, sich auf der ganzen Front zurückzuziehen. Der Kampf geht unter großem Erfolge für uns weiter. Im Moglenicatal Kampf der beiderseitigen Artillerien, in dessen Verlauf wir zahlreiche feindliche Batterien zum Schweigen brachten. Auf beiden Seiten der Velasica Planina Ruhe. An der Strumafont schwache Artilleriefeuer. An der Küste des Ägäischen Meeres lebhafteste Bewegungen der Kreuzer.

Rumänische Front. An der Donau Ruhe. In der Dobrudscha keine Veränderung. Unsere Truppen befestigten sich in den von ihnen erreichten Stellungen. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe. Radoslawa.

## Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. September. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Front von Felahie brachten wir am 24. September einen feindlichen Feuerüberfall zum Schweigen. An der persischen Front warfen wir die russischen Truppen, die unsere Stellungen 12 Kilometer östlich von Hamadan angriffen, durch einen Gegenangriff zurück. Auf dem linken Flügel wiesen wir durch unser Feuer einen feindlichen Ueberfall zurück.

An der Kaukasusfront wurde auf dem linken Flügel ein Ueberfall, den der Feind gegen unsere Gräben unternahm, durch Gegenangriff mit dem Bajonet abgewiesen. Unsere an der Dobrudschafront kämpfenden Truppen wiesen am 24. September einen feindlichen Angriff ab, wobei sie dreißig Gefangene machten. Am 25. September griffen unsere Truppen im Verein mit den verbündeten Truppen den Feind an und drangen bis Amuzajia vor.

Der Vizegeneralissimo.

## Die feindlichen Heeresberichte.

### Der französische Tagesbericht.

Vom 26. September nachmittags. (W. Z. V.) Nördlich von der Somme haben die Franzosen, die bis an den Rand von Progiécourt gelangt waren, dieses Dorf ganz genommen.

## J. Diezgens philosophische Lehren.

### II.

Was Ds gedankenreiche, oft schwungvolle Ausführungen über das Verhältnis des wissenschaftlichen Sozialismus zur Religion ausdehnt, so sind diese wohl — mit einer Einschränkung, die wir weiter unten erwähnen — zu den besten und gelungensten Partien seiner Philosophie zu rechnen. Er berücksichtigt hier mit Recht neben dem historisch-genesischen Gesichtspunkt des Werdens und der Entwidlung der religiösen Anschauungen auch die kritische Seite, die logisch-systematische Frage, ob die religiösen Begriffe in unserer Zeit vor der philosophisch-wissenschaftlichen Kritik standhalten können. „Wer das phantastische, das religiöse System der Welt-erklärung abgeben will“, sagt zutreffend D., „der muß doch wieder ein System, diesmal ein rationales, an die Stelle setzen.“ An Stelle der Religion setzt die Sozialdemokratie systematische Weltweisheit. „Mit packender Kraft und inniger Wärme weist D. in diesem Zusammenhang das Große, das Erhabene und Verehrte zu schildern, das für den Arbeiter als Menschen aus dem wissenschaftlichen Sozialismus quillt.“

Zu beanstanden ist jedoch an Ds betreffenden Ausführungen, daß er sich mitunter in Redewendungen ergeht, die verwirrend wirken können. So wenn er in den einleitenden Worten zu seiner diesbezüglichen Behandlung, die er „Die Religion der Sozialdemokratie“ betitelt, sagt: „Die Tendenzen der Sozialdemokratie enthalten den Stoff zu einer neuen Religion.“ Oder wenn er ausdrücklich gebraucht wie: „Nach der neuen Offenbarung...“ Die Lehre unserer sozialdemokratischen Kirche... u. a. m. Im Hinblick jedoch auf den Geist, in dem Ds betreffende Gedankengänge gehalten sind, wie im Hinblick auf Stellen, die die hier beanstandeten Wendungen direkt wieder aufheben, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß D. selbst sich die letzteren mehr bildlich, als logisch, begrifflich gedacht hat. Darauf deutet auch sein eigener Aufruf hin: „Nach weg mit dieser Sprache in Parabeln und Gleichnissen, weg mit dieser bilderhaften Redeweise. Die Sache selbst ist so groß und erhaben, daß sie keiner Mystifikation bedarf.“ Dieser Vor-

behalt muß um so notwendiger gemacht werden, als auch in neuerer Zeit seitens mancher Sozialdemokraten versucht worden ist, das sozialdemokratische Ideal als eine neue Religion hinzustellen. Solche Versuche sind, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit aller Entschiedenheit abzuweisen. Logisch, wissenschaftlich unhaltbar, sind sie nur dazu angetan, den Blick der Arbeiterklasse für die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern, ihr Klassenbewußtsein zu trüben, die für den Klassenkampf nötige Energie zu schwächen.

Gegner rechnet es der Diezgenschen Behandlung der Ethik als besonderes Verdienst an, daß sie „die philosophische Methode“ gibt, „durch welche man zur Erforschung der Sinnlichkeit als Grundlage der Moral gelangt“. Daran ist wohl das richtig, daß D. tatsächlich einen Beitrag zur philosophisch-wissenschaftlichen Ethik von sozialdemokratischer Seite liefert. Darüber hinaus aber ist gegen Ds Beleuchtung der Frage manches einzuwenden. Aus seiner oben angeführten Äußerung ist nämlich nicht zu ersehen, was unter der „Sinnlichkeit als Grundlage der Moral“ zu verstehen ist. Zumal der Begriff der „Sinnlichkeit“ in diesem Zusammenhang von D. selbst nicht genau bestimmt wird. Es ist nicht ganz klar, ob letzterer darunter die Erfahrung überhaupt versteht, die dann auch die sozialen Gefühle usw. einschließt, oder ob nur die Sinnlichkeit im engeren Sinne egoistischer physiologisch-psychologischer Bedürfnisse. Im großen und ganzen ist allerdings anzunehmen, daß D. der ersten Auffassung zuneigt.

Es hinsichtlich der Sinnlichkeit als Grundlage der Moral ist des weiteren auch nicht ganz zutreffend und wird Ds eigener Stellungnahme kaum gerecht. Denn die Sinnlichkeit, wie immer sie aufgefaßt werden mag, die Bedürfnisse des einzelnen Menschen, sind wohl das mitbestimmende, aber nicht das ausschlaggebende Moment, das die Grundlage der Moral bildet. Vielmehr ist dies das Verhältnis des Menschen zur Gesellschaft resp. zu den Klassen innerhalb der letzteren. Wenn D., „das menschliche Bedürfnis“ stark betont, so zieht er doch gleichzeitig das Verhältnis des bedürftigen Menschen zur Gesellschaft in Betracht. „Die Sinnlichkeit beruht auf dem sozialen Trieb des Menschengeschlechts“, sagt D., „auf der materiellen Notwendigkeit des gesellschaftlichen Lebens.“ Dank der Anwendung der Methode des historischen Materialismus gelingt es D. — in vorteilhaftem Gegensatz zur bürgerlich-

philosophischen Ethik — klare Einsicht zu gewinnen in den Klassencharakter der sittlichen Forderungen der verschiedenen Zeiten, Völker und sozialen Gruppen. Allerdings ist nach D. — trotz der sich ihm ergebenden Relativität der sittlichen Normen — eine auf Uebereinstimmung ausgehende wissenschaftliche Ethik möglich. So wenn er meint, daß auch da, „wo das Rechte und Sächsichte streitbar ist, durch die wissenschaftliche Methode wissenschaftliche Einhelligkeit“ sich erreichen lassen muß. Aber letzteres ist doch wohl nur möglich im Sinne der Zergliederung der analytischen Unterjochung der ethischen Beziehungen, der bereits vorliegenden Tatsachen des sittlichen Lebens, wie es beispielsweise D. in seiner Behandlung der Ethik tut. Nicht aber im Sinne der Aufstellung der Richtung gebenden sittlichen Normen und Idealen.

Unumgängliches Bedürfnis aber jeder Klasse zu jeder Zeit, besonders jeder aufstrebenden Klasse, ist es, den Ausdruck ihrer Interessen, das Sehnen ihrer Zeit zum sittlichen Ideal zu verdichten, das für sie wegweisend und richtunggebend ist. Solch sittliches Ideal der Arbeiterklasse bringt D. zum Ausdruck, wenn er ausführt: „Die Kultur war bisher Jwed und der Mensch Mittel. Jetzt gilt es, die Dinge umzukehren, den Menschen zum Jwed und die Kultur zum Mittel zu machen.“

Angesichts des oben Ausgeführten kann von einer ethischen Formel nur in dem Sinne die Rede sein, daß darin diese oder jene Seite oder auch mehrere Seiten zugleich der durch die wissenschaftliche Ethik zergliederbaren sittlichen Beziehungen einen zusammenfassenden Ausdruck finden. Die Diezgensche ethische Formel: Egoismus, Pflicht, Liebe, die eine Korrektur der Kantischen und religiösen Ethik geben will, kommt dem Tatbestande, wie er in den ethischen Handlungen vorliegt, ziemlich nahe. Nur kann sie nicht als eine „neue“ Formel gelten, da in der wissenschaftlichen Ethik seitens der Gegner der Kantischen Richtung auf die in Ds Formel aufgezählten Momente der ethischen Handlungen vielfach hingewiesen wird. In den Ausführungen, die D. an seine ethische Formel knüpft, wäre überdies eine Veränderung noch dahin zu treffen, daß das Moment der Liebe nicht etwas ist, was, im ethisch handelnden Menschen gar nicht vorhanden, sich erst allmählich entwickelt. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Liebe in der Gestalt von Dispositionen und sozialen Trieben in ihm bereits angelegt ist.

Dr. Act.

In der Nacht sind ihre Vortruppen in den Kirchhof von Comblès eingedrungen, während andere Erdungstruppen den Südrand des Dorfes erreichten; eine dieser Abteilungen nahm einen Schützen-Graben südlich von Comblès und nahm eine deutsche Kompanie gefangen. An anderen Punkten der Front richteten die Franzosen sich in den eroberten Stellungen ein. Die Deutschen machten besonders auf dem rechten Flügel der Franzosen Gegenstände, wo sie am Abend Gegenangriffe gegen die neuen französischen Stellungen von der Straße nach Veslune bis zur Somme vornahen; sie wurden sämtlich abgewiesen. Die Zahl der gestern von den Franzosen gemachten unterwundenen Gefangenen beträgt, soweit bisher gezählt, 800.

Auf dem rechten Ufer haben die Deutschen gestern gegen 9 Uhr abends zwischen Fleury und dem Werke Lionmont einen heftigen Angriff gemacht; Sperfeuer und Maschinengewehrfeuer haben sie glatt zum Stehen gebracht und ihnen schwere Verluste zugefügt.

**Orientarmee:** Von der Struma bis zum Barbar Geislich-Kampf und ziemlich lebhaften Schirmkämpfe, besonders an der englischen Front in der Gegend des Doiran-Sees. An der serbischen Front kein Infanteriegefecht; unsere Artillerie hat die bulgarischen Stellungen auf dem rechten Ufer lebhaft beschossen. Deutlich von Florina leisteten die Franzosen, von starken bulgarischen Kräften bei Armenach heftig angegriffen, allen Anläufen glänzenden Widerstand; die Stürmenden, von Artillerie- und Infanteriefeuer niedergemacht, erlitten erhebliche Verluste und wichen in Unordnung zurück. Westlich von Florina haben die Russen in Verbindung mit den Franzosen lebhafte Kämpfe begonnen und nördlich von Armenak 50 Gefangene gemacht und 4 Maschinengewehre erbeutet.

**Zustämpfe.** Am 25. September lieferten die französischen Kampfflugzeuge an der Sommerfront 47 Kämpfe. Fünf deutsche Flugzeuge wurden herabgeschossen. Drei andere wurden ernstlich beschädigt und zur Landung gezwungen. Eins, das aus geringer Entfernung mit Maschinengewehren beschossen wurde, fiel zertrümmert nieder, ohne daß man jedoch sein Ausschlagen auf den Boden beobachten konnte. In diesen Kämpfen (schon der Unterleutnant Heurtaux sein achtes Flugzeug oberhalb von Villers-Carbonnel ab, Feldwebel Dorme sein zwölftes Flugzeug nördlich Viermont. In der Weoberebene schloß Feldwebel Venot, von einem Dreifüßler angegriffen, diesen nach hartem Kampfe bei Ronchey, nordwestlich von Clair; dies ist sein erstes Flugzeug. Die französischen Bombardementsschwärme führten folgende Unternehmungen aus: In der Nacht auf den 25. September warfen sie 200 Granaten von 120 Millimetern auf die Hochöfen von Dillingen, die Fabriken von Saarlouis und den Bahnhof Metz-Sablons, 22 auf die Hochöfen von Nombach und die Bahnhöfe Metz-Diebenhofen. Am Abend des 25. September schossen vier Artillerieflugzeuge 82 Granaten auf die deutschen Anlagen von Salky-Salkyelle und Bois-St. Vaast. Am Nachmittag des 25. September wurden 30 Geschosse auf die Dämme in der Gegend von Montfaucon-Rantillys geworfen und 12 auf die militärischen Anlagen bei Azannes. Endlich wurden in der Nacht auf den 26. September von französischen Flugzeugen 102 Bomben auf den Bahnhof und die Caraden von Guisard und auf den Bahnhof von Reyon geworfen, 52 auf das Flugfeld von Herbilly und die Bahnhöfe Hom, Eins und Vohelle. Am Nachmittag des 25. warf ein deutsches Flugzeug zwei Bomben ab, die ohne Ergebnis in die Dünen nördlich von Calais fielen.

Am 26. September abends. (W. L. W.) Die Schlacht wurde heute mit Erfolg fortgesetzt. Nördlich der Somme vergrößerten die verbündeten Truppen ihren gestrigen Gewinn in starkem Umfang und erreichten in einigen Stunden die für den zweiten Kampftag festgesetzten Ziele. Schon am heutigen Morgen nahmen die französischen Truppen ihre Offensive wieder auf und eroberten den ganzen Teil von Comblès, der östlich und südlich von der Eisenbahn gelegen ist. Unsere Patrouillen traten in Verbindung mit Abteilungen des rechten Flügels der britischen Armee, die den nordwestlichen Teil von Comblès einnahmen. Kurz danach fiel das ganze Dorf in unsere Hände. Die in Comblès gemachte Beute ist beträchtlich. Die Deutschen hatten in unterirdischen Räumen in dieser Dörflerschaft eine außerordentliche Menge Munition und Lebensmittel aller Art aufgehäuft. Wir sammelten etwa hundert verwundete Deutsche auf, die vom Feinde zurückgelassen waren. Comblès ist voll von gefangenen Deutschen. Heute nachmittag bemächtigten sich unsere Truppen, indem sie ihre Vorposten ausweiteten, eines kleinen Gehölzes nördlich von Prigolécourt halbwegs nach Morval und des größten Teiles des stark befestigten Geländes zwischen diesem Gehölz und dem Westvorsprung des Gehölzes von St. Vaast östlich der Straße nach Veslune. Die Anzahl der von den Franzosen seit gestern gemachten unterwundenen Gefangenen erreicht gegenwärtig 1200. Bis-her konnten wir etwa 80 Maschinengewehre zählen. An der übrigen Front zeitweiliges Geschützfeuer.

Unsere Nachrichten geht hervor, daß der Zeppelin, der in der Nacht vom 22. zum 23. September die Gegend von Calais überflog, zwanzig Bomben abwarf, die sämtlich in großem Abstande von der Stadt auf unbedeutendem Gelände niederfielen. Wahrscheinlich hat der Zeppelin, unter das Feuer von Geschützen genommen, sich der Bomben entledigt, um höher steigen und fliehen zu können.

**Belgischer Bericht:** Lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von Dixmude. Nördlich von dieser Stadt hat die Artillerie feindliche Batterien und Beobachtungsposten heftig beschossen.

**Die englische Meldung.** Vom 26. September nachmittags. (W. L. W.) Die gestrigen Operationen waren in jeder Hinsicht erfolgreich. Ueber 1500 Gefangene wurden bereits gezählt und es werden noch mehr eingebracht. Es wurde viel Kriegsmaterial erbeutet. Während der Nacht und am Morgen wurden weitere Fortschritte gemacht. Eine starke Schanze bei Lesboeufs und Gueudecourt wurden genommen. Wir brachen in Comblès von Westen ein und sind jetzt im Begriff, den Widerstand des Feindes dort zu überwinden. Die Verluste des Feindes sind sehr schwer.

Vom 26. September abends. (W. L. W.) Auf unserem rechten Flügel besetzten die französischen und die englischen Truppen als Ergebnis der Eroberung von Prigolécourt und Morval gemeinsam Comblès. Wir schlugen heftige Gegenangriffe in dem Abschnitt von Morval und Lesboeufs mit schweren Verlusten für den Feind ab. In unserem Zentrum erkämpften wir das befestigte Dorf Gueudecourt und trieben die Deutschen in Unordnung zurück. An unserer linken eroberten wir Thiepval und den Höhenrücken östlich davon einschließlich der Jollernschanze. Dieser Höhenrücken war mit einem sorgfältig angelegten System von Laufgräben mit ausgedehnten Drahtverhauen stark befestigt und wurde bis zum äußersten verteidigt. Die in den zwei letzten Tagen erzielten Erfolge dürfen als sehr bedeutend betrachtet werden.

**Der russische Kriegsbericht.** Vom 26. September nachmittags. Westfront. Ein feindliches Flugzeug vom Typ Ilya Murawey erschien über dem Bahnhof von Dinanberg und warf 17 Bomben von je zwei Fuß ab, die keinen Schaden verursachten. In der Gegend südlich von Dünaburg wandte ein von unserer Artillerie-feuer gefolgtes feindliches Flugzeug um und begann niederzugehen. Es wurde bemerkt, daß das Flugzeug während seines Niedergehens in die feindlichen Linien von schwarzem Rauch eingehüllt war. Nach einer heftigen Artilleriebeschädigung unternahm der Feind in Stärke von zwei Bataillonen einen stürmischen Angriff auf unsere Gräben in der Gegend nördlich des Waldschloßes. Er wurde aber durch unser energisches Feuer unter großen Verlusten abgewiesen und ließ zwischen unseren und seinen Gräben viele Tote und Verwundete zurück.

**Meldung der italienischen Seeleitung.** Vom 26. September. (W. L. W.) Im Adriatischen verstellte ununterbrochenes Sperfeuer unserer Artillerie auf den Gipfel des Monte Cimone alle Bemühungen des Feindes, sich fest in der Stellung einzurichten und sie zu besetzen. Am oberen Vanoi setzte die gegnerische Artillerie gestern die nachdrückliche Beschädigung unserer Stellungen nördlich vom Cauroli fort, ohne ihren festen Widerstand erschüttern zu können. Im Hochseegebiet wurden mit

wachsender Heftigkeit ausgeführte feindliche Angriffe auf die von uns am 23. September eroberte Stellung an der Spitze des Monte Cies unter schweren Verlusten für den Gegner von den Unstigen tapfer abgelenkt. Auf der übrigen Front verschiedene Artilleriegefechte. Unsere Artillerie rief Explosionen und Brände in Pescoffe (Corvarota, Gorderbach) hervor. Die feindliche Wurf einige Granaten auf die Vorstädte von Görz. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf Grigno und Udmon (Vrental). Eine Verion wurde getötet, einige verletzt. Cadorna.

**Rumänischer Bericht.** Vom 25. September. (W. L. W.) An der Nord- und Nordwestfront schlugen wir im Jutale mehrere feindliche Angriffe zurück. Auf der übrigen Front Patrouillengefechte. An der Südfront in der Dobrudscha örtliche Kämpfe zwischen Abteilungen. Ein Zeppelin gelangte in der vergangenen Nacht bis Bukarest. Er wurde durch unsere Geschütze verjagt. Er warf drei Bomben ab, die keinen Schaden verursachten.

Vom 26. September. (W. L. W.) Erbitterte Kämpfe im Jutale in Siebenbürgen, wo die Rumänen vordrangen. In der Dobrudscha griff der Feind dreimal in Massen an, wurde aber zurückgeschlagen. Ein Flugzeuggeschwader bewarf Montag nachmittags Bukarest mit Bomben, die ein Krankenhaus und ein Waisenhaus trafen. Sechzig Verletzte wurden getötet und viele andere verletzt, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Montag nacht bewarf ein Luftschiff Bukarest mit Bomben, wobei fünf Kinder getötet wurden.

### Russischer Flugzeugangriff auf Angernsee abgeschlagen.

Berlin, 27. September. (W. L. W.) Amtlich. Am 26. September vormittags wurde die Seeflugstation Angernsee durch zwei russische Flugboote ohne Erfolg erneut angegriffen. Unseren Abwehrflugzeugen gelang es, das eine Flugboot über dem Angernsee zum Kampfe zu stellen und es nach kurzem Gefechte abzuschießen, während das zweite Flugboot, durch Artilleriefeuer beschädigt, in Richtung Rußland entkam.

### Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 27. September. (W. L. W.) Der niederländische Dampfer „Commevijn“ hat in IJmuiden die aus zwölf Mann bestehende Besatzung des britischen Schlepddampfers „Cynthia Nr. 266“ gelandet, der von einem deutschen U-Boot versenkt worden war. Der Kapitän des Schlepddampfers erzählte einem Korrespondenten des „Algemeen Handelsblad“, der Kommandant des U-Bootes habe ihm erzählt, daß er in den 24 Stunden vor der Versenkung des Fährerfahrzeuges 22 Schiffe zum Sinken gebracht habe; die Besatzungen, im ganzen 120 Mann, seien einem nach West Hartlepool fahrenden Dampfer übergeben worden.

London, 27. September. (W. L. W.) Blohds meldet aus Scarborough vom 26.: Ein Fischerfahrzeug aus Scarborough sollen versenkt worden sein. Außerdem wurde das Fischerfahrzeug „Trinidad“ (147 Tonnen) versenkt. Die Besatzung wurde gerettet. — Der britische Dampfer „Pearl“ wurde versenkt. Der französische Segler „Marie“ ist nach einem Zusammenstoß mit einem Dampfer gesunken.

London, 27. September. (W. L. W.) Blohds meldet, daß der Dampfer „Drumven“ versenkt worden ist.

### Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich?

Kus Dfenpest wird unterm 27. September gemeldet: Im Zusammenhang mit den jüngsten Wiener Besprechungen des Grafen Andraffy mit den dortigen politischen Kreisen verzeichnet das Organ des Grafen Apononyi in Dfenpest die bisher von keiner maßgebenden Seite bestätigte Nachricht, daß die Einberufung des österreichischen Reichsrats und der Delegationen, wenn möglich noch in diesem Jahre erfolgen werde. Graf Tisza hätte, wie das Blatt zu melden weiß, an Wiener maßgebenden Stellen Schritte unternommen, damit die Möglichkeit der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich und die Einberufung des österreichischen Parlaments gesichert wäre.

### Krieg und Finanzmiserere.

Der bisherige Chefredakteur des Londoner „Economist“, J. B. Hirst, der vor kurzem von der Leitung dieser Zeitschrift zurücktreten mußte, weil er immer wieder auf die Gefahren einer finanziellen und wirtschaftlichen Erschöpfung Europas durch den Krieg hinwies, hat kürzlich eine Studie über Kriegsfinanzen, „The Political Economy of War“ (London 1916), herausgegeben, die vor allem der Beleuchtung des engen Zusammenhangs zwischen Krieg und Staatschuldenmiserere gewidmet ist.

Im ersten Teil seiner Schrift untersucht Hirst die geschichtliche Entwicklung der Anleihen und die Rolle, die die Kriege bei der stetig anwachsenden Verschuldung der Staaten gespielt haben. Gerade das Beispiel Englands, das in den seinen Kriegen folgenden Friedenszeiten jeweils sehr energisch an den Abbau seiner Staatsschulden schritt, zeigt, wie rasch die Tilgungen langer Jahre jeweils durch die gewaltigen Ansprüche relativ kurzer Kriegsepochen aufgezehrt und weit überholt werden. Die Erfahrungen des Krimitkrieges und des Burenkrieges wiederholten sich im gegenwärtigen Weltkonflikt nur in unheimlich gigantischer Vergrößerung. Nach diesem geschichtlichen Abriss kommt Hirst auf die gewaltigen Kapitalinteressen in der Waffenindustrie der Großstaaten und auf die allseitige Rüstungspolitik zu sprechen, der er eine große Mitschuld an der jetzigen Katastrophe beimißt.

In den weiteren Abschnitten seines Buches schildert Hirst die Finanzen und die Staatsschuldenentwicklung in gegenwärtigen Kriege. Die gewaltig die durch den Krieg verursachten Lasten, gemessen am früheren Maßstab des Gesamtbudgets und der bisherigen Ausgaben für den Schuldendienst der einzelnen Länder, sein werden, läßt sich aus folgender schätzungsweise Zusammenstellung Hirsts ableiten, die allerdings nur bis zum Sommer 1916 reicht, also noch viel zu optimistisch gehalten ist, und deren vergleichende Resultate wohl für beide kämpfenden Mächtegruppen Gültigkeit haben. Diese Zusammenstellung lautet (wir entnehmen sie, wie auch die obigen Angaben, der „Neuen Züricher Zeitung“):

Höhe der Staatsschulden (in Mill. Pfund):		
	Vor dem Krieg 1. Jan. 1916	Aug. 1916
Frankreich	1320	2520
Großbritannien	707	2125
Italien	570	760
Rußland	920	2220

Schuldendienst und Kriegsbudget (in Mill. Pfund):				
	Gesamtbudget vor dem Krieg	Schuldendienst vor dem Krieg	1. Jan. 1916	Aug. 1916
Großbritannien	108	22	86	124
Frankreich	208	58	100	125
Rußland	370	45	108	145
Italien	104	17	26	88

Die Ausgaben für den Schuldendienst allein nähern sich also bei allen Staaten mit tiefen Schritten dem Gesamtbetrag eines ganzen normalen Friedensbudget vor dem Kriege. Und noch ist kein Ende dieser Entwicklung abzusehen.

### Französische Lehrer gegen die Völkerverheerung.

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, wendet sich die französische Arbeiterpresse in scharfer Weise gegen die Bestrebungen, die Schulen zur Brutstätte des Chauvinismus und Nationalismus zu machen und die Seelen der Kinder durch Einprägung von Haß gegen die feindlichen Völker zu vergiften. Nun haben auch die Lehrer und Lehrerinnen des Seine-Departements eine Entschliekung angenommen, aus der die „Frankf. Ztg.“ nach der Züricher „Friedenswarte“ folgenden Passus wiedergibt:

„Indem das Syndikat der öffentlichen Lehrer und Lehrerinnen des Seine-Departements feststellt, daß die Erziehung zum Chauvinismus und zum Kollektivismus gegenüber den mit Frankreich im Krieg befindlichen Völkern Gefahr läuft, ein Punkt des öffentlichen Lehrprogramms zu werden, daß unsere Führer und zu überreden versuchen, es sei unsere Pflicht, diese Ergänzung der Moral ebenso zu lehren, wie wir die Achtung vor den Eltern, Frömmigkeit und Geographie lehren; daß die Verwaltung sich bereits veranlaßt gesehen hat, gegen Lehrerinnen einzuschreiten, die sich weigerten, dieses neue Evangelium zu verbreiten, erklärt es, daß die Haßregungen (schädlich und gefährlich sind. Schädlich, weil sie, indem sie sich an die brutalsten und niedrigsten Instinkte richten, die Verneinung aller Moral sind; gefährlich, weil sie die Dauer des gegenwärtigen Krieges nur verlängern und eines Tages verhängnisvollerweise ein Faktor neuer Kriege sein können, wenn sie zwischen den Völkern eine ständige Feindschaft aufrecht erhalten.“

Das Syndikat der französischen Lehrer bekundet im weiteren seinen Willen, sich stets „über dem Kampfgeschehen“ zu halten (eine Anspielung auf Roman Hollands jüngstes Buch), und es versichert die betroffenen Kollegen seiner Sympathien und vollkommener Solidarität.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Kundgebung des Lehrer-Syndikats auf den Einfluß der sozialistischen Elemente in der Lehrerschaft zurückführen, die in ziemlich starker Zahl vertreten sind und ihre eigene sozialistische Organisation haben. Auch sonst scheint, wie die wiederergebene Kundgebung zeigt, in der französischen Lehrerschaft jene Elemente in der Mehrheit zu sein, die die nationalistiche und chauvinistische Propaganda keineswegs als Aufgabe der Jugenderzieher betrachten. (2)

### Der Botschafter Gerard in Kopenhagen.

Kopenhagen, 27. September. (W. L. W.) Der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, ist gestern abend mit Gemahlin hier eingetroffen. In seiner Begleitung befindet sich auch der Redakteur „Ewope vom New York World“, der nach beendeter Studienreise in Deutschland nun nach Amerika zurückkehrt. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Politiken“ teilte der Botschafter mit, daß er wahrscheinlich von hier einige Tage nach Stockholm sich begeben werde, um den dortigen amerikanischen Gesandten Morrison zu besuchen. Die Reise nach Skandinavien sei eine Erholungsreise, er habe seit drei Jahren keine Ferien gehabt und fühle sich ziemlich ermüdet. Der Botschafter wies auf die vermehrte Arbeit seiner Botschaft während des Krieges hin und sagte, vor dem Kriege habe er nur ein kleines Personal gehabt, jetzt würden 70 Personen in der Botschaft beschäftigt. Ewope teilte über die Eindrücke seiner Deutschlandreise folgendes mit: Die Lage in Deutschland läßt sich in folgenden Worten zusammenfassen: Man hofft auf den Frieden und erwartet ihn, aber nicht in naher Zukunft. Man ist davon überzeugt, daß man so lange aushalten kann, bis der Frieden von selbst kommt. „Durchhalten“, das ist der Wahlspruch der Deutschen. Ich habe zusammen mit meiner Frau eine Reise durch Deutschland unternommen und lehre nun, erfüllt von allem, was ich gesehen habe, zurück.

### Neutrale Gutachter untersuchen die Greuel in der Dobrudscha.

Sofia, 27. September. (W. L. W.) Die bulgarische Telegrammagentur meldet: Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten William Warfield hat in Begleitung mehrerer ausländischer Vertreter eine Untersuchung über die rumänischen Greuelthaten in der Dobrudscha angestellt. Die untersuchenden Herren trafen am 17. September in Dobritsch ein, wo sie vom Bürgermeister, den Militärbehörden und zahlreichen anderen Persönlichkeiten empfangen wurden. Sie machten sich unverzüglich an die Arbeit und stellten die von rumänischen Soldaten begangenen Grausamkeiten in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise fest. Von Dobritsch aus begaben sie sich in das Dorf Varditscha, das den Flammen überliefert worden war, und dessen Bewohner von den Rumänen niedergemacht oder fortgeschleppt worden sind. Ferner bestätigten sie die Dörfer Karliyas und Kastradim, die gleichfalls durch rumänische Uniaten schwer heimgesucht worden sind. Am 18. September fuhren sie nach Sissiria, wo sie die von den Rumänen begangenen Verbrechen aufs genaueste untersuchten und bestätigten dann die Dörfer Kalipetrovo, Aidemir, Babusa, Balatadshi, Jenkloj, Kara, Omer und Serberna. Unterwegs machten die Herren auf dem Salatsfelde von Saofanlar halt. Mit Rücksicht auf die kurze zur Verfügung stehende Zeit und auf die Schwere der Verbindungen konnte der Untersuchungsausschuß die meisten Dörfer nicht besichtigen.

### Letzte Nachrichten.

**Die Lage in Griechenland.** London, 27. September. (W. L. W.) „Daily Telegraph“ meldet aus Athen, daß nach einem Bericht von vertrauenswürdigster Seite der frühere Minister Panitatos (?) seine Vermittlung zwischen dem König und Venizelos angeboten habe. In Athen denke man in allgemeinen überst ruhig über die Lage.

**Saloniki, 26. September.** (W. L. W.) Neuentdeckung. Die revolutionäre Bewegung breitet sich ohne Zweifel aus. Der letzte Zuwachs ist Korfu, das sich autonom erklärt hat und bereit ist, mit dem nationalen Verteidigungsausschuß in Saloniki zusammenzugehen.

**Ein Ultimatum an Griechenland?** Bern, 27. September. (W. L. W.) Einer Meldung „Secolus“ aus Athen zufolge schreibt Ned Atth, die Alliierten hätten die Absicht, der griechischen Regierung ein Ultimatum zu unterbreiten, in dem die Intervention Griechenlands gegen Bulgarien verlangt werde. Außerdem sollten Offiziere und Soldaten entlassen und das Kriegsmaterial sowie die Eisenbahnen innerhalb fünf Tagen den Alliierten übergeben werden. Das Ultimatum solle mit der Bemerkung gerechtfertigt werden, daß Heer und Flotte Griechenlands für die Entente wertlos und sogar gefährlich seien. Nach dem Übergang des vierten griechischen Armeekorps wolle man nicht, daß Griechenland noch weitere Truppen entgegen und gegebenenfalls in feindliche Heere eingereicht würden.



# Chronik des Weltkrieges.

28. September 1914.

Auf den beiden großen Kriegsschauplätzen nichts Wesentliches. Das Erscheinen des „Vorwärts“ wird vom Oberkommando in den Marken verboten.

28. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Engländer und Franzosen setzen ihre Durchbruchversuche fort. Bei Loos verloren die Engländer durch deutschen Gegenstoß 770 Gefangene. Bei Souchez-Angres-Boclin-court und sonst auf der ganzen Front der Champagne bis zum Fuß der Argonnen wurden französische Angriffe restlos abgewiesen. In den Argonnen wurden 254 Gefangene gemacht.

Der französische amtliche Bericht meldet, daß bei der Offensive bisher 300 deutsche Offiziere gefangen genommen worden seien. Bei den Kämpfen bei Arras seien weitere 1500 Mann zu Gefangenen gemacht worden.

Die Engländer melden aus den Kämpfen bei Loos 2853 Gefangene.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Die bei Düna zurückgedrängten Russen wurden weiter angegriffen und zurückgeworfen.

Das Ergebnis der Armees des Generaloberst von Eichhorn in der Schlacht von Wilna beziffert sich auf 21 978 Gefangene.

Südlich von Smorgan wurde ein russischer Durchbruchversuch blutig zurückgewiesen. 3324 Russen wurden dabei zu Gefangenen gemacht.

Der Übergang über den Styr unterhalb von Lutz wurde erzwungen.

Im Hafen von Brindisi explodierte die Pulverkammer des italienischen Linien Schiffes „Vendetta Brin“. Nach den bisher vorliegenden Berichten wurden von der 820 Mann starken Besatzung 8 Offiziere und 379 Mann getötet.

## Politische Uebersicht.

### Der Zusammentritt des Reichstags.

Heute nachmittag um 3 Uhr — nicht wie ursprünglich angelegt war, um 2 Uhr — tritt der Reichstag nach längerer Pause wieder zusammen. Es heißt, dem Reichstage würden keine erhebliche Vorlagen unterbreitet werden, abgesehen von der Vorlage, die die Legislaturperiode des am 12. Januar 1912 gewählten Reichstags bis zum 12. Januar 1918 verlängert. Außerdem sei nur geplant, ein Gesetzentwurf über die Änderung der Gerichtskosten, der Rechtsanwalts- und Gerichtsvollzieher-Gebühren-Ordnung vorzulegen. Keine Vorlage also über endliche bessere Gestaltung der Verhältnisse der Kriegsbeschädigten, keine Vorlage zur Hebung des Loses der Kriegerfrauen, keine Vorlage zur Abwendung der dem Mittelstande und den Arbeitern ohne geschliche Eingriffe drohenden Gefahr, ihre letzte Habe zu verlieren und nur Schulden nach Rückkehr aus dem Felde vorzufinden, keine Vorlage auf dem weiten dringenden nach Regelung rufenden Gebiete der Sozialpolitik! Nichts verlaute weiter davon, daß auf dem Gebiete der Ernährungspolitik endlich die Produktion von Reichs wegen in die Hand genommen und eine gleichmäßige Rationalisierung der vorhandenen Bestände durch eine Organisation wirklich durchgeführt werde, die endlich die Widersprüche von Interessentenkreisen gegen eine billige Volksernährung durch eine Reichsorganisation bricht, die über den einzelstaatlichen und provinziellen Körperschaften steht. Sache der Abgeordneten wird es sein, die Zuangriffnahme dieser dringenden Dinge zu fordern und nicht müder auf endliche Aufhebung des von Tag zu Tag mehr drückenden Belagerungszustandes hinzuwirken.

Noch weit fächer als die angedeuteten Fragen der inneren Politik beschäftigt aber die Friedensfrage Kopf und Herz der werktätigen Bevölkerung. Halbhoffnungslos verlaute, der Reichskanzler werde in der heutigen Sitzung über die politische, wirtschaftliche und militärische Lage Mitteilungen machen; seine Rede werde sich im Rahmen seiner letzten Reichstagsrede halten, die Friedensfrage werde er hierbei nur streifen und auch die polnische Frage behandeln. Was hiervon zutrifft, können wir nicht wissen. Im Interesse Deutschlands und der Menschheit liegt es, daß rücksichtslos und entschieden jener Fronde entgegengetreten wird, die in allen Ländern klein an Zahl, aber groß an Macht, Tag für Tag für Maßnahmen Propaganda macht, deren Verwirklichung eine Verlängerung und Verschärfung des Krieges bedeuten. Verständigung unter den Völkern ist im Interesse aller am Kriege beteiligten Länder und im Interesse der Menschheit das erste Gebot. Wird es dem Reichstag gelingen, der Stimme der Vernunft, dem Verlangen eines endlichen Völkerefriedens nachdrückliches Gehör zu verschaffen und die baldigste Beendigung des Krieges herbeizuführen?

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Auf seiner aus allen Teilen des Reiches zahlreich besetzten Tagung am 26. und 27. September in Frankfurt a. M. hat nach eingehender Erörterung der innerpolitischen, Krieges- und wirtschaftspolitischen Lage des Deutschen Reiches die Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstages eine mäßige Zustimmung gefunden und sind vom Boden unseres Parteiprogramms aus Richtlinien für die Zukunft vorbereitet worden.

Die Mitglieder unserer Partei in Stadt und Land bitten wir, ihren Siegeswillen und ihr Vertrauen auf die Zukunft des deutschen Volkes durch die Zeichnung der fünften Kriegsanleihe eifrig zu bezeugen. Zurückhaltung ist hier gleichbedeutend mit der Verlängerung des Krieges, um dessen siegreiche Beendigung wir alle Gott anrufen.

Der Reichsleitung gegenüber muß der Reichsausschuß besonders verlangen, daß übermäßig gesteigerte Preise von Lebensmitteln auf eine für die Verbraucher angemessene Höhe herabgesetzt werden und daß für eine Vermehrung der Nahrungsmittel-erzeugung Sorge getragen werden wird, namentlich durch die Befreiung aller Maßnahmen, die auf die Produktion hemmend einwirken.

Zu einer Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ist eine baldige Reichsorganisation in das Leben zu rufen.

Dr. Spahn. Dr. Porsch. Feld.

### Wederliche Moral.

Die „Post“ und andere rechtslebende Blätter bringen Artikel zum 60. Geburtstag des früheren Reichskommissars Dr. Karl Peters. Die „Post“ entwickelt in dem Artikel Grundzüge, die doch verdienen, festgehalten zu werden. Das Blatt gibt zu, daß das, was gegen Peters vorgebracht wurde, tadelnswert genug war, nur sei es niemals einwandfrei bewiesen worden. Die „Post“ scheint demnach die Ergebnisse des Münchener Peters-Prozesses ganz vergessen zu haben; man sollte meinen, daß, was dort betwungen wurde, müßte vollständig genügen. Dann stellt die „Post“ folgenden Morallobes auf:

„Aber jedoch, wie wir Deutsche so oft dem praktischen Leben gegenübersehen, vergah man, daß die Wertung der geleisteten Arbeit kein moralisches Rechenexempel ist, daß der Erfolg ein endgültiges Ergebnis bedeutet, von dem man nicht die kleinlichen Bedenken der Philisterrmoral in Abrechnung bringen darf. Wir rühmen uns, das Gewissen der Welt zu sein. Es wäre traurig genug, wenn wir nichts Besseres zu tun hätten, als überall in der Welt die Wärme des Erlebens mit dem Sittlichkeitsthermometer zu messen. Die Arbeit, die Karl Peters für das Reich, nur allein für die Größe des deutschen Gedankens ohne den geringsten eigenen Vorteil geleistet hat, ist in Deutschland mit diesem kleinen und kleinlichen Maßstabe gemessen worden. Den Erfolg nahm man zwar hin, aber statt dem, der ihn erricht hatte, dafür zu danken, suchte man peinlich alles hervor, was das Verdienst des Erfolges, da er nun gesichert war, schmälern konnte. Es waren die Splitterrichter, die auf der einen Seite boshafter Neid, stumpfe Verständnislosigkeit auf der anderen zu einem anmöglichen Richtertribunal zusammengeführt hatte. . . Das ging es uns an, ob ein Sendbote deutscher Weltgeltung auf seinem gefahrndrohigen, schwierigen Vormarsch in die herrenlose Wildnis, die er erobern wollte, den feindlich gesinnten Regierkammern recht oder unrecht tat? Wo es sich einfach darum handelte: er oder die anderen, — wer wagt es da noch, sich um den anderen zu sorgen und Steine aufzuheben gegen den Mann, der sich über ihr „Recht“ hinwegsetzte, um sein eigenes Recht, das Recht seines Volkes zu wahren? Es hieß ja im August 1914 auch, wir hätten Belgien „unrecht“ getan. Wenn man das „Gewissen der Welt“ sein will und sich kennt, das Recht der Notwehr für sich in Anspruch zu nehmen, dann wird man freilich eine weisshauende und im rechten Augenblick zapadende Politik um ihrer einzelnen, vielleicht an sich bedauerlichen, aber nicht zu vermeidenden Begleiterseinerungen willen in Dank und Hohen bedanken, nur wird man dann auch damit rechnen müssen, immer hinter allen anderen zurückzubleiben.“

Den schärfsten Kampf gegen Peters hat bekanntlich unser Genosse Vebel geführt. Ihm wird man weder boshaften Neid noch stumpfe Verständnislosigkeit als Triebfeder unterstellen dürfen. Die Grundzüge, die über die „Post“ hier aufstellt, übersteigen doch ziemlich alles, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist, und es entbehrt gewiß nicht eines gewissen pikanten Reizes, daß man das rechtliche Verhalten Peters in Verbindung bringt mit dem Vorgehen Deutschlands gegen Belgien.

## Das tägliche Brot.

### Das Verfüttern von Kartoffeln.

Das Kriegsernährungsamt hat eine Anordnung erlassen, die das Verfüttern von Kartoffeln und Erzeugnissen der Kartoffelzucht für die Zukunft nur noch an Schweine und an Federvieh gestattet.

Die Anordnung ist notwendig geworden, da die kommende Herbstkartoffelernte nach Ansicht aller beteiligten Stellen sowohl an Ertrag wie an Haltbarkeit zur Deckung des Bedarfs an Speisekartoffeln und an Fressstreuungsmaterial sowie zur Herstellung der für das Heer benötigten Spiritusmengen nur ausreicht, wenn das Verfüttern der Kartoffeln soweit als irgend möglich eingeschränkt wird.

### Das Ergebnis der Viehstatistik in Preußen.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: In die nervösen Befürchtungen für unseren Viehbestand, die aus der allgemeinen Klage über den Druck der Fleischknappheit entstanden sind, leuchten mit erfreulicher Klarheit die Zahlen, die die Statistik über Viehbestand und Schlachtungen in Preußen gibt. Es zeigt sich, daß wir für unsere Viehbestände nicht zu bangen brauchen. Seit dem 2. Juni bis zum 1. September d. J. hat der Bestand an Schweinen in Preußen eine erfreuliche Zunahme von rund zwei Millionen aufzuweisen, der an Rindvieh hat sich auf der alten Höhe gehalten. Mit Genugtuung ist auch festzustellen, daß die Zahl der Kühe und Fersen über zwei Jahre sich nur um ein Geringes, noch nicht 1 Proz. vermindert hatte; ein schlüssiger Beweis, daß die oft gehörte Beschwerde über das massenhafte Abschachten der Milchläde jeder Grundlage entbehrt. Nur 2,7 Proz. der vorhandenen Kühe sind in Preußen im zweiten Vierteljahr 1916 geschlachtet worden; ein Prozentsatz, der im Vergleich zu den früheren Zahlen, auch denen der letzten Zählungen vor dem Kriege, sehr gering ist.

### Anrechnung des aus Hauschlachtungen gewonnenen Fleisches auf die Fleischkarte.

Erfolgt die Verwendung des aus einer Hauschlachtung gewonnenen Fleisches innerhalb des Zeitraums, für den der Selbstversorger bereits Fleischkarten erhalten hat, so hat er eine entsprechende Anzahl Fleischkarten nach näherer Regelung des Kommunalverbandes diesem zurückzugeben. Erstreckt sich die Verwendung über diesen Zeitraum hinaus, so hat der Selbstversorger außerdem bei Ausgabe neuer Fleischkarten anzugeben, innerhalb welcher Zeit er die Fleischvorräte verwenden will. Für diese Zeit erhält er nur so viele Fleischkarten, als ihm nach Abzug der Vorräte noch zufließen.

Hierbei wird das Schlachtviehfleisch mit drei Fünfteln des Schlachtgewichts angerechnet.

Selbstversorger, die ihren Bedarf an Schweinefleisch durch Hauschlachtung decken, wird bei dem ersten Schwein, das sie innerhalb eines jeden Jahres, gerechnet vom 2. Oktober 1916 ab, schlachten, das Schlachtgewicht nur zur Hälfte angerechnet.

### Eine Salznot in Deutschland ist ausgeschlossen!

Die „Mittelungen des Kriegsernährungsamts“ schreiben: Nach der amtlichen Statistik wurden im Deutschen Reich allein von 71 Salinenbetrieben aus natürllicher Sole oder durch planmäßige Auslösung von Steinsalzlagerstätten 671 622 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) Kochsalz (Siedesalz) im Werte von rund 17,6 Millionen Mark gewonnen, während die Erzeugung von bergmännisch gewonnenem Steinsalz 1 296 802 Tonnen im Werte von 6,18 Millionen Mark betrug.

Der durchschnittliche, vom Statistischen Amte ermittelte Jahresverbrauch an Kochsalz zu Speisezwecken beträgt etwa 7,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Das macht für 65 Millionen Einwohner 487,5 Millionen Kilogramm, also nur 1/3 der wirklich erzeugten Gesamt-Salzmengen und nur 1/2 der deutschen Siedesalzerzeugung, wobei zu bemerken ist, daß wir damit noch lange nicht die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht haben. Die Gewinnung des Siedesalzes ist mit einem so geringen

menschlichen Arbeitsaufwand verbunden, daß die zur Erzeugung nötigen menschlichen Arbeitskräfte unter allen Umständen zu beschaffen sind, zumal die beim Siedebetrieb zu verrichtenden Arbeiten verhältnismäßig leicht und einfach sind, so daß sie ohne weiteres von Frauen ausgeführt werden könnten.

Aus dem hier Betagten erhebt sich ohne weiteres, daß die von Zeit zu Zeit und auch neuerdings wieder auftretenden Gerüchte von einem bevorstehenden Salzangel nur Nachrichten irgend welcher unfauberen Elemente sein können, die wohl hoffen, die Unwissenheit des Publikums zur Bereicherung ihres Geldbottels ausnützen zu können.

### Die rumänische Arie nicht vergiftet.

Die durch die landwirtschaftliche Versuchstation in Leipzig-Möckern vorgenommene Untersuchung der rumänischen Arie, nach deren Verfütterung angeblich Schweine erkrankt und eingegangen sein sollten, hat eine einwandfreie Befriedigung derselben ergeben; die Krankheits- bezw. Todesfälle der Schweine müssen also in anderen Ursachen gesucht werden.

### 800 Kisten kondensierte Milch dem Verderben preisgegeben?

Die „Vollstimme“ meldet aus Mainz: Wie uns mitgeteilt wird, lagern im hiesigen Jollhofen 800 Kisten Mährenmilch, die der J.-E.-G. in Berlin gehören. Da die Milch bereits zu verderben beginnt, sei der J.-E.-G. von der Stadt vorgeschlagen worden, sie wolle die Milch übernehmen, die bereits verdorbene als Viehfutter verwenden und die noch zur menschlichen Ernährung geeignete zum halben Preis verkaufen. Inzwischen sind Wochen ins Land gegangen, ohne daß eine Antwort der J.-E.-G. eintraf. Bei schneller Erledigung der Offerte hätte man vielleicht noch einen Teil der Milch retten können, jetzt aber ist das wohl völlig aussichtslos, vielleicht ist es bei noch längerem Jögern nicht einmal möglich, die Milch als Viehfutter zu gebrauchen.

## Aus Industrie und Handel.

### Norwegens Butter- und Milchausfuhr nach England.

Der norwegische Landwirtschaftsminister in England, Alf. Rippe, teilt laut „Kaldorog Stiftstidende“ vom 11. September in seinem Bericht mit, daß die norwegische Butterausfuhr nach England im Jahre 1915 fast doppelt so hoch war wie 1914, der Wert mehr als doppelt so hoch. 1914 betrug die Butterausfuhr nach England 2 700 000 Kronen, 1915 etwas über 6 Millionen Kronen.

Der Ausfuhrbetrag für kondensierte Milch, Sahne und Milchprodukte stieg von 2 164 000 Kronen in 1914 auf 3 452 000 Kronen im Jahre 1915. Von dem neuen Ausfuhrerzeugnis Milchpulver und Milchmehl erhielt England im Jahre 1915 für 60 000 Kronen.

Diese norwegische Ausfuhr würde ebenso wie die dänische jetzt Deutschland zugute kommen, wenn wir sie vor dem Kriege durch unsere Zollgesetzgebung nicht künstlich England zugetrieben hätten.

### Die amerikanische Ausfuhr von Kraftwagen.

„Economist“ vom 2. September schreibt: Zum erstenmal seit Kriegsausbruch ist im Mai die amerikanische Ausfuhr von Kraftwagen und Teilen dazu wieder zurückgegangen, da ihr Wert sich nur auf 2 170 626 Pfund gegen 2 269 044 im Mai 1915 belief; sie ging hauptsächlich nach Frankreich und fast ebenso sehr nach Kanada. Da nach Großbritannien Kraftwagen nur mit besonderer Erlaubnis eingeführt werden dürfen, gingen nach England nur für 848 000 Pfund, während die entsprechende Zahl des vorigen Jahres 1 170 171 Pfund war.

### Der Stand der amerikanischen Ernte.

„Manchester Guardian“ vom 11. September gibt ein Kabeltelegramm aus Washington wieder, wonach die Ernteberechtigten des Statistischen Amtes feststellen, daß der Durchschnittsstand des Frühlingserntens bei der Ernte 48,8 war gegen 63,4 im letzten Monat und 64,6 am 1. September 1915. Beim Weizen war der Stand am 1. September 71,8 gegen 75,8 im letzten Monat und 78,8 vor einem Jahre. Für die Getreidernte waren die entsprechenden Zahlen 78,0, 81,5 und 91,1. Für Gerste 74,6, 80,0 und 94,2; für Weizen 78,5, 84,0 und 87,6.

## Aus Groß-Berlin.

### „Getrunke“ Flaschen.

Gestern, nächst dem Bayerischen Plage, fiel mir das Bild ins Auge. Gerade warf die Abendsonne fast horizontal gleitende Lichtstrahlen über den Straßendam durch eines riesigen Schaufensters Spiegelfläche. Im Ladenraum — denn ein solcher war es — standen weder Regale noch Warenbehälter. Das ist ja nichts Auffälliges — zumal in dieser Kriegszeit. Dennoch mußte ich stehen bleiben, um einen Blick hineinzuwerfen.

Was war das nur? Flaschen, Flaschen, nichts als Flaschen: dicht beieinander stehend wie „ausgerichtete“ Rekruten bei der Parade hier, kraus zusammengezwängt, Schicht auf Schicht umherliegend dort, zu viel Tausenden, groß, klein, schlant, dickbäuchig, rund zumeist, aber auch gefalphen, vierkantig, und was noch für Formen. Neugierig huschten die Sonnenstrahlen darüber hin bis ins hinterste Dunkelteil. Kein Zweifel, alle diese bald weißen, bald grünlichen Glasbehälter waren leer — also tot. Die Geister, die sie einst bargen, waren entflohen, letzte Tropfenreste am Grunde verdunstet. Nicht einmal ein zartes Düstlein blieb zurück, um Kunde zu geben: weh Nam' und Art. . . So hätte sich schwerlich viel dabei denken lassen — hätte es keine Aufschriften gegeben. Aber nun konnte man's auf zahlreichen Flaschenkörpern noch lesen. Ganze Landschaften von den fernsten Weltgegenden, Städte, Dertlichkeiten jeglicher Gattung gab es auf den einen, Porträts von mythischen oder sonstwelchen Persönlichkeiten, sei es nun, daß sie zu Schutgeistern, Fürsprechern, Nestkammern oder wer weiß was noch alles erforen waren, gab es auf den andern.

Demerkt muß werden, daß auch die Proletarier — wenn man so sagen darf — unter den Flaschen nackt wie ihr Leib im „Leben“, das heißt, als sie noch „voll“ waren, gewesen, und einsam sterben.

Aber die andern: jene nämlich, die eine „gehobene“ Klasse darstellten, gewissermaßen geburtsadlig oder plutokratisch verpöppelt sind und jene, die ihren Stammbaum ohne viel Verknüpfung oder Verechtigung auf Phantastie-Aktien errichteten. Diese alle wurden wert erachtet, „in Schönheit“ hinzusinken mit ihrer Bildnisse hier rundum, vergleichbar etwa einem durch rigorose Spekulation schwer reich gewordenen Knallproh oder Prozentpatrioten mit dickgelackter Goldkette über dem rundlichen Bauch und klobig kostbaren Brillantringen auf den „Knobländern“. Noch im Tode wissen sie zu markieren, was man so eine „schöne Leiche“ nennt. Aber alle, wie sie sind, haben eine bald

schöne, halb hässliche Vergangenheit, und viele hätten, wenn sie reden könnten, allerhand lustige oder traurige Abenteuer aus ihrer Vergangenheit zu berichten. Nicht minder davon: wann und wohin sie ihre Lebensreise angetreten oder woher sie jetzt kamen der Fahrt . . .

Was mit ihnen aniebt werden soll, sie wissen es, nicht, ahnen es nicht einmal. Vielleicht wandern sie in den Schmelzöfen, um neugeformt wieder an Tag zu kommen. Vielleicht fällt sie der Weinküfer, der Branntweindrenner oder sonst wer mit gegorenem „Geist“. Ohne Degradationen und „Standeserhöhungen“ wird es kaum abgehen. Es kann geschehen, daß eine Flasche edelsten Sekt, eine Weinflasche übelstehenden „Fusel“ bekommt. Was gäbe das, wenn die vertauschten Lebewesen wären, für Eiserschleichen und Gänse und wie täten sie sich gegenseitig — die Hälse brechen!

Ueber kurz oder lang aber trafen sie sich vielleicht hinter der Schlachtfeldfront in Feindesland, wenn nicht im Schützengraben oder gar leer mitten auf dem zerstampften, mit Blut getränkten Kampfgelände. Da oder dort führe plägend eine Granate hinein und zerschmettere die Flaschenleiter zu Splintern und Scherben . . .

### Eine Gänsegeschichte.

Im Teltower Kreise hat sich eine Gänsegeschichte abgespielt, die wert ist, hier kurz mitgeteilt zu werden. Im Teltower Kreise gibt es eine Kriegswirtschaftsgesellschaft, welche den Gemeinden bestimmte Lebensmittel zuweist. Um nun der Fleisch- und Fettknappheit abzuhelfen, setzte sich die Gesellschaft mit der Handelskammer in Bromberg in Verbindung wegen Beschaffung von 10 000 Gänzen und erhielt auch eine zuzugende Antwort. Einige Zeit später wurde aber mitgeteilt, daß der Landwirtschaftsminister die Verteilung der Gänse über das Reich der Futtermittelstelle für die Provinz Brandenburg übertragen habe. Die Teltower Kriegswirtschaftsgesellschaft wendete sich nun an diese Stelle und bestellte erneut 10 000 Gänse, erhielt auch die Zusage, daß die Gänse in den nächsten Tagen geliefert würden. Daraufhin nahm die Gesellschaft die Verteilung der Gänse auf die einzelnen Gemeinden vor.

Die Lieferung erfolgte auch, aber zunächst nur 5000 Stück, dann brach die Futtermittelstelle die Lieferung ab mit der Notifizierung, der Minister habe ihr die Verteilung wieder abgenommen, weil dieselbe nicht gut vorgekommen sei und sie dem Oberpräsidenten übertragen. Nachdem man einige Zeit nichts mehr von der Sache gehört hatte, brachte man durch Erfragen in Erfahrung, daß der Oberpräsident es abgelehnt habe, die Verteilung zu übernehmen, weil die Sache schon zu verfahren sei; wieder sei die Futtermittelverteilungsstelle mit der Gänseverteilung betraut worden. Diese aber erklärte nunmehr, weitere Gänse nicht mehr liefern zu können, da anstatt der erst zugesagten 1 1/2 Millionen Gänse nur knapp 1/2 Millionen geliefert worden sei und daß der Kreis Teltow mit den 5000 Stück reichlich viel erhalten habe. Nun kam aber die Teltower Kriegswirtschaftsgesellschaft in Bedrängnis, die ihr den Gemeinden gegebenen Versprechen nicht einlösen konnte. Und die Gemeinden, die ihren Einwohnern Gänse versprochen hatten, konnten auch ihr Versprechen nicht erfüllen.

Das sind recht erbärmliche Zustände, die beweisen, wie sehr im argen noch die Organisation steht und daß dem Kriegsernährungsamt wirklich noch viel Arbeit bleibt.

### Brotzulagen für Jugendliche.

Die Reichsgetreidekasse hat den Kommunalverbänden eine besondere Portion an Mehl zur Verfügung gestellt, um jugendliche Personen zwischen 12 und 17 Jahren mit einer besonderen Proportion zu bedenken. Sie folgt hierin dem bereits früher für Groß-Berlin durchgeführten Gedanken, daß für den erhöhten Nahrungsbedarf der heranwachsenden Jugend Sorge getragen werden müsse. In Groß-Berlin werden demgemäß vom 2. Oktober ab den jugendlichen Personen in dem genannten Alter besondere Zusatzkarten zum Bezuge von 500 Gramm Brot auf den Kopf und die Woche zugeteilt werden. Diese Zuwendungen erfolgen unabhängig von den Vermögensverhältnissen, in denen der Jugendliche lebt.

Die jugendlichen Personen erhalten die entsprechende Zusatzkarte bei der Brotkommission ihres Bezirks, bei welcher Meldungen unter Vorlegung der Geburtsurkunde, des Taufzeichens, des Impfscheins oder ähnlicher Nachweise in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober zu erfolgen haben. Die Brotkommissionen selbst werden benannt, in welcher Art sie die Ausstellung der Zusatzkarten vornehmen werden. Soweit die jugendlichen Personen im Alter von 12 bis 17 Jahren bereits im Besitz von Zusatzkarten sind, erhalten sie zur Auffüllung der Portion von 500 Gramm nur noch eine weitere Zusatzkarte von 150 Gramm.

### Zur Zuderversorgung.

Die Zuderzuteilungsstelle Berlin hat mit den Ausführungen der Verordnung über die Anmeldung des Zuderbezuges beim Kleinhändler bestimmt, daß alle Personen und Geschäfte, die Zuder im Kleinhandel abgeben, verpflichtet sind, ihre Zuderbestände, die sie in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober besitzen, am 2. Oktober dem Zwischen- oder Großhändler, bei dem sie die Kopfstücke der eingetragenen Zuderkarten abgegeben, zu melden haben. Die Zwischenhändler ihrerseits haben bis zum 3. Oktober ihre eigenen Zuderbestände sowie auf Grund der ihnen von den Kleinhändlern übersandten Meldungen ihren Gesamtbestand dem Großhändler zu melden. Weiter haben die der Zuderzuteilungsgesellschaft m. b. H. angeschlossenen Großhändler dieser bis zum 4. Oktober ihre Bestände und die angegebenen Bestände ihrer Kunden und die Menge anzugeben, die sie auf Bezugscheine noch zu erhalten haben. Die Gesamtbestände hat die Zuderzuteilungsgesellschaft m. b. H. bis zum 5. Oktober der Zuderzuteilungsstelle Berlin anzugeben. Gleichzeitig wird in der Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß auf den Abschnitt 18 der Berliner Zuderkarte in der Zeit vom 2. bis 20. Oktober auf einmal 500 Gramm Zuder bezogen werden kann und daß der Abschnitt 19 erst in der Zeit vom 21. Oktober bis zum 31. Oktober eingelöst werden kann. Auf diesen Abschnitt entfallen 250 Gramm Zuder, so daß im Monat Oktober noch wie vor 750 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben werden. Die entsprechende Magistratsverordnung wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

### Zur Eierverordnung.

Der Magistrat hat Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung vom 19. d. M. über die Eierverordnung erlassen, welche, abgesehen von einigen Bestimmungen über die Kundenliste und Anmeldungen zu den Kundenlisten, als wichtige Bestimmung enthält, daß die Gastwirte verpflichtet sind, auf den Speisekarten zu vermerken, wie groß die Eiermengen sind, die in den Eier Speisen enthalten sind.

Nur ein Ei! Nach einer Magistratsverordnung darf bis auf weiteres auf jeden Eierartenabschnitt nur ein Ei abgegeben und entnommen werden.

Bestellungen für Auslandsäste in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Steglitz und Neudörfen sind zum Freitag, den 29. d. Mts., mittags 12 Uhr, bei der Zuderzuteilungsstelle Groß-Berlin, O. L., Poststr. 16, einzureichen. Bereits eingereichte Anmeldungen brauchen nicht wiederholt zu werden. Näheres über die Form der Anmeldung ist aus der Bekanntmachung in den sämtlichen Publikationsorganen und aus den Anschlägen an den Anschlagtafeln ersichtlich.

### Einhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für den 28. September 1918.

Für Schellfische, Kabeljau und kleine Schollen werden für Groß-Berlin durch eine von der Preisprüfungsstelle gebildete besondere Kommission täglich Groß- und Einhandelspreise für beste Ware festgesetzt. Die Höhe dieser Preise hängt besonders von den durch die Witterung häufig stark beeinflussten Fängen und von den Zufuhren ab und unterliegt dadurch sehr starken Schwankungen. Bei großen Fängen sind daher Seefische, die bekanntlich ein vortreffliches Nahrungsmittel bilden, verhältnismäßig preiswert zu kaufen. Um der Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, die günstige Sachlage auszunutzen, werden von jetzt ab täglich die auf Grund der Großhandelspreise nach den Richtlinien der Preisprüfungsstelle festgesetzten Einhandelspreise veröffentlicht. Diese Preise beziehen sich nur auf beste Ware. Geringere Qualitäten müssen also entsprechend billiger verkauft werden. Eine Uebersicht der jeweils so festgelegten veröffentlichten Einhandelspreise wird als übermäßige Preisforderung betrachtet und strafrechtlich verfolgt werden.

In Groß-Berlin gelten danach heute folgende Einhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für das Stück: Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,20 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,35 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 1,50 M., große (von 1 1/2 bis 2 Pfund und mehr) 1,65 M. Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,00 M., mittel (von 1 1/2 bis 2 Pfund) 1,15 M., große (von 2 bis 3 Pfund und mehr) 1,30 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 1,35 M. Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 0,94 M. Zufuhr mäßig.

### Die Schulspeisung der Stadt.

Am Montag, den 2. Oktober, geht die kostenfreie Mittagspeisung der bedürftigen Gemeindschulkinder, die bisher dem Verein für Kindervollschulen mit städtischer finanzieller Beihilfe übertragen war, auf die Stadt über. Anrecht auf Teilnahme haben nur die Kinder, denen in der Schule wegen ihrer Bedürftigkeit eine Wochenkarte ausgestellt ist. Die Kinder erhalten diese Karte jeden Montag in der Schule gegen Vorlegung ihrer Fleischkarte und Kartoffelkarte. Von diesen werden für die Woche die entsprechenden Abschnitte abgetrennt und zwar von der Fleischkarte 1/2, von der Kartoffelkarte 2/3 und vom 16. Oktober d. J. ab 1/2. Die Fleischkarte und Kartoffelkarte erhalten die Kinder nach Abtrennung der Abschnitte sofort zurück. Da am Sonnabend, den 30. September, die Fleischkarten beginnen, müssen die Kinder schon an diesem Tage die Fleisch- und Kartoffelkarte mitbringen, von denen die Abschnitte für zwei Wochen abgetrennt werden, worauf sie die Wochenkarte für zwei Wochen erhalten. Jede Schule erhält genaue Weisung, wohin sich ihre Kinder zur Mittagspeisung zu begeben haben. Diese findet teils in den Zentralküchen und Speisenausgabestellen — getrennt von den Erwachsenen —, teils in Alkassenzimmern derjenigen Gemeindschulen statt, deren Turnhallen als Ausgabestellen dienen. Die Speisung findet für die Kinder der Unterstufe (7., 8. und 9. Klasse) um 12 1/2 Uhr, für die Mittelstufe (4. und 5. Klasse) um 1 1/4 und für die Oberstufe (2. und 1. Klasse und Oberklasse) um 1 1/2 Uhr statt.

Arbeiterbildungsschule. An den heute Donnerstagabend 8 1/2 Uhr stattfindenden wissenschaftlichen Einzelvortrag sei nochmals erinnert. Genosse Eduard Bernstein wird über das Leben und Wirken des englischen Arbeiterführers Keir Hardie (gestorben 26. September 1915) reden. Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof, rechts 3 Treppen, statt. — Eintrittspreis 10 Pf.

### Die Polizeistunde am 1. Oktober.

Das Polizeipräsidium macht bekannt: Mit Eintritt der Winterzeit in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober d. J. können diejenigen Gast- und Schankwirte, die gegenwärtig eine verlängerte Polizeistunde bis 1 Uhr nachts haben, ihre Räume bis zum Eintritt dieser Stunde nach der Winterzeitrechnung öffnen halten. — Mit anderen Worten: Die Gastwirtschaften können zur Feier des Eintritts in die „Winterzeit“ eine Stunde länger offen halten. Um 12 Uhr stellen die Wirte die Uhr auf 11 zurück; sie gewinnen dadurch eine Stunde.

### Postpaket- und Frachtgutverkehr nach dem Auslande.

Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: Bei der militärischen Prüfung der in das Ausland zu versendenden Postpakete haben sich nicht nur zahlreiche Verstöße gegen die bestehenden Ausfuhrverbote, sondern auch solche gegen das Verbot der unrichtigen Inhaltsangabe und der Verletzung von schriftlichen Mitteilungen gezeigt. Eine Reihe derartiger Fälle sind bereits zur strafrechtlichen Verfolgung gelangt und haben zur gerichtlichen Verurteilung der beteiligten Personen zu zum Teil recht empfindlichen Geldstrafen geführt.

Es kann deshalb nicht dringend genug empfohlen werden, bei der Versendung von Postpaketen und Frachtgütern in das Ausland (dazu gehört auch Österreich-Ungarn) nicht allein die bestehenden Ausfuhrverbote, die im Reichsanzeiger veröffentlicht worden, zu beachten, sondern ebenso sehr die Bekanntmachungen des Oberkommandos in den Marken vom 12. 1. und 19. 5. dieses Jahres über den Postpaket- und Frachtgutverkehr nach dem Auslande, veröffentlicht in den Amtsblättern des Polizeipräsidiums und der kgl. Regierungen Potsdam und Frankfurt a. O.

### Mehr Kranke bei den Krankenkassen.

Die Krankenkassen Berlins hatten am 1. August 1918 insgesamt 338 461 männliche und 446 869 weibliche, überhaupt 785 330 Mitglieder. Davon gehörten zu den Versicherungspflichtigen 818 074 männliche und 407 755 weibliche, zusammen 1 225 829 Mitglieder, zu den nur Versicherungsberechtigten 19 457 männliche und 39 114 weibliche, zusammen 58 571 Mitglieder. Als arbeitsunfähig krank wurden am 1. August gezählt insgesamt 10 372 männliche und 16 287 weibliche, überhaupt 26 659 Mitglieder, davon bei den Versicherungspflichtigen 9584 männliche und 14 028 weibliche, zusammen 23 612 Mitglieder, bei den Versicherungsberechtigten 824 männliche und 2259 weibliche, zusammen 3083 Mitglieder. Auf je 1000 Mitglieder der betreffenden Gruppen kamen arbeitsunfähig Kranke bei den Versicherungspflichtigen 82, im besonderen bei den männlichen 80, bei den weiblichen 84, dagegen bei den Versicherungsberechtigten 53, im besonderen bei den männlichen 42, bei den weiblichen 58. Daß im Verhältnis zum Mitgliederbestand die Kranken in der Regel bei den weiblichen Mitgliedern zahlreicher als bei den männlichen, bei den nur Versicherungsberechtigten zahlreicher als bei den Versicherungspflichtigen sind, ist bekannt. Eine Vergleichung mit den Krankenziffern vom August 1915 ergibt, daß in 1918 die Kräfte merklich stärker durch Kranke belastet sind. Am 1. August waren im vorigen und in diesem Jahr von je 1000 Mitgliedern arbeitsunfähig krank bei den Versicherungspflichtigen 27 und 82, im besonderen bei den männlichen 25 und 80, bei den weiblichen 28 und 84, dagegen bei den Versicherungsberechtigten 58 und 53, im besonderen bei den männlichen 41 und 42, bei den weiblichen 64 und 58. In diesem Jahre sind gegenüber dem vorigen die Krankenziffern höher bei den Versicherungspflichtigen männlichen wie weiblichen Geschlechts. Bei den Versicherungsberechtigten haben in diesem Jahre die männlichen Mitglieder eine höhere, die weiblichen eine geringere Krankenziffer als im vorigen Jahre, und auch die Gesamtankrankenziffer ist hier infolge des ausschlaggebenden Uebergewichts der weiblichen Mitglieder geringer geworden. Ist den Gesamtbestand an Kranken im Verhältnis zu dem Gesamtbestand an Mitgliedern sind die Versicherungsberechtigten von geringer, die Versicherungspflichtigen von ausschlaggebender Bedeutung.

Als arbeitsunfähig krank wurden gezählt am 1. August in 1918 gegenüber 1915 bei den Versicherungsberechtigten um 69 männliche mehr, um 237 weibliche weniger, im ganzen um 168 weniger, aber bei den Versicherungspflichtigen um 109 männliche mehr, um 3908 weibliche mehr, im ganzen um 4877 mehr.

Die städtische Schlächterei in Hohenschönhausen hat mit einer Ueberschreibung von rund 800 000 M. für 1918 ihren Etat abgeschlossen. Nach diesem wurden 1 518 000 M. Ausgaben bewilligt, geleistet wurden 2 403 000 M. Diese Mehrausgaben sind auf die bedeutende Erhöhung der Viehpreise, den gestiegenen Unfug, die höheren Preise für Gewürze, Dämme usw. und hohen Löhne zurückzuführen sowie auf die vermehrten Lieferungen für das große Lazarett in Buch. Den Mehrausgaben stehen indes auch Mehreinnahmen gegenüber in Höhe von 656 000 M. Es wurden vereinnahmt 2 889 000 M. gegen 1 728 000 M. nach dem Etat. Der nachgewiesene Verlust wird durch den höheren Warenbestand noch weiter verringert. Das geschlachtete Vieh kommt zum größten Teil von städtischen Wätern, nur ein kleiner Teil wurde freihändig angekauft. Die Stadtverordneten werden vom Magistrat ersucht, diese Ueberschreibungen zu genehmigen.

### Ratschläge zur Behandlung schwer erziehbarer Kinder.

Ueber die erzieherische Behandlung und unterrichtliche Förderung von geistig schwachen, teils selbständigen und schwer erziehbaren Kindern erhalten Eltern, Vormünder und andere Erziehungsverpflichtete unentgeltlich Rat in der heilpädagogischen Sprechstunde des Direktors der Hilfserziehungsschule A. Buchs. Diese Sprechstunde findet jeden Donnerstag von 10—12 Uhr im Schulhaus, Bergstraße 58, statt.

### Verhaftung der beiden Neutöllner Raubmörder.

Die jugendlichen Mörder der Seimarbeiterin Anna Rudolph von Rahbader 2, die Brüder Richard und Otto Klaus, wurden gestern nachmittag kurz vor 5 Uhr auf einem Landengelände an der Elbstraße in Neutölln von Laubensbergern ergriffen und von der Polizei festgenommen. Beide Jungen sind geständig, das alte Fräulein ermordet und beraubt zu haben, um sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen.

Ein dreifacher Raubfall ist am gestrigen Mittwoch nachmittag in dem Hause Gräferstr. 39 verübt worden. Als die dort wohnende 74jährige Witwe Böhm von einem Auszuge zurückkehrte, wurde sie vor ihrer Wohnung von einem jungen Kurischen überfallen, der ihr die Handtasche zu rauben versuchte, durch Faustschläge zu Boden geschleudert und die Treppe hinabgeschleift. Frau Böhm, die für kurze Zeit die Besinnung verloren hatte, wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzte gebracht, der feststellte, daß die Greisin außer von den Faustschlägen herrührende Verletzungen und Schwellungen im Gesicht einen Bruch des rechten Schlüsselbeins sowie Quetschungen am Körper, die wohl von dem Fall herrühren, davongetragen hatte. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde Frau Böhm nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Der Räuber hat keinerlei Beute gemacht.

### Liebesgabenmarder.

Aus Eichwald wird geschrieben: Während des Krieges ereignete sich schon der zweite Fall, daß man einem Liebesgabenräuber auf die Spur kam. Der Verleerer Dame, Vater von fünf Kindern, hat fortgesetzt Liebesgabenpakete unterschlagen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden allerlei Bleibhaken, Zigarren- und Zigarettenpacketen und andere Sachen gefunden und dadurch der Verleerer überführt. Da sich unter vielen Opfern Dahingebliche ihre Angehörigen Gaben ins Feld und elende Gauner eignen sich dieselben an.

Ein tödlicher Betriebsunfall hat sich auf dem Abstellbahnhof am Magerviehof Friedrichsfelde ereignet. Dort fanden gegen 12 Uhr mittags Eisenbahnarbeiter beim Abschleppen der Gleise zwischen den Schienen einen Mann besinnungslos liegend auf, in welchem der auf dem dortigen Bahnhof beschäftigte Rangierer Otto Becke aus Berlin festgestellt wurde. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus in Lichtenberg geschafft, wo die Ärzte feststellten, daß er sehr schwere Quetschungen und innere Verletzungen erlitten hatte. Bald nach seiner Aufnahme ist der Rangierer im Krankenhaus gestorben, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Auf welche Weise Becke verunglückt ist, konnte noch nicht festgestellt werden, da der Unfall von niemand beobachtet worden ist. Wahrscheinlich ist aber, daß infolge eigener Unvorsichtigkeit zwischen zwei von der Rangiermaschine abgestoßene Wagen geraten und gequetscht worden.

Verbrannt. Ein schweres Brandunglück, dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, hat sich in Bernsdorf ereignet. Dort war auf bisher noch nicht ermittelte Weise in der Scheune des Kolonisten Jaste Feuer ausgebrochen, das an den Heu- und Futtervorräten reiche Nahrung fand und deshalb schnell eine große Ausdehnung annahm. Als der Schuppen schon in hellen Flammen stand, wagte sich der 84 Jahre alte Vater des Besitzers trotz dringender Warnungen in die Scheune hinein. In diesem Augenblicke stürzte der Holzbau zusammen und begrub den alten Mann unter den Trümmern, so daß er verbrannte. Die verlorene Leiche wurde nach Abkühlen des Feuers gefunden.

Schulwaffen in Kinderhand. Das leichfertige Umgeben mit einer Schulwaffe hat wiederum einen bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführt. In der Moonstraße in Oranienburg spielte ein achtjähriger Junge mit einer Luftbüchse und trieb damit allerhand Unfug. Als ein 16jähriges Mädchen mit einem Kindertwagen, in dem sich ein Säugling befand, die Moonstraße passierte, traf sie ein Schuß aus der Luftbüchse dicht über dem rechten Auge am Kopfe. Die Betroffene erlitt eine schwere Verletzung und mußte in das Krankenhaus geschafft werden.

## Aus den Gemeinden.

### Städtischer Verkauf von geschlachteten Gänsen in Neudörfen.

Nach der Mitteilung des Magistrats kommen in dieser Woche in hiesigen Geschäften — Geflügelhandlungen und etwa 80 Schlächtereien — die durch Kussung kenntlich gemacht sind, wiederum 1000 geschlachtete Gänse, die aus dem Oberbrude von der Stadt bezogen sind, mit 3,10 M. je Pfund zum Verkauf. Es darf jedoch nur jedesmal höchstens eine Gans verkauft werden. Um der Bevölkerung den Kauf von kleineren Mengen Fleisch zu ermöglichen, sind die Geschäftsinhaber verpflichtet, auf Verlangen auch die Gänse ausgeschlachtet und zwar:

- Stümpfe ganz oder geteilt zu . . . . . 4,25 M. je Pfund
- Gänseleber, Hefen und Darmzeit zu . . . . . 5. — „ „
- und das Gänsefleisch pro Gans mit . . . . . 8,80 „ „

zu verkaufen. Der Verkauf findet am Donnerstag, den 28. September dieses Jahres, von 5 Uhr nachmittags ab und, soweit der Vorrat reicht, an den folgenden Tagen statt, jedoch nur an Neudörfener Einwohner gegen Vorzeigung der Haushaltungsarte.

### Ziegenverkauf in Weißensee.

Die Gemeinde stellt zur Zeit 150 Ziegen zum Verkauf an die darauf reflektierenden Einwohner. Dieselben sind in vier Gruppen eingeteilt und zwar für den Preis von 110 M. für 88 Stück, 100 M. für 40 Stück, 90 M. für 30 Stück und 80 M. für 15 Stück. Meldungen nimmt der Gemeindevorstand entgegen und es müssen die Reflektanten die betreffende Gruppe angeben, in welcher Preisgattung die Ziegen gewünscht werden. Sobald werden bei Mehrangeboten die Ziegen ausgelost. Dem hierorts neu gegründeten Ziegenzuchtverein sollen als Beihilfe 100 M. vom Kreise wie auch 100 M. von der Gemeinde gewährt werden.

# Berichtszeitung.

Ein habgütiger Metzgermeister.

Das Landgericht Aöln hat am 7. Juli den Metzgermeister Friedrich Sommer wegen vorläufiger Verhinderung gesundheitswiderlicher Nahrungsmittel, übermäßiger Preissteigerung, Uebervorteilung der Höchstpreise und verbotswidriger Fleischabgabe zu insgesamt zwei Jahren Gefängnis, 20000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Außerdem ist auf Einziehung der beschlagnahmten Fleischvorräte und öffentliche Bekanntmachung des Urteils erkannt worden. Wie festgestellt ist, hat der Angeklagte im Januar und Februar merklich verbotenes Fleisch, das modig war und stark duftete, zu Markt vertrieben lassen. Einmal warf er eigenhändig einen von Würmern zerfressenen Schinken in den Wurstkessel. Der bei der Wurstküche des Angeklagten entzündete starke Gestank des verbotenen Fleisches belästigte die Nachbarnschaft. Die so hergestellten Würste wurden mehrfach von der Kundenschaft des Angeklagten zurückgewiesen; ein Händler schickte ihm Pflaster zurück, die von Würmern zerfressen waren. Als am 9. Mai 1918 die Geschäftsräume des Angeklagten durchsucht wurden, fand man große Mengen Fleisch vor, von denen 7000 Kilogramm verbotenes, 3000 Kilogramm minderwertig und nur 5000 Kilogramm gut waren. Solche großen Mengen hatte der Angeklagte in seinem Betriebe nicht nötig. Das Gericht hat festgestellt, daß er das Fleisch lediglich angekauft hat, um es zurückzuhalten und bei den ständig steigenden Fleischpreisen damit Preiswucher zu treiben und einen übermäßigen Gewinn zu erzielen. Ferner hat der Angeklagte an ein Kasino im Landkreis Aöln Speck usw. unter Uebervorteilung der dort geltenden Höchstpreise verkauft. Endlich hat er größere Mengen der von der Stadt Aöln erworbenen Fleischvorräte, die lediglich für Aöln Einwohner bestimmt waren, aufgelaufen und nach Dresden weiterverkauft, was verboten war. Wegen des Urteils hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision als unbegründet.

## Versehen oder Verschulden?

Veruntreuungen bei der Annahmestelle für Reisegepäck auf dem Anhalter Bahnhof wurden sechs Frauen und Männern zur Last gelegt, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verantwortung gezogen wurden.

Sie waren auf der Aufbewahrungsstelle des Anhalter Bahnhofs beschäftigt — einer der Angeklagten schon viele Jahre hindurch — und wurden nun beklagt, einfallende Geldbeträge für Gepäcksaufbewahrung unterschlagen und gleichzeitig hiermit ihnen amtlich übergebene Gegenstände in gewinnbringender Absicht beiseite geschafft zu haben. Der Gepäcks zur Aufbewahrung abisoliert, erhält bekanntlich einen Gepäckschein, den er unter Zahlung von 10 Pf. pro Stück und Tag zurückgibt, wenn er das Gepäcks wieder abholt. Das eingenommene Geld mußten die Angeklagten in die Registrierkasse legen, und zwar sollte jedesmal getippt werden. Die Angeklagten sollen nun die Scheine nicht, wie vorgeschrieben, nach Rückgabe des Gepäcks und Empfangnahme des Geldes entwerfen, auch das Geld nicht an die Kasse abgeben und jedesmal an der Registrierkasse zu tippen. Deshalb seien die Scheine auf den Tisch gelegt worden und wenn Zeit war, seien alle nachgedreht worden. Das vereinbarte Geld sei stets in die Kasse gezwungen worden. Viele hätten aber oft nicht gestimmt, weil sie in der Eile das nach den Gepäckscheinen zu zahlende Geld nicht richtig gerechnet hätten. Um das dadurch entstehende Kassemanko zu beheben, hätten sie die Hinterlegungscheine öfter verausgabt. — Der Staatsanwalt wollte dieser Darstellung nicht folgen, sondern beantragte gegen die Angeklagten je 14 Tage Gefängnis, gegen den ältesten, in Ehren grau gemordeten und seit Jahren an der Gepäcksannahmestelle beschäftigten Arbeiter S. dagegen drei Monate Gefängnis. — Die Rechtsanwältin Wahn und Dr. Suppe führten demgegenüber aus, daß die Angeklagten die Opfer einer Arbeitsüberlastung geworden seien. Jedermann wisse, welcher Andrang täglich auf dem Anhalter Bahnhof an der Gepäcksaufbewahrungsstelle herrsche, insbesondere zu den Zeiten und den Stunden, wennzüge mit größeren Soldatentruppen eintrifften. Die Kriegsverhältnisse seien kaum daran, daß ungeachtet, zum Teil weibliche Kräfte dort eingestellt werden mußten, die bei großem Andrang die Arbeit nicht zu bewältigen vermochten. Anstatt der damals dort tätigen 6 Personen seien jetzt 12 Weibchen beschäftigt und man habe dazu übergeben müssen, einen allein für die Kasse einzustellen, was wohl von Anfang an hätte geschehen müssen. Der Oberbörcher Gernitz habe den Angeklagten selbst gesagt, sie sollten die Scheine liegen lassen, bis sich der Andrang gelegt hätte. Die Kasse habe dann erklärterweise öfter nicht gestimmt und da die nur mit 8 Pf. täglich befristeten Angeklagten das Kassemanko hätten ertragen müssen, hätten sie die Hinterlegungscheine öfter verausgabt, das dadurch eingenommene Geld aber jedesmal sofort in die Kasse getan. Bei dieser Sachlage könne ihnen eine Schuld nicht nachgewiesen werden. — Das Schöffengericht schloß sich diesen Erwägungen an und sprach sämtliche Angeklagten frei.

## Kriegswucher.

Wegen Kriegswuchers verurteilte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts 1 den Engrosflächlermeister Paul Otto zu 3000 Mark Geldstrafe eventuell für je 10 M. 1 Tag Gefängnis. Der Angeklagte hatte Rindfleisch, das er mit 1,10 Mark pro Pfund Lebendgewicht eingekauft, mit 2,50—2,55 Mark pro Pfund Schlachtgewicht an die Ladenflächler weiterverkauft. Dieser Aufschlag entsprach einem Verdienst von 7—8 Proz., während als handelsüblich nur 1½ Proz. genommen werden dürfen. Der Staatsanwalt beantragte deswegen 10000 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte jedoch mit Rücksicht darauf, daß es sich bei dem Angeklagten nur um kleinere Umsätze handelte, wie oben erwähnt.

## Teure Stiefeln.

Als einen recht häßlichen Akt des Kriegswuchers bezeichnete der Vorsitzende des Schöffengerichts Berlin-Mitte, Amtsgerichtsrat v. d. Schulenburg, das Verfahren der Filialleiterin Frau Hippel, die sich gestern wegen übermäßiger Preissteigerung zu verantworten hatte.

Die Angeklagte leitete die Filiale einer Schuhwarenfabrik und hielt es aus eigenem Antziede für zeitgemäß, die Preise für Stiefeln, die noch aus alten Lagerbeständen herrührten und bei denen die höheren Preise für die Materialien gar nicht in Frage kamen, eines Tages durchweg um ein ganz erhebliches höher zu schrauben, um sie so einigermaßen in Uebereinstimmung mit den neuen Eingängen, bei denen die hohen Materialpreise schon miteingebunden waren, zu bringen. Das Schöffengericht hielt ein solches Vorgehen für recht verwerflich, da es im Gegenteil Pflicht der Angeklagten gewesen wäre, den Käufern zu sagen, daß zwar jetzt die Preise stark gestiegen seien, sie aber ihnen aus den vorhandenen älteren Beständen noch Stiefeln zu den alten Preisen abgeben könne. Die Angeklagte wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Kriegswucher mit Gänsen.

Die Preissteigerungen im Gänsekandel belästigte jetzt eine Verhandlung vor dem Landgericht Pommern gegen den Wüchler Friedrich August Niemer aus Oster. Die Hausbesitzerin Markt in Lischewitz bei Rostock kaufte 17 Stück alte Gänse für 1,50 Mark das Stück. Mit Kloben später verkaufte die Markt die jungen Gänse das Stück für 10 Mark an den Angeklagten, der für das Jureiden der Tiere noch 1,20 Mark Zeitgeld zahlte. Bereits am nächsten Tage veräußerte der Angeklagte auf dem Kammerer Gänsemarkt 7 Gänse zu je 12 Mark, 2 Stück zu je 13 Mark. Dieser Verdienst machte dem Angeklagten leicht wohl zu hoch erscheinen, denn er legte der Frau Markt noch 1 M. pro Gans zu, so daß diese nunmehr einen Preis von 11 Mark für die acht Wochen alten Gänse erzielt hatte. Diese Preissteigerungen gelangten zur Kenntnis der Polizei. Sie erließ Strafbefehle an die erste Weiblerin der Gänse sowohl als auch an den Angeklagten Niemer, und zwar erhielt die M. wegen Kriegswuchers 50 M., N. wegen Anreiz zum Wucher 150 M. Diese Strafbefehle wurden vom Amtsgericht Kammer bestätigt. N. legte hierauf Berufung ein und machte geltend, das Schöffengericht Kammer habe nicht wie der Strafbefehl den Anreiz zum Wucher durch Erhöhung des Verkaufspreises von 10 M., sondern Preiswucher durch Verlangen des Wiederverkaufspreises von 12 bzw. 13 M. der Strafe zugrunde gelegt. Aus diesem Grunde wurde das schöffengerichtliche Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

## Aus aller Welt.

Vier Kinder durch einen „Blindgänger“ getötet. Trotz des strengen Verbots, den Truppenübungsplatz auf dem Heuberg, insbesondere den Platz für Scharfschützen zu betreten, begaben sich vier Kinder aus Ehingen (Württemberg) auf den Scharfschützenplatz der Minenwerfer, offenbar um dort Sprengstoffe zu suchen. Dabei gerieten die Kinder an einen Blindgänger, den sie durch Steinwürfe zur Explosion brachten mit der traurigen Folge, daß alle vier Kinder getötet wurden.

Erdbeben im Schwarzwald. Dienstag früh 1¼ Uhr wurde außer in Freiburg i. S. in vielen Gegenden des Südschwarzwaldes, besonders in der Gegend von Todtnau—St. Blasien—Zell—Neustadt—Tillsee ein Erdbeben verspürt. Vielesch erregten die Leute aus dem Schlafe. Gegenstände gerieten ins Schwanken und Uhren blieben stehen. Dem Erdstöß ging ein dumpfes, unterirdisches Geräusch voraus. Die Erschütterung verlief von Südost nach Nordwest. Es dürfte sich um ein vom Feldbergmassiv ausgegangenes, tektonisches Beben handeln.

## Frauenleseabende.

Reinickendorf-Ck. Donnerstag, den 28. September, im Abendheim, Coppelstr. 22. Vortrag des Grafen Schäfte. — Die Bibliothek des Wohlvereins bleibt an diesem Tage geschlossen.

## Jugendveranstaltungen.

Reinickendorf-Ck. Am Sonnabend, den 30. September, abends 8½ Uhr, legt die hiesige Arbeiterjugend die Fester des 2. Stiftungsfestes des Jugendvereins. Musik, erste und bessere Gedichtvorträge sowie Gesang des Jugendvereins und ein kleines Theaterstück werden das Programm des Abends bilden. Eintritt sind bei den Verkaufsführern, in der „Vorwärts“-Expedition und in den Konsumläden zu haben.

## Eingegangene Druckschriften.

Wie führe ich meine Vormundschaft? Anleitung mit Vorlagen und Tabellen von W. Grunberg. Einleitungsbeitrag, Potsdam, Junkerstraße 37.  
Die Stimme. Schauspiel von J. Bahr. 140 S. E. Fischer, Berlin, Villanovastr. 90.  
Teutsche Studentenarbeit in Feld und Heimat. 1. Jahrgang. Hr. J. Schlichting; Hr. G. Niedermeyer. Geschäftsstelle: Berlin, Kleine Rosenstr. 5b.  
Wir mit dem Korps durch Zerbi. Ein Kriegstage- und Erläuterungsbuch von H. Reich. 3.60 M., geb. 4.50 M. H. Ullstein, München.  
Kriegsereignisse als militärische und finanzielle Kriegsvorfälle. Von H. Otto. 2.60 M. H. Ullstein, Berlin.  
„George Sand. Ein Buch der Weiblichkeit.“ Historischer Roman von Dora Duncker, 5 M. H. Ullstein, Berlin W 37.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Kommunisten Studenten, S. 17, bei 100, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 4 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anschlag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Vertiefte Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Kommunistenberatung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringt man in der Sprechstunde mit.

H. S. 5. Glauben Sie auf dem Voham. — T. S. 50. Dazu ist handwerkliche Nachhilfe erforderlich und kann auch nur dem Fachmann ausgereicht werden. — G. 88. Geometrie erhebt: D o b e n e g g: „Zur Lösung der Problemfrage“, Preis 1 M.; zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3. — H. 18. Darüber wagt man nicht, ein Urteil abzugeben. — A. S. 20. Kriegskinderpöbel deutscher Frauen. Privatanklage der Frau Kronprinzessin, Potsdam. — S. 63. Wird sich nicht machen lassen. Fragen Sie bei der Stelle an, von wo Sie den Kessel bezogen haben. — Klempner G. 1. Ortsanwesenheit Bevölkerung des Deutschen Reiches bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910: 32 040 106 männliche, 32 885 927 weibliche, zusammen 64 926 033 Personen. 2. Geburten in Berlin im Jahre 1915: 16 651 männliche, 15 415 weibliche, zusammen 32 066 Kinder (einschl. 1253 Totgeborene). 3. In der oben angegebenen Bevölkerung des Deutschen Reiches waren bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910: unter 18 000 487 vor 1893 geborenen (über 18 Jahre alten) männlichen Personen 6 475 741 Ledige, 11 607 950 Verheiratete, 866 674 Verwitwete, 49 122 Geschiedene, also zusammen 7 891 537 nicht Verheiratete; unter 21 238 747 vor 1895 geborenen (über 16 Jahre alten) weiblichen Personen 6 942 582 Ledige, 11 621 621 Verheiratete, 2 583 672 Verwitwete, 88 666 Geschiedene, also zusammen 9 615 126 nicht Verheiratete. Entsprechende Zahlen für 1915 sind nicht bekannt, da in 1915 keine Volkszählung stattgefunden hat. — G. M. 49. Rein. Steuer 50. Wenn für das Jahr 1915 ein voller Jahresarbeitsverdienst vorliegt, wird dieser zur Grundlage der Berechnung für die Steuer genommen. Sie sind von der Steuerzahlung nur für die Zeit der Krankheit befreit. — G. S. 300. Sie sind dazu berechtigt, müssen aber die Anmeldung vorher beim Magistrat vornehmen. — M. S. 1. Die erste Hiffer bedeutet: einfache Darunter, die zweite: Zunderdarunter; die Buchstaben: arbeitsverwendungsunfähig. 2. Der Wert ist verlässlich, Ihnen die Protokollen zuzuschicken. Trifft er Sie allerdings nicht zu Quelle an, so sind Sie nachher verpflichtet, sich die Protokollen von ihm abzuholen. — A. S. 200. Schadenersatz kann nicht verlangt werden. Es ist selbstverständlich, daß der Firma das Kündigungsrecht zusteht. Eine Klage wäre daher völlig unzulässig. — G. W. 18. Die Forderung ist noch nicht verjähr. 2. T. 80. Die Kriegsunterstützung wird Ihnen gewährt, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit bei Ihnen anerkannt wird. — O. 100. Die Rente wird Ihnen deshalb nicht verweigert. — H. M. 101. Ja. — G. S. 100. Ja, die Geschwister und die Mutter erben je ein Viertel des Nachlasses, die übrigen Hälfte und die Wittwenanteile die Ehefrau. — H. G. 21. Kündigung ist zulässig. — M. S. 119. Stellen Sie zunächst Ihren Antrag auf Schadenersatz an die betreffende Eisenbahnverwaltung, bei der Sie das Gepäcks aufgegeben haben. — G. S. 78. Die Gelder können wir nicht. — O. 20. Ja. — H. S. 47. Sie brauchen sich nicht zu melden, da Sie nach dem 8. September 1870 geboren sind. — S. S. 101. 1. Wenn Ihre Steuer nicht mehr als ein Jahr rückständig betrug, ist dieselbe durch den Anmeldebescheid gelöscht. 2. Wenn 3. Das kommt auf die Strafe an. — Pankow 24. Die Kriegsunterstützung wird auch an Kriegsgewaltene Ehefrauen gewährt, wenn Bedürftigkeit vorliegt; ebenso kann die Mutter, wenn der Sohn zu ihrem Unterhalt beigetragen hat, eine Unterstützung erhalten. Ist das unbedeutend und muß die Kriegsunterstützung gewährt werden. — H. G. 86. Wenn Sie nach dem 8. September 1870 geboren sind, müssen Sie sich jetzt auf dem Volksregister melden. — Tarnau 100. 1. Sie können in der Garnison zu jedem Arbeitsdienst kommandiert werden. 2. Eine solche Meldung wäre zwecklos.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Stralauer Viertel, Bezirk 325.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege,  
**Alfred Fischer**  
Waldhauer Str. 78  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zentralstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin  
**Martha Senfleben**  
aus Berlin  
am 24. d. Mts. gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 29. September, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.  
24/11  
Die Erbsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der  
**Alfred Fischer**  
Waldhauer Straße 78,  
am 25. September gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der  
**Robert Schwarz**  
Wedemstr. 8,  
am 26. September gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in Prenzlauer Berg, Kollnische Straße, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin  
**Emma Dimke**  
Kesselmörder Straße 16,  
am 23. September gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
123/9 Die Erbsverwaltung.

Als Opfer des Selbstmordes fiel am 10. September durch einen Granatanschlag unser lieber Freund und Kameradenkollege  
**Karl Schilling.**  
Kolonie „Immer Lustig“  
Neukölln.  
Da sollt uns unergötlich sein.

**Zum 39. Geburtstag**  
am 28. September.  
In treuer Pflichterfüllung fiel als Opfer diesesurchbaren Selbstmordes am 23. Juni durch Selbstmord mein über alles geliebter, herzensguter und unergötlicher Mann, der gute, treusorgende Vater meiner drei lieben Kinder, der Landsturmmann  
**Otto Kreuz**  
Inf.-Regt. Nr. 65, 3. Komp.  
In tiefem Schmerz 1413  
Die trauernde Gattin  
**Amalie Kreuz** und Kinder  
Paul, Walter und Hedchen,  
Berlin-Pankow, Parkstraße 19a.  
Für jeder so wie er, gab's weder Krieg noch Not, Als Sohn des Volkes starb er, getreu bis in den Tod. Dir der Erde, und der Ehre, Das' Paul für Deine Liebe, Du gutes, treues Herz, Du bleibst und unvergessen, Du unversehrten Herzen lobt Du fort.

**Westmann's**  
**Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
L. Mohrenstraße 37a  
(Kolonaden)  
H. Or. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Auswahlsendungen sofort.  
Am. Zentrum 7090.  
Sonntags 12—2 Uhr geöffnet.

Infofolge  
**Zuckerknappheit**  
wird von mir ein  
**gesüßter**  
**Einmale- u. Salat-Essig**  
Marke  
**Ceka**  
in den Handel gebracht.  
Originalflaschen à 1 Mark.  
In allen Super-Verkaufsstellen erhältlich.  
Alleiniger Fabrikant  
**Carl Kühne**  
Kgl. Hoflieferant  
BERLIN N. 31.  
Wo nicht erhältlich, wende man sich an die Fabrik, die Verkauft stellen aufgibt.

**Trustfrei** **Trustfrei**

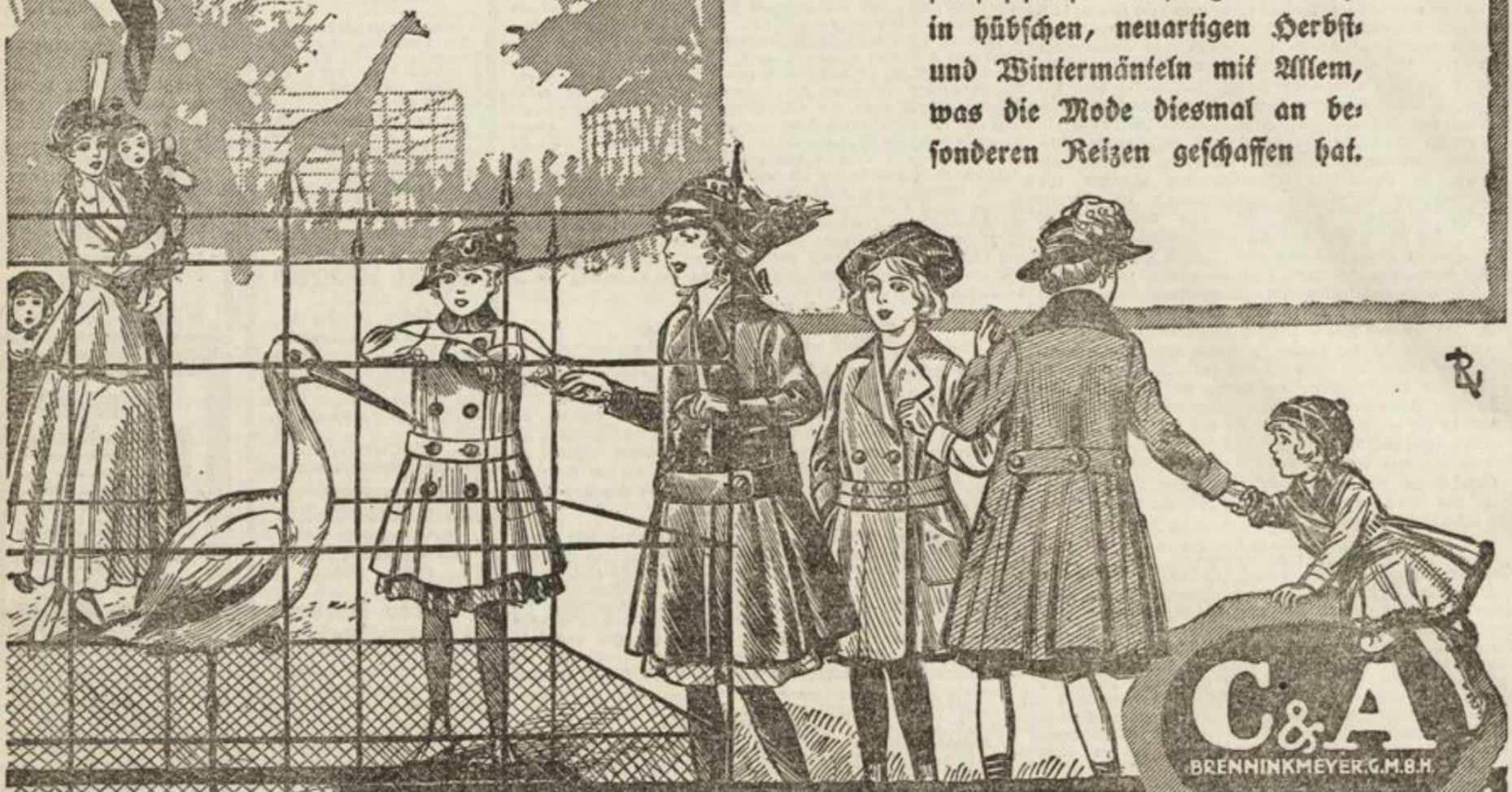


**„Unsere Marine“**  
Zigarette  
**2½ Pfg.**  
einschließlich Kriegsaufschlag

**Trotz Steuererhöhung**  
behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!

**Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft**

# Fürs kleine Volk



finden Sie bei uns — genau wie für sich selbst — vielseitige Auswahl in hübschen, neuartigen Herbst- und Wintermänteln mit allem, was die Mode diesmal an besonderen Reizen geschaffen hat.

**Hübscher Mantel**  
mit Samt-Steckbogen, offen und geschlossen zu tragen, mit groß. Taschen.  
In allen Größen  
Größe I 13.75

**Samtmantel**  
warm gefüttert, offen und geschlossen zu tragen, mit hübsch, abknöpfbar. Bart.  
In allen Größen  
Größe I 25.50

**Schulmantel**  
aus hübscher, einfarbiger Ware. Entzückende kindliche Form.  
In allen Größen  
Größe I 16.50

**Sehr praktischer**  
dabei besonders flatter, molliger Mantel, lose Form  
Schöner Samttragen.  
In allen Größen  
Größe I 20.50



**Königsstraße 33**  
**Chausseestraße 113**  
Sonntags geschlossen

## Solange Vorrat reicht

liefert die

### Buchhandlung Vorwärts

EW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

- Beyer, C., Im Pharaonenlande (Aegypten). Reiseschilderungen aus Aegypten. Statt Gebd. 6.— M. für 1,50 M.
- Werschschagin, W., Selbstbiographien unbedeutender Leute, Stützen aus dem russischen Volksleben. Statt Gebd. 2.— M. für 0,50 M.
- Cewes, G. H., Goethes Leben und Werke. Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien. Statt Gebd. 6.— M. für 3.— M.
- Bode, Dr. W., Geschichte der deutschen Plastik. Statt Gebd. 15.— M. für 7.— M.
- Mantegazza, P., Die Physiologie des Hasses. Statt 7.— M. für 1,50 M.
- Veigel, Christian, Die Blütezeit der deutschen polnischen Lyrik von 1840—1850. Statt Gebd. 10.— M. für 3,50 M.
- Lehmann, P., Länder- und Völkerkunde. 2 Bände, reich illustriert. Statt 18.— M. für 8.— M.
- Seidel, R., Friedrich der Große. „Der Heros der deutschen Volksbildung“ und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 M. für 1.— M.
- Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20.— M. für 6.— M.
- Jacoby, C., Cunka. Ein Gedicht aus Indien. Statt 2,50 M. für 0,50 M.
- Sinclair, Der Industriebaron. Geschichte eines amerikanischen Millionärs. Statt 2.— M. für 0,50 M.
- Precyang, Ernst, Die Glöcksbude. Statt 2.— M. für 0,50 M.
- Herzliche Grüße. Geschichten von Großmann. Statt 2.— M. für 1,20 M.
- Aus dem Inhalt: Ein nächstlicher Ruf. — Der Verteidiger. — Debatte über das Beten. — Der Staatsanwalt Duncker. — Die Hinrichtung.
- Morris, W., Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Bull. Statt Gebd. 3.— M. für 0,50 M.
- Reclam, Prof., Das Buch der vernünftigen Krankenpflege. Winke und Belehrungen für Gesunde und Kranke. Statt Gebd. 5.— M. für 1,50 M.
- Marshall, Dr. W., Charakterbilder aus der heimischen Tierwelt. Ein reich illustriertes und gut ausgestattetes Buch. Marshall ist bekannt als ausgezeichnetster Kenner der Tierwelt. Statt Gebd. 6.— M. für 1,50 M.
- Büchner, Prof. Dr., Das Buch vom langen Leben oder die Lehre von der Dauer und Erhaltung des Lebens. Statt Gebd. 6.— M. für 2.— M.
- Kuherdem empfehlen wir einen Posten älterer Reclam-Bändchen, je 4 Stück für 0,50 M.

## CARDINAL

ZIGARETTEN  
sind Qualitätsmarken

## FOVEAUX

RAUCHTABAKE  
überall erhältlich

## Pelzwaren

eigener Konfektion, gut sortierte, reichhaltiges Lager in allen Pelzarten. Reparaturen nach schicken Modellen Kürschnermeister Itzig, Kantstr. 60 der Post

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10023, 3578. Bureau: Jungfernst. 30.

Heute Donnerstag, den 28. September, abends 6 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der **Stockerbeiter**

91/11 in Stadens Bierhaus, Michaelkirchstr. 24.

Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

## Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, hart. Filiale Berlin. Arb.-Nachm.: Hermannstr. 13  
Fernspr.: Amt Moritzpl. 4757. Fernspr.: Norden 3791—97

Freitag, den 29. September, abends 8 Uhr,  
im Lokale von Stein, Straßauer Brücke Nr. 3:

## Versammlung

für die Maler und Streicher  
der Küchenmöbelbranche.

Tagesordnung:  
Die Teuerungszulage für die Branche. 138/9  
Es muß jede Werkstelle in der Versammlung vertreten sein. Die Brandenleitung.

## Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 30. September 1916, abends 8 Uhr,  
bei Herrn Hermann Schmidt, Prinzenallee 33:

## Mitglieder-Versammlung

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.  
133/8

## Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen

Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter  
Preis 30 Pf.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.

Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.

Buchhandlung Vorwärts  
Berlin EW. 68, Lindenstr. 3

## In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende V. L. Geo Hoff 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin EW. 68, Lindenstr. 3

Münzen kauft Rob. Sall Kauf, Württemberg, Berlin, Wilhelmstr. 46/47

## Gardinen-Spezialhaus

## Emil Lefevre

Berlin S, Oranienstr. 158

**Nicht** bezugsscheinpflichtig:  
Wunderbare Neuheiten.  
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettdecken usw. in allen Stilarten.  
Abgepaßte Dekorationen mit Querbehang.

## Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.  
„Vorwärts“-Lesern 3% Rabatt

# Die Reichskonferenz.

Dritter Verhandlungstag.  
Vormittagsführung.

Vorsitzender Oberst eröffnet die Sitzung und meint, daß vor- mittags die Debatte zu Ende geführt werden könnte, so daß am Nachmittag die Schlussworte gehalten würden und dann noch Zeit bliebe zur Besprechung des Antrags Dr. Braun auf Einsetzung einer Kommission, die sich mit den Zukunftsaufgaben der Partei beschäftigen soll. Darauf können wir uns dann noch schlüssig machen über die Veröffentlichung des Berichts. — Wir legen die Aussprache über die Referate fort.

S i n d e r m a n n - Dresden: Wie kleinlich ist es, uns um die Kredite zu zanken, während unser ganzer Einfluß und der der ganzen Internationale nicht so stark war, um herbeiführen zu können, daß auch nur ein Tropfen Blut weniger verfloßen wird; bei demartigen Streit möchte man manchmal an ein Trüffelgeschäft denken, aber nicht an eine große weltgeschichtliche Partei. Positive Vorschläge, wie man schneller zum Frieden gelangen kann, haben uns auch die Oppositionsredner, die hier frei reden können, nicht gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Wie wollen wir den großen Weltfrieden herbeiführen, wenn wir nicht einmal den Frieden in der Partei herbeiführen können. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Noch vier Monate nach dem 4. August war die Partei einig, aber dann begann die Lebens- mittelkalamität und das Betreten um die Gunst der Massen. Es ist ein gefährlicher Zustand, wenn die Führer sich von der Masse treiben lassen, statt die Masse zu führen. (Sehr gut!) Grob un- wahr sind die Beschuldigungen, daß Parteivorstand und General- kommission nicht zur Befestigung der Ernährung und zur Herbei- führung des Friedens getan hätten. Die Flugblätter unter dem Sozialistengesetz gingen von der einen Partei aus, die jetzt ver- breitet aber wenden sich nicht gegen die Feinde des Proletariats, sondern erheben die schmähtlichsten Angriffe gegen Parteinstanzen und gegen Führer, die manchmal länger für die Partei im Gef- ängnis gelitten haben, als die Verfolger überhaupt Mitglieder sind. (Sehr gut! Widerspruch bei der Opposition.) An der Untergrabung des Vertrauens zur Sozialdemokratie werden die Schatzmacher ihre helle Freude haben. Darum sollten wir alle, denen das Wohl der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, sich wieder mehr auf unsere Pflicht besinnen, die Bruderhand jedem Genossen entgegenstrecken und in der Aufrechterhaltung und Erweiterung unserer Organisation voranzugehen.

D i t t m a n n - Solingen: Die Vermittlung sollte vor allem bei der Mehrheit wieder die Oberhand gewinnen. (Sehr richtig! bei der Opposition, Lachen bei der Mehrheit.) Der Redner spricht über den Kriegsausbruch und weist auf die Erklärung des Reichskanzlers am 4. August über den Einmarsch in Luxemburg „zum Schutze unserer Eisenbahnen“, die damals die gesamte Presse aller Richtungen melde, und in Belgien hin. In einem kurz vor Kriegsausbruch veröffentlichten Buch über die Grundzüge der Weltpolitik in der Gegen- wart wurde bereits ausgeführt, daß, wenn die Regierungen an das nationale Gefühl appellieren, sie auf den sozialistischen Internationalismus keine Rücksicht zu nehmen brauchen. An die Stelle der ur- sprünglichen Parole „Nieder mit dem Judentum“ ist mehr und mehr die Parole gegen England getreten. Bekanntlich standen die deutsch- englischen Verträge über Kleinasien und Afrika unmittelbar vor dem Abschluß, als der Krieg ausbrach. Mit dem Kanzler ging auch die Sozialdemokratie immer weiter. Die Geschichte beweist, wie leicht Verteidigungs- in Eroberungspolitik umschlagen. Die annexions- politischen Bestrebungen sind uns allen bekannt, ihnen gegenüber hätte die Fraktion eine andere Haltung einnehmen müssen, statt die Kriegs- politik der Regierung zu unterstützen. Alle Anstrengungen der Winder- heit waren vergebens, bis wir uns entschließen mußten, öffentlich aufzutreten. Als wir den Reichskanzler interpellieren wollten, zu be- kennen, daß er keine Annexionen wolle, hat Scheidemann durch- gesagt, daß er nur noch seinen Friedensbedingungen interpelliert werde. Jetzt aber beklagt sich Scheidemann darüber, daß der Kanzler sich über seine Kriegsziele nicht klar äußert; übrigens sind des Kanzlers Wendungen für jeden Sozialdemokraten klar genug, damit er seine Zustimmung verweigert. (Beifall bei der Opposition.)

D r. D u a r d - Frankfurt a. M.: Wie kann man jetzt einen so internationalen Standpunkt vertreten, wie Käte Dunder, in einem Augenblick, wo der französische Sozialist Massin-Dugens in der Kammer das Wort „Deutsche Kameraden“ nicht aussprechen darf, ohne überfahren zu werden. Die mit Engelsgeduld angehörte Dunderische Rede war gefüllt mit Schimpf- und Scheltworten, ver- kündete sie ja sogar, ihre Gruppe werde später der Hausmeister sein, der uns hinaudrückt. (Große Unruhe.) Die bisher mehr zum englischen und französischen Standpunkt neigenden nordischen Ge- nossen beginnen einzusehen, daß die Stellung der französischen Genossen eine Lobhude am Internationalismus ist; und da plädiert Haase, gleichgültig gegen die Interessen der deutschen Arbeiter- klasse (Stürmischer Widerspruch der Winderheit), auf mildere Um- stände für die französischen Genossen. Wachte der letzte inter- nationale Baseler Kongreß denn nicht den Genossen aller Länder zur Pflicht, gegen den Judentum zu kämpfen? Und wie haben die französischen Genossen dieser Parole ins Gesicht geschlagen. (David; Lind Wanderbelde!) Bei Dittmann fehlt jedes Zurückgehen auf die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge, die zum Kriege geführt haben. Wie Haase gestern mitgeteilt hat, waren die Friedenslun- dengebungen Ende Juli der Regierung willkommen und sie machte nur, den Judentum nicht herauszufordern. Haase, dessen Gruppe und stets gebindert hat, Wacht zu gewinnen, wirft uns Ohnmacht vor und empfiehlt uns, den oft bereuten Fehler des Stimmens aus gegen die sozialpolitische Gelege auf neue zu begehen — den Fehler, daß man nicht den Mut hat, mitzustimmen und die Verantwortung mit- zutragen, wenn man Einfluß im Staate haben will. (Lebhafte Widerspruch bei der Winderheit.) Das ist der Standpunkt der Arbeiterklasse und daran scheitern alle Einwände. (Beifall bei der Mehrheit.)

S t r ö b e l - Berlin: Die ganze Mehrheitspolitik konnte nur auf der Erwartung basieren, daß es zur imperialistischen Ausnutzung eines deutschen Sieges kommen werde. Das beweist die äppige imperialistische Literatur, die übrigens keine Zurückweisung vom Parteivorstand erfahren hat. Ebenso basiert auf dieser Annahme die Meinung, nach dem Kriege die bürgerlichen Parteien unseren Forderungen gegenüber williger zu finden. Eine solche Entwicklung aber wäre der größte Rückschlag für die Arbeiter Deutschlands und Europas. Dätten wir wahrhaft sozialdemokratische Politik ge- trieben, worin wir mit gutem Beispiel voranzugehen gehabt hätten, so wären wir die große Friedensmacht und der Hort der Menschlichkeit gewesen. Eine Erklärung des Ver- zichts auf alle Annexionen würde den Krieg noch vor dem allgemeinen Ausbruch beenden. Durch Verbreitung der Friedensidee und Abgabe an Chauvinismus und Nationalismus können wir zur Erstarkung der Friedensbewegung in allen Ländern beitragen, aber nicht dadurch, daß führende deutsche Genossen als Antwort auf die Wälderverdränger von Zimmerwald (Lachen bei der Mehrheit) ins Hauptquartier marschieren. (Dr. David; Wanderbelde und Thomas sind lauernd in ihren Hauptquartieren!) Die Politik der Mehrheit wird getrieben im Geiste der Wälderverdränger; sorgen Sie, daß das große Maß von Ingrimm und Empörung darüber in den Massen nicht überläuft! (Lebhafte Beifall bei der Opposition, Lachen bei der Mehrheit.)

R o s k e - Österreich-Ungarn wollte sogar ein ziemlich großes Gebiet abtreten, trotzdem kam es zum Kriege mit Italien, also wie soll ein Verzicht auf Annexionen den Frieden herbeiführen? Ströbel hat sich doch seinerzeit lebhaft dafür eingesetzt, daß österreichische

Italiener zur Erhaltung des Friedens abgetreten werden. (Hört! hört! bei der Mehrheit), jetzt ist er gegen jede Grenzveränderung. Wenn man uns vorwirft, gegen die Vertiefung der belgischen Neutralität nicht protestiert zu haben — wo sind denn die französisch-englischen Proteste gegen die Vergewaltigung von Schweden, Holland, Nor- wegen und Griechenland? Deutschland hat sich seiner Haut gedreht. Engels erklärt in der Schrift „Pan und Rhein“ ausdrück- lich, daß man am Vorabend eines Krieges jede den Feind be- drohende Stelle besetzt, ohne moralische Reflexionen anzustellen. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Die Opposition beruft sich auf die Grundzüge; nun Horn hat die Grundzüge gemacht, als er nur fünf von 10 Milliarden bewilligen wollte, Jubel als er für und dann ebenso begeistert gegen die Kredite stimmte und Dittmann, als er in der Presse die Kreditbewilligung verteidigte, die er heute bekämpft. (Widerpruch Dittmanns.) Ebenso ist es mit Bernstein. Gegenüber der jahrhundertelangen Raub- und Eroberungspolitik Englands, Russlands und Frankreichs hören wir von der Winderheit nicht, auch nicht gegen den italienischen Eroberungskrieg. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Bernstein stimmte in der Kommission mit der Mehrheit gegen die Erblichkeitssteuer. (Hört! hört! — Lebedour: Aber aus anderen Gründen!) Die Haase-Gruppe stimmte bei dem Vorgelegte „Kriegsgewinnsteuer“ nur für Begrenzung von bis zu 50 Proz. des Gewinns der Aktiengesellschaften. Hinterher freilich kam man mit Anträgen, über die alle Steuerpolitiker den Kopf geschüttelt haben.

Obgleich Lebedour 1915 nach den erhaltenen Aufklärungen an- erkennen mußte, daß an der angeblichen Abweisung des Holländers Dreffelhaus als englischen Unterhändler nichts Wahres sei, stellte es Haase einige Tage später in der „Königsberger Volkszeitung“ so dar, als wenn ihm neue Tatsachen bekannt wären. Zwei, drei Tage später nahm er im Reichstag das Wort, hat aber nicht eine Silbe davon gesprochen! (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Gegen diese ganze Art muß schärfster Protest erhoben werden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei der Opposition.)

L e b e d o u r: Haase wird im Schlusswort hierauf eingehen und meine Auffassung in Folge der Auseinandersetzung in der Budget- kommission deutlicher vollkommen mit der seinigen. Ich habe nur anerkannt, daß der Regierung kein Vorwurf daraus gemacht werden könnte, daß sie einen Unterhändler nicht empfangen wollte, ohne zu wissen, wer ihm beauftragt. (Aha!) Damit ist aber nicht gesagt, daß hinter diesem Unterhändler nicht Leute gestanden haben, die zu Anerbietungen bereit waren. (Lachen.) Wenn Sie das nicht unterscheiden können, ist Ihr Denkfähigkeit sehr schwach. (Große Heiterkeit.) — Die Kreditbewilligung ist und bleibt ein Vertrauens- votum und bedeutet die Mißbilligung der Verantwortung. Wie haben doch zur Regierung kein Vertrauen. (Pauer: Zur russischen Regierung haben Sie mehr Vertrauen.) Kann man eine niedrigere Argumentation hören als diese? Die russischen Sozialisten haben ihrer Regierung gegenüber vom Kriegsbeginn an Feindschaft be- wiesen. (David; Und Plechanow?) Wir halten die Kriegspolitik der Regierung für nicht im Interesse des deutschen Volkes und der Arbeiter gelegen. Nun wird die hypothetische Frage aufgeworfen, was die Regierung täte, wenn der Reichstag die Kriegskredite ablehnte. Sie müßte abtreten und einer Regierung Platz machen, die den Krieg beendet, oder sie würde den Reichstag nach Hause schicken und damit den Absolutismus enthüllen, gegen den die ablehnende Partei emporstehen vorgehen müßte. (Lachen.) — David: Dabei würden Sie den Ober- befehl übernehmen. Dieser „Wig“ beweist, daß Ihr als Prolet- molassen-Brainstürmer nicht einmal den Parlamentarismus ernst nehmen. (Pauer: Nein, Sie sind nicht ernst zu nehmen!) Zimmer- wald und Kiental zeigen, daß Ihr nicht nur die Regierungen, sondern des Volk, die Arbeiterklasse, im Auge haben müßt. Die drei franzö- sischen Abgeordneten sowie Douderon und Meerheim vertreten unseren Standpunkt und gewinnen immer mehr Boden, ebenso wie wir. Die Arbeiterklasse wird mit Euch abrechnen und auf dem nächsten Parteitag wird noch ganz anders mit Euch geredet werden. (Lebhafte Beifall bei der Opposition.)

W e e r t s - Köln: Von Lebedour haben wir nicht wieder gehört, daß er die Kredite bewilligen würde, wenn die Russen an der Ober- hand wären. Aber das war nicht die einzige Heberauskunft — wir haben von den Winderheitsrednern, die immer über ihre Unkeuschheit klagen, hier noch nichts gehört, was ein einigermaßen geschickter Redner nicht auch draußen hätte sagen können. (Widerpruch der Opposition.) Nach all dem Segader ein Binde! Haase und ebenso der theoretische Führer der Sozialdemokratie, Kautsky, haben gänzlich verzichtet auf die wissenschaftliche Begründung der Kriegsausgaben und abmen lediglich den Methoden der früher verpörrigten Sozialisten nach. Für uns alle, die wir von Kautsky gelernt haben und in dem wir ein großes Bild sozialistischer Gewaltsamkeit verkörpert sehen, war sein reumütiges Geständnis schmerzhaft, daß er geirrt habe. Seine Theorie hat völlig verlagert und schwankt ziellos hin und her. Das ist eine tragische Begleiterscheinung des Weltkrieges. — Die Massen kümmern sich um unsere Päntereien blumig, von der Rubrik „Parteinarbeiten“ wollen sie gar nichts wissen.

Die Massen werden bei den Wahlen sprechen. Dittmann kann nicht ungeschicklich machen, daß er Ende September 1914 auf einer Redakteurkonferenz das Wort geprägt hat, wir würden jeden Konzeß mit den Volksmassen verlieren haben, wenn wir gegen die Kredite gestimmt hätten. (Hört! hört!) Seine Mißlungsdeckung ist gänzlich maßlos. In Zukunft werden die Massen nach nichts anderem fragen, als ob wir für Landesverteidigung sind oder sie ablehnen nach dem Grundlag: Wir haben kein Vaterland. Wir sind eine Volkspartei und dazu ist notwendig ein rücksichtsloses Verkenntnis zum Frieden, zur Landesverteidigung. Bei uns im Westen würde ein Sieg der Opposition jahrzehntelange Arbeit gekostet. Der Volks- verein für das katholische Deutschland wartet nur auf eine derartige Gelegenheit. Wappnen wir uns mit mehr Verantwortlichkeit, so werden wir mit den jetzigen häßlichen Methoden brechen und uns wieder zusammenfinden im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

W o g t e r r - Steint: Es ist doch bekannt, daß die Winderheit nicht die gleiche Medesfreiheit im Lande hat. Im Gegenlag zu Meer- feid bin ich überzeugt, daß die Massen später fragen werden: Hatt Ihr Euch während des Krieges zu den alten Grundzügen und zu der alten Taktik der Partei bekannt? (Sehr wahr! bei der Winder- heit.) Mebrigens sagte ja der Reichskanzler am 5. April: „Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen, aber das, was war, ist nicht mehr.“ (Lebhafte Hört! hört! bei der Winderheit.) Davon sind wir schon länger überzeugt. Scheidemann wirft uns demo- gogische Ausnutzung der Ernährungsfrage vor; wir haben zu allen Zeiten alle politischen Ereignisse und Zustände benützt, um die Re- gierung und die herrschenden Parteien zu kritisieren; übrigens trägt die Mehrheit die Verantwortung auch für alle Folgen der von ihr unterstützten Kriegspolitik. Demagogisch sind Scheidemanns Reden über unsere Ablehnung des Kriegsgewinngesetzes; er müßte den Arbeitern sagen: wenn man ein schlechtes Steuergesetz nicht annehmen will, lehnt man es ab und wartet solange, bis ein besseres kommt. (Aha!) und Gelächter bei der Mehrheit.) Ebenso demagogisch ist die Frage, ob wir etwa unsere im Feld stehenden Genossen ohne Waffen und Munition hinausgeben lassen sollen; das haben unsere Gegner immer gesagt, wenn wir Militär- und Marineforderungen abgelehnt haben. In jeder Danksagung haben wir uns das die Danksagungen entgegengehalten. (Pauer: Aber Ihr haben geantwortet: Nein, wir wollen Deutschland noch besser verteidigen!) Haben wir denn bei der Ablehnung der Militärkredite etwa nicht gewußt, daß früher oder später der Weltkrieg kommt. Noch am 3. Dezember 1912 erklärte David im Reichstag nach einer Schilderung der internationalen Verarmung im Baseler Münster: „Die Massen hören auf, eine willenlose, gedanken- lose Herde zu sein. Früher haben sich die Massen blindlings von denen, die Interesse an einem Kriege hatten, gegeneinander hetzen und in das Massenmorden treiben lassen. Die Massen hören auf,

willenlose Instrumente und Trabanten irgendwelcher Kriegsinter- essenten zu sein.“ (Hört! hört! bei der Winderheit.) Wir sagen, daß die Massen zu den ungeheuren Opfern des Krieges nicht auch noch ihren einzigen Besitz, ihre sozialistische Heberzeugung preisgeben sollen. (Sehr wahr! bei der Winderheit.) Wir sehen hier auf der Konferenz Gegenläufe, die unvereinbar sind. Ausgerechnet Roske schlägt die Lüne der Kameradschaftlichkeit an. Dieses Satirspiel paßt wohl in die Deutsche Gesellschaft von 1914, aber nicht auf sozialdemokratische Parteitage. (Lebhafte Beifall bei der Winder- heit.)

B i n n i g - Hamburg: Ich hatte die Hoffnung auf die Mög- lichkeit einer Annäherung, aber nach der von Haase, daß und Feindseligkeit durchgezogenen Rede Haases und bei den phänomenalen Unterschieden in der politischen Denkmethode ist meine letzte Hoff- ung stark herabgestimmt. Die Winderheit begründet ihre Stel- lung aus alten Wählern der vierziger, fünfziger und sechziger Jahre, von der geschichtlichen Bedingtheit alles Handelns keine Spur. So muß der Scheid ul Islam, wenn ein Trade des Sultanats ergeht, beweisen, daß es seit tausend Jahren so Brauch und Recht ist. Daß es der Sozialismus Buchstabenlaube, und ein ge- schichtliches Prinzip von überquellendem Reichtum. Die Arbeiter- schaft von heute ist eine andere als die von 1870, sie hatte 1914 weit mehr zu verlieren als damals. Wir haben doch nicht zwei Men- schenalter an nichts gestritten. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Arbeiterklasse hat staatliche und gemeindliche Funktionen erobert, sie hat den Einrichtungen ihren Stempel auf- gedrückt, ihr konnte es nicht gleichgültig sein, wie es um unsere Volkswirtschaft steht. Aufstieg der Gewerkschaften und der Löhne hängt zusammen mit Entwicklung der Industrie. Es geht in diesem Kriege nicht um die Krone der Hohenzollern, sondern um die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft, das ist um die Grundlage des Lebens der deutschen Arbeiterklasse. Diese Entwicklung liegt auch den Geist der Arbeiterklasse nicht unberührt; sie hat kein Ver- ständnis für den Internationalismus im luftleeren Raum. Je mehr die Arbeiter Zutritt erlangen zu den Schätzen deutschen Geisteslebens, je mehr sie selbst an ihrer Kultur arbeiten, desto eher bekann der Begriff „Vaterland“ Leben und Inhalt. Die Winderheit erkennt die Entwicklung für und selbst nicht an. Wie als jüngste Klasse müssen revolutionär sein, aber wir müssen auch erhalten und aufbauen, und zwar um so mehr, je größer und älter wir geworden sind. Am 4. August hatten wir Ergründetes zu er- halten. Deshalb können wir auch zukünftiger Kritik ruhig ent- gegensehen, wir werden beteben vor der Gegenwart und vor der Geschichte. (Lebhafte Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit.)

S t a d t h a g e n - Berlin: Der Standpunkt des Vorredners ist von den Parteitag als antisozialdemokratisch verworfen worden. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Und der Standpunkt der Parteitage muß beachtet werden. Das ist Disziplin. Die Fraktion hat den Willen der Gesamtpartei zu respektieren. Es ist immer abgelehnt worden, die Abgeordneten zu zwingen, mit der Mehr- heit der Fraktion zu stimmen. Ein anderes Verlangen ist Disziplin- bruch. Am ehrlichsten wäre der glatte Hinauswurf Karl Liebknechts gewesen, wie Lenin ihn verlangte. Wie sehr nach die Leitung der Fraktion ab gegen die Zeit Bebel und Singer. (Gildenbrand: Beim Singer? C. Arthur Heiterkeit.) Es wurde wiederholt in der Fraktion eine Aussprache unmöglich gemacht. Fraktionsmehr- heit und Parteivorstand haben Disziplin und Parteieinheit ge- brochen. Ohne die wüste Hebe gegen Liebknecht wäre das Urteil gegen ihn nicht möglich gewesen. Als das Verfahren gegen ihn schon schwebte, schrieben die „Chemnitzer Volksstimme“, die J. A., die „Hader“ und andere, daß die Handlungen Liebknechts Landes- verrät seien. (Hört! hört! bei der Opposition.) Er hat nichts Landesverräterisches getan, er ist mutig für seine Ansichten einge- treten. (Bravo! bei der Opposition.) Es bleibt dabei, daß seine im Reichstagsappellum mit Bezug auf Liebknecht gesagt hat, daß ihm scharfe Maßnahmen gegen den Mann recht wären. Keil rief am 8. April Liebknecht zu: „Flender Keil, schmeiß den Keil raus!“ (Pauruse bei der Opposition. — Keil: Antams Lüge, nicht ein Wort habe ich gesagt!) 14 Tage später hat Keil unter dem tofen- den Beifall der Rechten Haase zugerufen: „Liebknecht Nr. 2!“ (Hört! hört! bei der Opposition. — Keil: Ich soll das gerufen haben?) Und nach der Verhaftung Liebknechts noch sagte David gegen einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens: „Gunde, die vellen, heißen nicht.“ (Pauruse bei der Opposition.) Nicht die In- teressen der Massen werden wahrgenommen, sondern die Interessen einzelner Führer gegen die Interessen der Massen, allerdings unter der heuchlerischen Behauptung, daß man für die Interessen der Gesamtheit eintritt. (Lebhafte Beifall bei der Opposition. — Pauer: Einbeutet her!)

L ä b b e - Breslau: Ich glaube nicht mehr an eine Verständig- ung auf dieser Konferenz. Haase hat genau so lange gesprochen wie beide Vorstandreferenten zusammen und Käte Dunder eine halbe Stunde, die Redner wechseln ab — und trotzdem bekämpfte man so heftig die Gewährung von 20 Minuten Redezeit für David. Wir haben auch hier nicht ein Wort gehört, als wir schon in der „Berliner Tagwacht“ oder in irgend einem Flugblatt gelesen hätten. Den Weg zum Frieden zeigt man uns nicht. Selbst wenn die deutsche Regierung am Kriege schuld wäre, so müßte doch der Krieg nicht auf dem Buckel des deutschen Volkes ausgefochten werden und Schlesien unter die Kofafen kommen! (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Demonstrationen? Als wir in Breslau Wahl- rechtsdemonstrationen anregten, sagte Lebedour auf dem Preshen- tag: Im Gotteswillen, das verführe ja gegen das Vereinigeg! (Lebhafte Hört! hört! bei der Mehrheit. — Lebedour: Ich habe ja selber an Streikdemonstrationen teilgenommen!) Sie mühten erst von den Revisionisten dazu gedrängt werden. — Einer hat ein- mal für die Kriegskredite gestimmt, Bernstein zweimal, Dittmann dreimal und doch viermal und alle zusammen sagen: wer nun das fünfte Mal dafür stimmt, der tritt den Sozialismus mit Füßen. Kautsky hat geschrieben, die Arbeiterklasse hat sich hinter die Re- gierung zu stellen! Nun, soll das nur Theorie gewesen sein? Das ist eine der Ursachen für die Geringschätzung der Theorie bei den Arbeitern. Wenn sie praktisch werden soll, dann war es bloß Theorie! Wie hat Haase als Führer der Mehrheit gegen die revisionistische Winderheit und unterdrückt, schon in Dresden und dann in Magdeburg. Jetzt, wo er in der Winderheit ist, soll sich die Mehrheit ducken. Nur er weilt, was richtig ist — echt literar! Von den Feldgrauen, die überhaupt noch Parteiblätter lesen, liest der vierte Teil die Mehrheitsblätter von Chemnitz, Hamburg, Magdeburg und Breslau. Es ist auch kein Zufall, daß der „Vor- wärts“ Abonnenten verliert und daneben die „Berliner Volkszeitung“ auf 250 000 Abonnenten emporschnelt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Sie vertreiben die Massen! Unser schwerer politischer Kampf in Schlesien wird und erschwert durch das Hinein- tragen des Parteigewiss, zu welchem Jued ja Lebedour Scheidemann nach Breslau nachgereist ist. Ehe wir der Welt das Schau- spiel der gegenseitigen Beschimpfung bieten, wollen wir uns lieber in der Sache trennen und jeder auf seine Weise versuchen, der Arbeiterbewegung zu dienen. Ihr (zur Winderheit) merdet die Sette haben, vielleicht auch einen Teil vertiegener Idealisten, die Massen aber werden ihren Weg finden zu denen, die im Kriege ihre Interessen wahrgenommen haben. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

L i n b e r g - Essen: Auch ich war am 4. August für die Kredit- bewilligung, die später bekannt gewordenen Tatsachen aber haben mich bekehrt. Die Kriegserklärung an Frankreich ist tatsächlich mit Pflanzengriffen bei Nürnberg begründet worden. (Widerpruch bei der Mehrheit.) Niemand verteidigt etwa das „Hundeflugblatt“, aber die Notwendigkeit anonymen Flugblätter wird damit begrün- det, daß man auf andere Weise nicht gegen die Annexionisten dor-

gehen kann. Dittmann kam ins Feld auf schriftliche Denunziation eines Parteigenossen (Hört! hört!); als Minister in einer Versammlung einen Zwischenruf machte, sagte der referierende Gewerkschaftssekretär zu ihm: Sie haben doch das Redewort, der überwachende Polizeibeamte machte sich Notizen, und Winter mußte am nächsten Tage auf die Polizei. (Lebhafte Unruhe.) Mir sagte ein hervorragender Berliner Gewerkschaftsbeamter, daß man die Disziplin überpannen hätte, es wäre sonst vielleicht nicht zur Fraktionshaltung gekommen. Bei uns im Westen bestehen die strengsten Versammlungsvorschriften, wir dürfen das Wort „Gelbe“ nicht gebrauchen, Bekannte müssen sich still verhalten. Die Organisation von Ruiniertstreiks verwerfe ich, als aber Bergarbeiter wegen der Lebensmittelnot streikten, verwies sie der Zehndirektor auf die Unterschrift der Generalkommission auf der Dankagung des Kriegsernährungsamts. (Hört! hört! bei der Opposition.) Diese Bergarbeiterstreiks sind Verzweiflungsausbrüche, die Umstände verlangen die Einigkeit der Arbeiterschaft. Ein Anagnionsverzichts würde uns den Frieden bringen.

**Landsherg-Magdeburg:** Wenn uns im Frieden die Gegner daterlandlos schalten, so sagte jeder von uns: Wenn Deutschland in Not gerät, wird es an uns nicht fehlen (Leb. Zustimmung bei der Mehrheit), keiner von uns hat gesagt: Kredite aber werden wir nicht bewilligen, es sei denn, daß der Feind an der Oder steht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Am Kriegsjahre gehört doch nun einmal Geld. Die Not Deutschlands kann niemand bestreiten, sie klang auch durch Ströbels Rede. Und Rumänien Beitritt zur Entente ist auch ein Beweis dafür. Es ist unläugbar, daß bei Kriegsbeginn die ganze Masse der Partei hinter der Mehrheit stand, 11 von den 19 Arbeitsgemeinschaften stimmten damals mit der Mehrheit. Dittmann hat schon im Dezember gewußt, daß alle die von ihm angeführten Ratschen Erfindungen sind, er hat trotzdem noch für die Kredite gestimmt. (Dittmann: Die Anagnionspolitik kamen erst später.) Im März 1915 versteckte sich die auftauchende Gegnerschaft hinter dem Antrag, nur den halben Kredit zu bewilligen, und als die Fraktion sich dazu nicht hergab, erklärte man, keinen Mann und keinen Groschen, nachdem man vorher 5 Milliarden hätte geben wollen. Die Zustimmung zum Etat gab verschiedene Genossen die Brücke. Das sollte die größte Vertrauensfundgebung sein; heute erklärte Ledebour die Kreditbewilligung als das größte Vertrauensvotum! Also haben diese Genossen dreimal der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen. Wenn wir im Frieden den Militäretat usw. ablehnten, so boten wir dabei immer die Volkswehr an. Witten im Kriege können wir doch nicht zur Miliz übergehen! Bernstein übertrifft völlig die russischen Expansionsbestrebungen nach den Dardanellen. Ihr ignoriert den Kampf der Kriegspartei gegen den Reichstagler. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Auch in Frankreich gibt es maßlose Expansionsbestrebungen, aber Sembat und Thomas sind aus der Regierung noch nicht ausgetreten. Ihr seht nicht darauf, ob die deutschen Anagnionsisten Aussicht auf Erfolg haben, Euch genügt es, daß solche Pläne bestehen. Seht Ihr bei Franzosen und Engländern irgendeine Gegenliebe? Wir alle wollen die Verständigung, aber bis sie herbeigeführt ist, halte ich mich für verpflichtet, die Landesverteidigungskredite zu bewilligen. Würde die deutsche Regierung einen Frieden unter beiderseitigem Anagnionsverzichts ablehnen, so wird keiner von uns hinter ihr stehen. (Lebhafte Weisfall bei der Mehrheit.) Wir tragen keine Verantwortung für das vergossene Blut, es wäre kein Tropfen weniger geflossen, wenn wir uns auf Euren Standpunkt gestellt hätten. Wäre dann aber Deutschland unterlegen, so hätten wir die Verantwortung dafür zu tragen, und schredlich noch als der Krieg ist die Niederlage. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Jungen haben Vebel und Liebknecht zu Verrätern gestempelt, jetzt wird Viktor Adler dazugelassen. Hat Haase, solange er im Vorstand war, irgendeine Aktion zur Erweiterung der Volksrechte angeregt und ist sie abgelehnt worden? (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Am 4. August sprach Haase eine Stunde nach dem Reichstagler; er hat nicht wegen Belgien protestiert und keiner von der Minderheit hat solchen Protest angeregt. Haase sagt, die Erklärung befand sich bereits beim Reichstagspräsidenten. Er führte also eine Höflichkeitserklärung dafür ins Feld! Wenn das Haases Prinzipienfestigkeit ist, bleibe ich lieber auf meinem Standpunkt stehen. (Lebhafte Weisfall bei der Mehrheit.)

**Recher-Nüßlingen** beantragt Schluß der Debatte, damit die Konferenz heute abend zu Ende kommen kann.

**Lipinski:** Bis zur Mittagspause kann wohl die Debatte noch weiter gehen, so hat mir Ebert heute früh gesagt.

**Ebert:** Das war mein unverbindliches, persönliches Urteil. Inzwischen sind weitere Anträge eingelaufen über die Lebensmittelversorgung und über sozialpolitische Anregungen, sowie ein Antrag, daß keine Beschlüsse hier gefaßt werden sollen, worüber namentlich Abstimmung verlangt wird. Das wird geraume Zeit in Anspruch nehmen. Wollen wir heute abend fertig werden, dann müssen wir doch wohl früher Schluß machen.

Der Schlußantrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

**Ebert** schlägt vor, die Schlußworte in umgekehrter Reihenfolge anzusehen wie die Referate. — Ledebour widerspricht; ein derartiges Vorgehen würde die Rechte der Minderheit verfürzen. — **Ebert:** Mein Vorschlag entspricht dem parlamentarischen Gebrauch, auch Singer ist auf den Parteitag in Mannheim und Lübeck so vorgegangen.

Der Vorschlag Eberts wird mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Auf Antrag **Kolb-Karlruhe**, dem **Genle-Bremen** widerspricht, beschließt die Versammlung, die Schlußworte auf je eine Stunde zu begrenzen.

### Die Schlußworte.

**Räte Dunder:** Wir sprechen ärzlich dieselbe Sprache, stehen aber so vollkommen auf dem Boden verschiedener Weltanschauungen, daß eine Verständigung nicht möglich ist. Die „Entschliebung“ Davids atmet völlig den Geist nationalitätlicher Ideologie. Darüber noch viel zu reden ist überflüssig. Die Massen draußen verstehen unsere Sprache besser als die Ihre. Wir geben eine Erklärung zu Protokoll. Wir protestieren dagegen, daß Vertreter der Mehrheit eine Resolution einbringen, die sich mit Liebknecht befaßt. Ihre Politik ist daran mit schuldig, daß die Verurteilung Liebknechts möglich war. Sie wollen durch beachtliches Teilnahmegewinn Ihre Popularität erhalten. (Unruhe. — Ordnungsruf des Vorsitzenden.) Wenn Leute wie Heine eine solche Resolution unterzeichnen, so habe ich dafür keinen parlamentarischen Ausdruck. Eine Sympathieerklärung aus solchem Munde ist für uns der schlimmste Schimpf für den Namen Karl Liebknecht. (Sündelaktische bei der Opposition. Große Unruhe.)

Vorsitzender **Ebert:** Ich rufe die Genossin Dunder wiederholt zur Ordnung, so leid es mir tut, wenn sie fortfährt, die Versammlung zu provozieren und zu beschimpfen, muß ich die Versammlung fragen, ob sie noch weiter reden darf. (Große Unruhe)

**\*) Gedankengang:** Der Krieg ist imperialistisch, wird durch die Parole des Durchhaltens verlängert im Interesse des Imperialismus, die Fraktionspolitik gibt den Klassenkampf, das Parteiprogramm, die Parteivergangenheit, die Parteitag- und Kongreßbeschlüsse preis und hat die Tendenz, die deutsche Sozialdemokratie in eine nationalliberal-sozialistische Partei zu verwandeln, infolgedessen sind die angeblichen Bemühungen des Parteivorstandes auf Verständigung mit den sozialistischen Parteien des Auslandes Heuchelei, diese Politik führt zur Auflösung und Zerrüttung der Parteiorganisation, der Parteivorstand nutzt den Belagerungszustand aus gegen die Gesamtpartei im Interesse der nationalliberal-sozialistischen Richtung, seine „Friedensaktion“ soll die Arbeiterklasse fördern und durch eine Scheinaktion ablenken; Pflicht aller Genossen ist Kampf gegen die Parteistimmen und für die Beendigung des Krieges, die parlamentarischen Vertreter der Opposition haben mit den Halbheiten der Arbeitsgemeinschaft zu brechen und die parlamentarischen dazu zu gebrauchen, die Massen draußen von allen parlamentarischen und sonstigen politischen Illusionen zu befreien,

und lebhafter Widerspruch bei der Opposition.) Dem Vorsitzenden bleibt, wenn seine ruhigen Ermahnungen nicht befolgt werden, nichts anderes übrig.

**Räte Dunder:** Die Kränkung des Bedauerns über das persönliche Geschick Liebknechts, wenn sie auch aufrichtig gemeint ist, aus solchem Munde, lehnen wir ab von solchen, die die Regierung nicht aufs nachdrücklichste bekämpfen und den Klassenkampf preisgeben. Wer nicht Mann genug zu diesem Kampf ist, der soll die Hände von einer solchen Ehreung lassen. (Lebhafte Sündelaktische bei der Opposition.)

Darauf tritt um 12 Uhr 20 Min. eine Pause bis 2 Uhr ein.

Außer der bereits mitgeteilten Resolution Dr. Davids und der Erklärung der Gruppe Internationale sind folgende

### Anträge

**Dr. Adolf Braun und Genossen:** Auf Wahl einer neungliedrigen Kommission unter Berücksichtigung der wichtigsten Parteistimmungen zum Studium der Frage, die im Interesse der Arbeiter für den Uebergang aus Kriegszustand und Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und in die Friedenswirtschaft in Betracht zu ziehen sind. Die Kommission soll alle einschlägigen Regierungsanträge und sonstige Vorschläge begutachten und selbständige Gutachten und Gesichtspunkte ausarbeiten. Die Kommission wird ersucht, die Ergebnisse ihrer Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen und sich für parallele Aktion der beiden Gruppen im Reichstage zu bemühen.

**Pauzig und Genossen:** Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, auf Erhöhung der Reichskriegsunterstützung hinzuwirken.

**Reerfeld und Genossen:** Auf Verurteilung der Kampfeskarte der Opposition, insbesondere der Schmähchriften, auf Verurteilung gegen den Braunschweiger Wahlbeschluss, der dem Genossen Wilhelm Blas unbefugt und grundlos die Eigenschaft eines Vertreters der sozialdemokratischen Partei aberkennt; diesen Umständen gegenüber erinnert die Reichskonferenz an den auf Antrag August Bebel's vom Erfurter Parteitag 1891 einstimmig gefaßten Beschluss, daß Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit die Grundlagen für das Betragen aller Parteimitglieder zu sein haben.

**Robert Schmidt und Genossen:** Auf allgemeine Erhebung der Lebensmittelpreise und eine Organisation in der Verteilung, die das kapitalistische Interesse ausschaltet und im Interesse des Gemeinwohls Staat und Gemeinden in den Dienst der Lebensmittelförderung stellt.

**Dr. Quard und Genossen:** auf fortschreitende Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung, des Steuerwesens und der Schule; zu allererst allgemeines direktes und geheimes Wahlrecht für alle Bundesstaaten und Gemeinden, Befreiung des Vereins- und Koalitionsrechts von allen polizeilichen und landesgesetzlichen Fesseln, entscheidende Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen beim Ausbau der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, bei vollständiger Umgestaltung des Vertrags- und Tarifrechts zugunsten der heimlebenden Arbeiter, bei Verfolgung der Opfer des Krieges; bessere Entlohnung der Frauarbeit, Wiederherstellung und Verbesserung des Arbeiterschutzes. — Die Reichskonferenz fordert die deutsche Arbeiterklasse auf, sich zur Durchführung dieser Aufgaben einheitlich und unter Zurücklassung der Zersplitterungsbestrebungen tatkräftig hinter die sozialdemokratische Partei zu stellen.

**Sozialdem. Verein München** auf Einberufung einer Konferenz mit den Landtags- und Gemeindefraktionen zur Aussprache über die Erfahrungen mit der Lebensmittelversorgung und die notwendigen Besserungen, Erhöhung der Reichszuschüsse an die Gemeinden und Aufreten der Reichstagsfraktion gegen Drückerberei von Kapitalisten; der Weg zum Frieden werden kürzer, wenn die Kriegsinferenten auch persönliche Opfer bringen müßten.

**Kuer u. Gen.:** Die Reichskonferenz billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Reichskonferenz mißbilligt das Sondergehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtkonferenz geführt hat und den Zusammenhalt der Partei aufs schwerste gefährdet.

**Reiser u. Gen. (unterzeichnet u. a. von Heine, Schöpflin, Stadnauer, Robert Schmidt, Grenz, Pinkau, Dr. Lensch, Leinert, Timm, Keil, Reerfeld, Kolb usw.):**

### Entschliebung.

Die Konferenz verurteilt die Ausnutzung des Kriegszustandes zur Unterdrückung politischer Meinungsäußerung, insbesondere die Handhabung der Zensur, und die Verhaftungen aus politischen Gründen. Sie bedauert ernst die Verurteilung Liebknechts und die gegen ihn ausgesprochene Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. So entschieden sie die Gemeinschaft mit Liebknechts Anschauungen und Handlungen ablehnt, ist sie doch der Ueberzeugung, daß er keineswegs aus unehrenhaften Gründen gehandelt hat.

### Nachmittagsitzung.

**Ebert** teilt mit, daß der allberechtete Genosse Dr. Viktor Adler in Wien den Arbeiten der Konferenz den besten Erfolg wünscht. (Beifall.)

**Haase (Schlußwort):** Namens meiner Freunde habe ich vorher zu erklären, daß wir die Konferenz nicht für befugt halten, sachliche Beschlüsse zu fassen. Durch die Aussprache ist ihre Funktion erfüllt. Die sozialpolitischen Anträge, der Antrag wegen der Nahrungsmittelnot, der Antrag betr. die Wahrung der Arbeiterinteressen bei Ueberführung in den Friedenszustand finden unsere volle Beachtung. Die maßgebenden Körperschaften haben diese Fragen ohne Verzögerung gründlich zu prüfen und alle sozialdemokratischen Abgeordneten für die Durchführung der im Interesse der Arbeiter erforderlichen Forderungen, über die Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen werden, sich einzusetzen. Gegenüber der Verurteilung Liebknechts ist nicht mitteilendes Bedauern am Platze, sondern entschiedener Protest, den wir hiermit erheben. Wir finden es als ganz besonders verlegend, daß die Antragsteller auch bei dieser Gelegenheit nicht verstanden wollen, von Liebknecht abzurücken. Wir bringen Liebknecht und allen Parteigenossen, die als echte Klassenkämpfer ihre Person einsetzen, um den Abschluß dieses gewaltigen Krieges zu beschleunigen, aus vollem Herzen unsere Sympathie entgegen. (Lebhafte Unruhe bei der Opposition.) Es ist jetzt bei uns üblich geworden, Genossen, die in führender Initiative eigene Wege wandeln, weil sie glauben, so am besten dem Proletariat und der Menschheit zu dienen, preiszugeben. Das ist ein trauriger Mangel an echter Solidarität. Herr v. Heidebrand hat in Frankfurt a. M. ausdrücklich erklärt, daß die konservative Partei nur für das Verantwortlich ist, was sie maßgebend erklärt, daß er aber deshalb nicht von den Parteimitgliedern abzurückte, die eine andere als die offizielle Meinung vertreten. (Hört! hört! bei der Opposition.) Er hat hervorgehoben, daß solche Leute von einer Partei und von dem Lande getragen werden müssen, auch wenn sie nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. (Lebhafte Unruhe bei der Opposition.) „Wär' ich besonnen, wär' ich nicht der Teufel!“ Würde der Parteivorstand diese Worte beherzigen, so würde die Herrlichkeit aufhören. (Wiederholte Zurufe: Ihr waret ja Herrlichkeit!) Mit Gewaltmaßnahmen kann man Ideen nicht totschlagen. Eine Gewaltmaßregel war die Sinauströmung aus der alten Fraktion. Am 2. Februar 1915 mißbilligte die Fraktion mit 82 gegen 7 Stimmen das Verhalten Liebknechts, erklärte aber, die endgültige Entscheidung dem Parteitag überlassen zu müssen. Legen erklärte allerdings, wenn Liebknecht nicht ausgeschlossen würde, müßten er und andere Genossen sich überlegen, ob sie noch in der Fraktion bleiben könnten. (Hört! hört! bei der Opposition.) Er hat schließlich den Ausschlußantrag zurückgenommen. Die Fraktion hat auch mit 87 gegen 32 Stimmen abgelehnt, im Plenum die Behandlung der Soldaten zu erörtern, sie begnügte sich mit der Kommissionsberatung darüber. Als Fraktion und Parteivorstand die von David entworfenen Friedensziele der Partei aufstellten, deren Veröffentlichung und Propagierung unmöglich war, mühte man doch meinen, daß die Fraktion bei nächster Gelegenheit ihre Zeitjäger im Reichstage vortragen würde, um sie so der Öffentlichkeit zu unterbreiten und die Veröffentlichung für die Presse möglich zu machen. Der Antrag darauf wurde aber mit Stimmengleichheit abgelehnt, und zwar gab David selbst den Ausschlag dafür. (Lebhafte Unruhe bei der Opposition.) Die Opposition, die immer mehr antechmen mußte, daß die Mehrheit wichtige Fragen überhaupt von öffentlicher Besprechung fernhalten wollte, errug alles.

Es handelte sich schließlich darum, ob diejenigen, die von der Fortsetzung dieses Kampfes zweier großer Koalitionen die Verarmung Europas und die völlige Erschöpfung aller Völker befürchteten, Schweigen sollten, oder ob es nicht ihre Gewissenspflicht gegenüber der Arbeiterklasse war, zu reden. Ruhten sie das nicht, wenn sie immer klarer sahen, daß die Politik der Fraktionsmehrheit, deren guten Glauben ich immer anerkenne, den Kriegstreibern förderlich war? (Zustimmung bei der Opposition.) Nur so ist die Frage zu betrachten und dann erscheinen allerdings alle Kleinlichkeiten und persönlichen Beschimpfungen als unwürdig der Sache. Wir haben niemals die Disziplin gering geachtet, aber was bedeutet in diesem Zusammenhang die Frage der Disziplin. Von dem, was ich in Magdeburg gesagt habe, nehme ich kein Wort zurück. Ich habe dort gegen die Ueberpannung der Disziplin gesprochen in voller Uebereinstimmung mit Franz und unter Verufung auf ihn. Ich habe mich gegen den Kadavergehorsam gewandt und die nachsichtige Behandlung von Seitenprüngen in der Partei gebilligt. Ich habe anerkannt, daß, wenn die Verhältnisse, unter denen ein Mehrheitsbeschluss gefaßt ist, sich vollständig ändern, jeder von uns — wenn es ihm nicht möglich ist, die Gesamtpartei zu befragen — auf seine Verantwortung das tun muß, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist. (Sehr gut! bei der Opposition.) Sündenbrand und seine Freunde unterstrichen das, um zu sagen, daß ich keineswegs zu den Fanatikern einer iden Disziplin gehöre, und daß man Spielraum gewähren müsse, wenn die Partei nicht verknöchern soll. Ein Disziplinbruch gegen einen Parteitagbeschluss ist unzulässig, kann aber der Parteitag nicht sprechen, so muß der einzelne die Möglichkeit haben, auf seine Verantwortung hin zu handeln. Unter diesen ungeheuren Verhältnissen ist die Voraussetzung dazu erst recht gegeben.

Die lautesten Auser gegen uns sind jetzt diejenigen, welche den Disziplinbruch stets als ihr Recht in Anspruch genommen haben. David und seine Freunde erhoben auf dem Nürnberger Parteitag die Fahne der Rebellion gegen einen solchen gefaßten Beschluss. Seine stellte 1908 in den „Soz. Monatsheften“ fest, daß die Parteigeschichte mit Disziplinbrüchen gepflastert sei und daß man sich gegenüber solchem Vorwurf nur fragen dürfe, ob der Mann den Zwecken unserer Sache gedient hat. (Lebhafte Unruhe bei der Opposition.) Wir haben Disziplin gehalten, indem wir das taten, was nach unserer Ueberzeugung die Parteikonferenz beschloffen haben. Der uns als Disziplinmüßter vorgehaltene Longuet hat sich jetzt mit anderen zu einer Organisation zusammengesetzt, weil die Mehrheit sie einschränkte. (Hört, hört!) und sie haben in jeder Föderation Genossen eingesetzt, die Mitgliedslisten verteilen und Beiträge erheben. (Hört, hört! b. d. Opp., Zuruf: Nach dem deutschen Beispiel.) So weit ist die deutsche Opposition gar nicht gegangen. Diese französische Minderheit erklärt, daß sie auf dem nächsten Kongreß die offizielle Mehrheit sein werde, wie sie es jetzt schon tatsächlich sei. Eine gleiche Situation erzeugt eben gleiche Konsequenzen. Auch diese Minderheit will mit den deutschen Sozialisten zusammenarbeiten.

Auf die vielen Angriffe gegen meine persönliche Ehre gehe ich nicht ein. Man hat mich ein Jahr lang durch die Gasse gezogen, nachdem ich länger als ein Vierteljahr hier für die Partei gearbeitet habe, gerade mit Kasse, der mich hier beschimpft hat, Jahre lang zusammen an demselben Orte. Er kann nicht bestreiten, daß ich ihm unter allen Umständen die Treue gehalten habe (Sehr richtig!), ich habe es mir weder Mühe noch Arbeit kosten lassen, einzuspringen, wenn es nötig war und habe niemals Anerkennung dafür geordert. (Rufe: Sehr richtig!) Ich würde es für unterm meiner Würde halten, mich nur auf darauf hinweisen, daß ich in dieser Zeit der Ueberlastung mit Arbeit jedem Parteigenossen meinen Beistand geleistet habe, ohne nach seiner Richtung zu fragen. (Rufe: Ich habe nicht von Ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit, sondern nur von Ihrer politischen Tätigkeit gesprochen.) Wenn es richtig ist, daß wir alles auch öffentlich hätten sagen können, dann werden die Genossen, die das behaupten, wohl dafür sorgen, daß unsere Ausführungen wörtlich in die Presse kommen. (Sehr gut! b. d. Opp.) Ich glaube, viele unserer Ausführungen werden bei der Zensur nicht das Wohlwollen finden, wie die der anderen Richtung. Für Neugründungen von Zeitschriften braucht man eine besondere Erlaubnis — Baumeister hat sie für die „Sozialdemokratische Feldpost“ bekommen. (Hört, hört! b. d. Opposition.)

**Reerfeld und Winnig** haben versucht, die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben. Winnigs Vorwurf des Hasses und der Bosheit haben wir von unseren Gegnern bei Wahlkämpfen oft gehört, auch von Regierungsbekämpfern im Parlament. Wenn Reerfeld und andere so tun, als ob wir die ökonomischen Triebkräfte des Krieges übersehen, um Personen die Schuld zu geben, so weiß doch jeder, daß der Krieg im Grunde entstanden ist aus dem Zusammenprall ökonomischer Gegensätze. Aber unsere Meister haben nie daran gedacht, daß die Geschichte sich automatisch vollzieht und daß der Wille der Menschen keinen Einfluß üben könnte. Jedes Wort von Marx beweist, daß auch persönliche Faktoren in Frage kommen. Das imperialistische Ausdehnungsstreben hat dazu geführt, daß in der Welt Pulverfässer erdichtet wurden, damit es aber zum Weltbrand kam, mußten Persönlichkeiten den Funken hineinwerfen. Mühten wir fatalistisch den Krieg hinnehmen, so wären ja Versuche, den Frieden zu erhalten, unnötig. Ich habe oft ausgeführt, daß alle Regierungen der kapitalistischen Staaten seit langem ein voll gerütteltes Maß von Schuld auf sich gehäuft haben. Das Weiträsten hat mehr und mehr die Reibung erzeugt. Wollen wir nicht so viel Mut haben, das was wir vor dem Kriege gesagt haben, noch jetzt aufrechtzuerhalten, statt es zu verurteilen? Wie hat David damals im Reichstag gesprochen! Der Schuß von Serajewo ließ ausbrechen, was über uns hing.

Der Redner untersucht die Bedeutung der russischen Robilmachung für den Kriegsausbruch und für das Eintreten der Erfüllung des Dreibündnertrages und weist u. a. darauf hin, daß Prof. Hans Delbrück im „Tag“ vom 27. April 1916 ausgeführt hat, daß Deutschland bei seinem Eindringen in Ostpreußen militärisch noch nicht genügend vorbereitet war und dieser Einfall aus Rücksicht auf die geängstigten Volksmassen in Frankreich erfolgt sei. — Jede sozialistische Partei hat zunächst sozialistische Politik im eigenen Lande zu machen, das stellt auch das von Quard zitierte Manifest von Basel fest, daß die Kooperation der Internationale erforderlich sein würde. Ich habe nicht behauptet, der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom April 1915 beweise, daß Deutschland ein englisches Angebot zurückgewiesen habe, sondern ich habe erklärt, daß dieser Artikel England davon abhalten mußte, an eine Friedensvereinbarung Deutschlands zu glauben. Ich muß nicht alles als bewiesen ansehen, was unser Staatssekretär Zimmermann sagt, er hat die Staatsdrögen zu beachten. Ich habe im Reichstag nicht noch einmal hierüber gesprochen, denn ich habe es in der Presse ausführlich behandelt. Der Unterstaatssekretär bestritt, daß von der englischen Regierung ein Friedensversuch gemacht sei, das hatte ich nicht behauptet, sondern, daß angegebene private Persönlichkeiten — wie der Unterstaatssekretär Drexelshaus — versucht hätten, nachdem sie im englischen Ministerium des Außerens herumgehört hatten, zwischen England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Selbstverständlich werden heutzutage Friedensanregungen durch neutrale Länder lanciert, nicht direkt.

Die Ablehnung der Kredite erscheint uns als ein Dienst für unser Volk. Als internationale und deutsche Sozialisten zugleich hätten wir auf Friedensverhandlungen mit der entscheidenden Gegenmacht und zur rechten Zeit und Gelegenheit hinzuwirken sollen.

Der Redner weist u. a. auf die Rede des damaligen Reichspräsidenten v. Bebel am 15. März 1915 hin. Der Präsident sagte: Wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abzuwehren, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht zu-

lichheit zu unterbreiten und die Veröffentlichung für die Presse möglich zu machen. Der Antrag darauf wurde aber mit Stimmen-

gleichheit abgelehnt, und zwar gab David selbst den Ausschlag dafür. (Lebhafte Unruhe bei der Opposition.) Die Opposition, die immer mehr antechmen mußte, daß die Mehrheit wichtige Fragen überhaupt von öffentlicher Besprechung fernhalten wollte, errug alles.

Es handelte sich schließlich darum, ob diejenigen, die von der Fortsetzung dieses Kampfes zweier großer Koalitionen die Verarmung Europas und die völlige Erschöpfung aller Völker befürchteten, Schweigen sollten, oder ob es nicht ihre Gewissenspflicht gegenüber der Arbeiterklasse war, zu reden. Ruhten sie das nicht, wenn sie immer klarer sahen, daß die Politik der Fraktionsmehrheit, deren guten Glauben ich immer anerkenne, den Kriegstreibern förderlich war? (Zustimmung bei der Opposition.) Nur so ist die Frage zu betrachten und dann erscheinen allerdings alle Kleinlichkeiten und persönlichen Beschimpfungen als unwürdig der Sache. Wir haben niemals die Disziplin gering geachtet, aber was bedeutet in diesem Zusammenhang die Frage der Disziplin. Von dem, was ich in Magdeburg gesagt habe, nehme ich kein Wort zurück. Ich habe dort gegen die Ueberpannung der Disziplin gesprochen in voller Uebereinstimmung mit Franz und unter Verufung auf ihn. Ich habe mich gegen den Kadavergehorsam gewandt und die nachsichtige Behandlung von Seitenprüngen in der Partei gebilligt. Ich habe anerkannt, daß, wenn die Verhältnisse, unter denen ein Mehrheitsbeschluss gefaßt ist, sich vollständig ändern, jeder von uns — wenn es ihm nicht möglich ist, die Gesamtpartei zu befragen — auf seine Verantwortung das tun muß, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist. (Sehr gut! bei der Opposition.) Sündenbrand und seine Freunde unterstrichen das, um zu sagen, daß ich keineswegs zu den Fanatikern einer iden Disziplin gehöre, und daß man Spielraum gewähren müsse, wenn die Partei nicht verknöchern soll. Ein Disziplinbruch gegen einen Parteitagbeschluss ist unzulässig, kann aber der Parteitag nicht sprechen, so muß der einzelne die Möglichkeit haben, auf seine Verantwortung hin zu handeln. Unter diesen ungeheuren Verhältnissen ist die Voraussetzung dazu erst recht gegeben.

Die lautesten Auser gegen uns sind jetzt diejenigen, welche den Disziplinbruch stets als ihr Recht in Anspruch genommen haben. David und seine Freunde erhoben auf dem Nürnberger Parteitag die Fahne der Rebellion gegen einen solchen gefaßten Beschluss. Seine stellte 1908 in den „Soz. Monatsheften“ fest, daß die Parteigeschichte mit Disziplinbrüchen gepflastert sei und daß man sich gegenüber solchem Vorwurf nur fragen dürfe, ob der Mann den Zwecken unserer Sache gedient hat. (Lebhafte Unruhe bei der Opposition.) Wir haben Disziplin gehalten, indem wir das taten, was nach unserer Ueberzeugung die Parteikonferenz beschloffen haben. Der uns als Disziplinmüßter vorgehaltene Longuet hat sich jetzt mit anderen zu einer Organisation zusammengesetzt, weil die Mehrheit sie einschränkte. (Hört, hört!) und sie haben in jeder Föderation Genossen eingesetzt, die Mitgliedslisten verteilen und Beiträge erheben. (Hört, hört! b. d. Opp., Zuruf: Nach dem deutschen Beispiel.) So weit ist die deutsche Opposition gar nicht gegangen. Diese französische Minderheit erklärt, daß sie auf dem nächsten Kongreß die offizielle Mehrheit sein werde, wie sie es jetzt schon tatsächlich sei. Eine gleiche Situation erzeugt eben gleiche Konsequenzen. Auch diese Minderheit will mit den deutschen Sozialisten zusammenarbeiten.

Auf die vielen Angriffe gegen meine persönliche Ehre gehe ich nicht ein. Man hat mich ein Jahr lang durch die Gasse gezogen, nachdem ich länger als ein Vierteljahr hier für die Partei gearbeitet habe, gerade mit Kasse, der mich hier beschimpft hat, Jahre lang zusammen an demselben Orte. Er kann nicht bestreiten, daß ich ihm unter allen Umständen die Treue gehalten habe (Sehr richtig!), ich habe es mir weder Mühe noch Arbeit kosten lassen, einzuspringen, wenn es nötig war und habe niemals Anerkennung dafür geordert. (Rufe: Sehr richtig!) Ich würde es für unterm meiner Würde halten, mich nur auf darauf hinweisen, daß ich in dieser Zeit der Ueberlastung mit Arbeit jedem Parteigenossen meinen Beistand geleistet habe, ohne nach seiner Richtung zu fragen. (Rufe: Ich habe nicht von Ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit, sondern nur von Ihrer politischen Tätigkeit gesprochen.) Wenn es richtig ist, daß wir alles auch öffentlich hätten sagen können, dann werden die Genossen, die das behaupten, wohl dafür sorgen, daß unsere Ausführungen wörtlich in die Presse kommen. (Sehr gut! b. d. Opp.) Ich glaube, viele unserer Ausführungen werden bei der Zensur nicht das Wohlwollen finden, wie die der anderen Richtung. Für Neugründungen von Zeitschriften braucht man eine besondere Erlaubnis — Baumeister hat sie für die „Sozialdemokratische Feldpost“ bekommen. (Hört, hört! b. d. Opposition.)

**Reerfeld und Winnig** haben versucht, die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben. Winnigs Vorwurf des Hasses und der Bosheit haben wir von unseren Gegnern bei Wahlkämpfen oft gehört, auch von Regierungsbekämpfern im Parlament. Wenn Reerfeld und andere so tun, als ob wir die ökonomischen Triebkräfte des Krieges übersehen, um Personen die Schuld zu geben, so weiß doch jeder, daß der Krieg im Grunde entstanden ist aus dem Zusammenprall ökonomischer Gegensätze. Aber unsere Meister haben nie daran gedacht, daß die Geschichte sich automatisch vollzieht und daß der Wille der Menschen keinen Einfluß üben könnte. Jedes Wort von Marx beweist, daß auch persönliche Faktoren in Frage kommen. Das imperialistische Ausdehnungsstreben hat dazu geführt, daß in der Welt Pulverfässer erdichtet wurden, damit es aber zum Weltbrand kam, mußten Persönlichkeiten den Funken hineinwerfen. Mühten wir fatalistisch den Krieg hinnehmen, so wären ja Versuche, den Frieden zu erhalten, unnötig. Ich habe oft ausgeführt, daß alle Regierungen der kapitalistischen Staaten seit langem ein voll gerütteltes Maß von Schuld auf sich gehäuft haben. Das Weiträsten hat mehr und mehr die Reibung erzeugt. Wollen wir nicht so viel Mut haben, das was wir vor dem Kriege gesagt haben, noch jetzt aufrechtzuerhalten, statt es zu verurteilen? Wie hat David damals im Reichstag gesprochen! Der Schuß von Serajewo ließ ausbrechen, was über uns hing.

Der Redner untersucht die Bedeutung der russischen Robilmachung für den Kriegsausbruch und für das Eintreten der Erfüllung des Dreibündnertrages und weist u. a. darauf hin, daß Prof. Hans Delbrück im „Tag“ vom 27. April 1916 ausgeführt hat, daß Deutschland bei seinem Eindringen in Ostpreußen militärisch noch nicht genügend vorbereitet war und dieser Einfall aus Rücksicht auf die geängstigten Volksmassen in Frankreich erfolgt sei. — Jede sozialistische Partei hat zunächst sozialistische Politik im eigenen Lande zu machen, das stellt auch das von Quard zitierte Manifest von Basel fest, daß die Kooperation der Internationale erforderlich sein würde. Ich habe nicht behauptet, der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom April 1915 beweise, daß Deutschland ein englisches Angebot zurückgewiesen habe, sondern ich habe erklärt, daß dieser Artikel England davon abhalten mußte, an eine Friedensvereinbarung Deutschlands zu glauben. Ich muß nicht alles als bewiesen ansehen, was unser Staatssekretär Zimmermann sagt, er hat die Staatsdrögen zu beachten. Ich habe im Reichstag nicht noch einmal hierüber gesprochen, denn ich habe es in der Presse ausführlich behandelt. Der Unterstaatssekretär bestritt, daß von der englischen Regierung ein Friedensversuch gemacht sei, das hatte ich nicht behauptet, sondern, daß angegebene private Persönlichkeiten — wie der Unterstaatssekretär Drexelshaus — versucht hätten, nachdem sie im englischen Ministerium des Außerens herumgehört hatten, zwischen England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Selbstverständlich werden heutzutage Friedensanregungen durch neutrale Länder lanciert, nicht direkt.

Die Ablehnung der Kredite erscheint uns als ein Dienst für unser Volk. Als internationale und deutsche Sozialisten zugleich hätten wir auf Friedensverhandlungen mit der entscheidenden Gegenmacht und zur rechten Zeit und Gelegenheit hinzuwirken sollen.

Der Redner weist u. a. auf die Rede des damaligen Reichspräsidenten v. Bebel am 15. März 1915 hin. Der Präsident sagte: Wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abzuwehren, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht zu-

frieden erklären. Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Gab und Gut, müssen wir mehr fordern." Am Schluß sagte er, daß er im Namen zahlreicher Herrenhausmitglieder gesprochen hätte. (Leb. Hört, hört!)

Wir müssen uns sagen, es wurde eine Gelegenheit, auf den Frieden hinzuwirken, nicht ausgenutzt. Wir von der Opposition wollen versuchen, was uns als unsere Pflicht erscheint, zu erreichen und erreichen wir es nicht, so haben wir das Gefühl, das im Interesse des deutschen und des internationalen Proletariats Notwendige getan zu haben. Wir wollen, daß aus unserer großen Partei nicht, wie stolz es in seiner Denkschrift „Am Scheidewege“ gewünscht hat, eine nationalsozialistische Partei werde, sondern wir wollen sie aufrecht erhalten als die alte sozialistische Partei, als die Partei des internationalen Sozialismus. (Lebhafte anhaltender Beifall und Gändelläutchen bei der Opposition.)

Scheidemann: Ich glaube, von vornherein durch mein Referat die Schaffung einer Grundlage versucht zu haben, die ein wenig ruhiger und sachlicher, von Angriffen freie Aussprache ermöglicht hätte. Leider muß ich im Schlußwort auf viele Dinge eingehen. In der Behauptung, daß wenn wir die Steuerpolitik der Arbeitsgemeinschaft gemacht hätten, die Arbeiter auch noch die Kriegsteuer hätten bezahlen müssen, sehe ich nichts Demagogisches, sondern lediglich eine Tatsache. Ich habe über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft nur in geschlossenen Mitgliederversammlungen geredet. Ein Genosse hat ja hier auch unter allgemeiner Heiterkeit gesagt, er lehnt solche Steuern ab und wartet, bis bessere kommen. Die angebliche Demagogie Dittmanns, damit er eingezogen werde, liegt so, daß der Geschäftsführer in einer Weise, die keiner mehr verurteilt als ich, an das Kommando geschrieben hat, als ein anderer Redakteur eingezogen werden sollte: Nehmen Sie nicht den, der wird hier notwendiger gebraucht, nehmen Sie lieber den Dittmann! (Dittmann: Viel schlimmer ist es gewesen. Er war Ihr Vertrauensmann!) Nein, das ist nicht mein Vertrauensmann, sondern ein Parteigenosse wie jeder andere. Wenn wir den Beschwerden über Eingischung reklamierter nachgehen, dann heißt es immer, daß die Reklamation für ein bestimmtes Geschäft hinwürgt, sobald der Mann das Geschäft verläßt. Ungerechtigkeiten beurteilen wir selbstverständlich ebenso scharf, wie den ganzen Belagerungszustand. Die Fahrt nach der Westfront war wirklich keine Vergnügungsfahrt, sondern eine sehr strapaziöse Tour, die wir im Interesse der Arbeiter und Soldaten draußen gemacht haben. Erst vorgestern sind wir aus dem Osten aufgefördert worden, hinzukommen. (Große Unruhe der Opposition.) Wenn es meine Zeit erlaube, würde ich selbstverständlich diesem Wunsch sofort entsprechen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Schon für das, was wir bisher an Ort und Stelle tun konnten, sind uns die Leute draußen sehr dankbar. (Beifall bei der Mehrheit.)

Man spricht so viel von den „Massen“. Die zwei Versammlungen, die ich in meinem Wahlkreis jetzt abhielt, waren so überfüllt, daß kein Apfel zur Erde fallen konnte. Daraus wurden Schlußfolgerungen gezogen, die mich nichts angehen. Das Parteiorgan sagte aber, das waren nicht die Massen, das war Kreutz und Plethi. (Hört! hört! Dittmann: Das ist aber richtig!) Sind also die Massen für eine Sache, die Ihnen nicht gefällt, dann sind Kreutz und Plethi — wahrlich die beste Art, Leute von der Partei abzustößen. (Dittmann: Ist aber doch Kreutz und Plethi gewesen, waren keine Parteigenossen!) Es ist nicht wahr, daß wir alle in dem von Lenin und Thälmann herausgegebenen Sammelwerk in Harmonie schwimmen. Ich z. B. schreibe, daß wir das freie Wahlrecht erkämpfen müssen. Ist das Harmonie? Die ganzen Oppositionsbehauptungen vom Parteiverrat usw. sind schon immer angewendet worden, von Bakunin gegen Marx und Engels, auch von den „Junger“. (Der Redner befragt das durch Nitze aus Bakunin.) Sie würden uns einen Gefallen tun, wenn Sie wenigstens mal ein neues Schimpfwort erfinden würden! (Große Heiterkeit. Zuruf: Mit dem Witz löschen Sie das auch nicht aus!)

Wenn wir leider noch nicht gemeinsam zusammenarbeiten können, dann muß jeder von uns wenigstens alles vermeiden, was uns noch weiter auseinanderreiben muß zum Schaden der Arbeiterklasse. Gegen Meinungsäußerungen von links oder rechts haben wir nicht vorzugehen, aber wir sind verpflichtet einzugreifen, wenn durch Taten die Organisation mißbraucht wird und verglichen. (Zuruf: Sündel im Nationalauschuß!) Das ist doch gerügt worden. (Zuruf: Aber nicht öffentlich!) Sollen wir denn noch mit Derartigem an die Öffentlichkeit treten? Die Spielarten in der Rinderheide organisieren sich besonders, die in der Mehrheit bleiben zusammen und halten Disziplin — das ist der Unterschied. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Nicht um „stumme Hunde“ handelte es sich, was ein starkes Wort, aber kein starkes Argument ist, sondern darum, die Fraktion wieder arbeitsfähig zu machen. Bei Liebknecht sagte man sich, es ist nur e in Mann, nachher aber war die Fraktion vollkommen lahmgelegt und hätte nicht weiterarbeiten können. Der Beschluß machte die Genossen auch nicht zu stummen Hunden, sondern gab ihnen volle Diskussionsfreiheit in der Fraktion; es war erklärt, daß derjenige nicht in eine Kommission geschickt werden oder als Fraktionsredner im Plenum auftreten kann, der Gegner dessen ist, was die Fraktion für richtig hält. (Lebhafte Widerspruch bei der Opposition.) Wenn Parteispaltung erfreulich gefunden wird, dann könnte man sich doch viel besser als auf Frankreich auf Russland und Polen berufen. Wenn wir uns hätten eine polnische und russische Taktik, die gar nicht für uns paßt, aufbringen lassen, dann hätten wir foundbiviele Parteien statt einer großen Partei. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Erbitterung wurde hervorgerufen durch die Art der Spaltung. Wir hatten beschloffen, zum Notetat nicht zu reden, während einige von uns im Senatorenkonvent waren, legte Haase die letzte Feile an seine fertige Rede, und dann, als der Präsident in den Saal trat, sagte Haase zu mir: Ich werde jetzt reden, wir lehnen den Notetat ab. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Niemand war über diese Ueberrumpfung mehr empört als die intimsten Freunde von Haase selbst. (Lebebour: Namen nennen!) — (Zuruf: Doch!) Die Behandlung der Soldaten wurde sehr ausführlich in der Kommission besprochen und der Kriegsminister versprach, einen sehr scharfen Erlass sofort hinauszugeben. Eine öffentliche Verhandlung im Plenum hätte weder unseren Soldaten noch unserem Lande genützt und wäre nur ein geübtes Feffren für das Ausland gewesen. Die französischen Flieger hätten es ebenso gut über unsere Truppen abgeworfen, wie jetzt alle Reproduktionen der Flugblätter. Die Verlesung der Friedensziele hätte eine große Debatte von unglücklichster Wirkung für unser Heer hervorgerufen, und hätte nur den ausländischen Kriegsbehörden einen Dienst erwiesen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Später haben wir unsere Friedensziele veröffentlicht.

Dann ist noch von der Friedensinterpellation vom 9. Dezember 1915 gesprochen worden. In der Fraktion wurde sie mit 93 gegen 6 Stimmen angenommen. Sie entsprach auch vollständig der damaligen Situation; der Reichskanzler konnte damals angesichts des Verhaltens der gegnerischen Staatsmänner unmöglich erklären, daß er überhaupt nichts wolle. Die Formulierung unserer Interpellation gab immerhin die Möglichkeit einer Antwort, wenn wir auch alle gewünscht hätten, er hätte sich deutlicher ausgesprochen. Ferner sollen wir die Bedrängnis der Regierung nicht zum Erwerb politischer Rechte ausgenutzt haben. Haase selbst hat am 10. März 1915 gesagt, die Sozialdemokratie denke nicht daran, für ihre Bestimmungen vom 4. August und 2. Dezember eine Gegengabe zu fordern. Wenn die Landesverteidigung eine Pflicht ist, so erfülle ich sie, wenn das Vaterland in Gefahr ist, und kann nicht sagen, ich erfülle sie nur dann, wenn ich foundbiviele dafür bekomme. Solch politischer Kuhhandel wäre unserer Partei unwürdig. (Lebebour: Das ist auch unsere Auffassung!) Dann bestreitet Haase, daß die Mehrheit in der jetzigen Zeit mehr gebunden sei als die Minderheit. Aber wir müssen sehr rücksichtsvoll ihnen gegenüber sein, weil unter Umständen dem einen oder anderen Unannehmlichkeiten erwachsen könnten und auch, weil Sie uns leicht den Vorwurf der Demagogie machen können; dagegen umgeben Sie sich immer mit einem Schleier des Geheimnisses, das uns zum Frieden führen könnte. Auch vertrauliche Mitteilungen dürfen wir nicht preisgeben, was würden sonst solche Mitteilungen nicht mehr bekommen. Haase wirft uns vor, daß wir uns auf Staatsmänner berufen. Er selbst aber beruft sich auf „Männer in angesehenster Stellung“, die die

Mitteilung von den Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär Helfferich und den sechs Wirtschaftsverbänden zur Veröhnung mit dem Reichskanzler gemacht haben sollen. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptblatt der sechs Wirtschaftsverbände, aber demontiert diese Nachricht. Also meine Gewährsmänner sind mir doch lieber als die, die ich nicht kenne. — Dann der schwere Vorwurf, daß wir selbst es den Franzosen unmöglich gemacht haben, mit uns zusammenzukommen, weil es in unserer Erklärung heißt: „Wenn das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind.“ Ja, sollen wir denn für unser Land auch nicht die Spur von Empfinden haben? Auch deshalb sollen wir nicht zu Friedensverhandlungen mit den Franzosen kommen können, weil wir die Parole ausgegeben haben: Durchhalten bis zum Siege. Das Wort „durchhalten“ habe ich aus dem „Vorwärts“ übernommen, der im September 1914 schrieb, gleichviel wie man in den Krieg hineingekommen sei, jetzt müsse unter allen Umständen durchgehalten werden und man müsse siegen. Auch in der „Neuen Zeit“ wurde das für selbstverständlich erachtet. Und habe ich denn bei dem „Durchhalten bis zum Siege“ etwa an Eroberungen gedacht? Ich glaube, ich war der erste, der diesen Fikelfangereien von Eroberungen auf das Entscheidende auf den Leib gerückt ist. Stets bin ich für einen Frieden eingetreten, der keinem Land unehrenhafte Bedingungen stellt. Nebenbei hat ja auch Haase in Königsberg vom Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden gesprochen. (Haase: Ehrenvoller Friede ist etwas anderes als Ritterschmetterung der Gegner!) Hat etwa einer von uns von der Ritterschmetterung der Gegner gesprochen oder geschrieben? Kann das etwa auf mich bezogen werden? (Haase: Nein!) Dann wirken Sie doch darauf hin, daß die Genossen mit dieser albernen Parole nicht weiter haustieren gehen! Nachdem wir so oft die Hand über die Grenze ausgestreckt hatten, forderten die englischen Sozialisten im „Daily Citizen“ Tag für Tag die Arbeiter auf, sich als Rekruten zu stellen, jeden Tag forderte Ghindman auf, daß Italien in den Krieg ziehen solle, Genosse Bailant, der der Kriegspropaganda mehr und mehr verfallen war, forderte die Japaner dazu auf. Viviani, damals Ministerpräsident erklärte in der Kammer als Kriegsziel: Elaf; Lothringen muß unter allen Umständen französisch werden. Und fügte hinzu: Wir wollen einen ruhmvollen Sieg erkämpfen ohne Gnade! Die französische Fraktion schwieg dazu und in der „Humanität“ stand, sie habe diese Forderung akzeptiert. Wir aber im Reichstag erklärten, wir wollen den Frieden, wir strecken die Hand aus, wir schreiben Briefe an die Genossen und schicken ihnen Sendeboten — und dann diese Haltung! Da sagte ich, man muß den auswärtigen Parteigenossen zu verstehen geben, daß wir uns auch nicht wie Hunde behandeln lassen wollen. Wir wollen den Frieden, wenn Ihr ihn nicht wollt, zwingt Ihr uns zum Durchhalten. — Dann warf Haase in die Debatte, was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat. Aber Haase erklärte damals dem Reichskanzler sofort, daß er glaube, seine Mitteilungen beruhigen uns sehr wesentlich. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Daß die deutsche Regierung und speziell der deutsche Kaiser an dem Kriege keine Schuld tragen, hat auch die „Neue Zeit“ und das andere Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, anerkannt. Der „Vorwärts“ schrieb, daß wir häufig einen bitteren Kampf gegen den temperamentvollen Träger der Krone führen mußten, daß wir aber unumwunden anerkennen, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung namentlich in den letzten Jahren als aufrichtiger Freund des Völkfriedens bewährt hat. Kann man dem Kaiser ein größeres Vertrauensvotum ausstellen? In der Broschüre von Junius alter steht ausdrücklich, daß der Reichskanzler bis zur letzten Stunde bemüht war, unbedeutend um die militärischen Folgen den Krieg um jeden Preis zu verhindern. Bernsteins Stellung ist mir absolut unverständlich. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Er hat uns wissenschaftlich bewiesen, daß wir für die Kriegskredite stimmen müßten und er hat den Entwurf für die Erklärung ausgearbeitet. (Hört! hört!) Er hat uns direkt zur Stellungnahme verpflichtet, die wir jetzt eingenommen haben. Was die belgische Frage betrifft, so hat Bernstein früher geschrieben, es wäre eine selbstverständliche Pflicht der Strategie, sobald der Krieg unvermeidlich geworden ist, ihn so bald wie möglich in Feindesland zu tragen. (Hört! hört!) Der edle Engländer Bernhard Shaw hat in der New Yorker „Times“ geschrieben: Was Deutschland mit Belgien tat, hätten die Alliierten auch tun müssen und getan, falls die Gelegenheit dazu gehabt hätten. (Hört! hört!) Wir haben aber doch keine Ursache, englischer als Shaw und belgischer als Vandervelde und Brouderre zu sein. (Sehr richtig!) Kautsky sagt: Früher hätte er noch Vertrauen zum Parteivorstand gehabt, während die Massen es nicht hatten, und er habe den Massen deshalb zugestimmt: Habt Vertrauen! Jetzt hat Kautsky kein Vertrauen mehr und sagt nun auch den Massen: Habt kein Vertrauen! Die Parteigenossen sollen sich also orientieren nach Kautsky, je nachdem er Vertrauen hat oder nicht. Nach dem gestrigen Debacte des Genossen Kautsky werden sich die Genossen sehr hüten, sich in Zukunft einzeln und allein noch ihm zu richten. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Die Hauptsache ist, daß wir keinen Eroberungskrieg führen und wie wir zum Frieden kommen. Der ganze Verlauf des Krieges beweist, wie falsch es ist, diesen Krieg einen Eroberungskrieg zu nennen. Das haben auch viele Eroberungsschwärmer schon eingesehen. Der Krieg ist geblieben, was er von Anfang an gewesen ist, ein Verteidigungskrieg, in dem Deutschland um seine nackte Existenz kämpft. Denken Sie daran, was der Sozialist Thomas, der französische Munitionsmminister, als Antwort auf die Friedensrede des Kanzlers gesagt hat: Vom Frieden reden, heiße um Frieden betteln! (Lebhafte Hört! hört! bei der Mehrheit.)

Wir wollen den Frieden durch Verständigung lieber heute als morgen. Aber wenn wir den Frieden nicht um jeden Preis wollen, dann muß auf der anderen Seite doch wenigstens eine Spur von Entgegenkommen gezeigt werden. Auch heute rufen wir über die Grenze: hier ist unsere brüderliche Hand. Schlagt ein. Wenn aber die Aufforderung abgelehnt wird, dann können Sie nicht verlangen, daß wir den Buckel krumm machen, damit die andere Hand uns nun den Buckel verprügelt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wenn die anderen uns erst völlig besiegen wollen, nun, dann sagen wir ihnen: Ihr irrt Euch, wir wollen nicht, daß aus von Euch geschieht, was Euch mit unserem Willen nicht geschehen soll. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Unsere Friedensliebe kann nicht bezweifelt werden. Ich wünschte, daß unsere Freunde im Ausland unseren Ruf hören möchten: Schlagt ein in unsere Hand, erinnert auch Ihr Euch an das Wort: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Stürmischer Beifall und Gändelläutchen bei der Mehrheit.)

Nachdem Ebert wegen der vorgezückten Zeit auf das Schlußwort verzichtet hat, folgen persönliche Bemerkungen.

Dittmann-Solingen: Meerfeld und Koske haben behauptet, ich wäre auf der Redakteurkonferenz im September 1914 für die Politik der Fraktionsmehrheit eingetreten. Ich habe am 4. August allerdings für die Kredite gestimmt, lege aber Verwahrung dagegen ein, daß man die Politik des Chauvinismus, die jetzt getrieben wird, als die Politik des 4. August bezeichnet. Dann hat Scheidemann gesagt, ich hätte mich selbst reklamiert. Die Reklamation ist aber nur aus formellen Gründen von mir unterschrieben, da der Geschäftsführer sich geweigert hatte, mich zu reklamieren. Preklommission, Aufsichtsrat und Geschäftsvorstand waren sich über meine Reklamation einig. Der Geschäftsführer, der Veranlassung gegeben hat, daß ich sofort eingezogen wurde, ist noch heute im Kreise für die Scheidemannsche Politik tätig. (Hört! hört!)

Quard Bernstein: Die Behauptung Scheidemanns, die englischen Sozialisten hätten Tag für Tag zur Rekrutierung aufgefordert, weise ich in deren Interesse zurück. Keir Hardie, Snowden, Macdonald haben ein glänzendes Beispiel internationaler Solidarität gegeben.

Frau Zieg: Gegenüber Sindermann stelle ich fest, daß ich vom ersten Tage an gegen die Kreditbewilligung und für eine selbständige sozialdemokratische Politik im Parteivorstand und Ausschuß eingetreten bin. Scheidemann unterstellte mir, ich hätte dafür plädiert, daß wir der Regierung mit Gott weis was für Maßnahmen hätten drohen müssen, um Einfluß auf sie auszuüben. So naiv bin ich nicht. Ich habe vielmehr gesagt, daß, wenn wir eine

selbständige Politik betrieben hätten, die Regierung gewußt hätte, daß sie die Sozialdemokratie nicht so in der Hand hat wie jetzt.

Dr. David: Gegenüber der Darstellung Stadthagens verweise ich darauf, daß ich in der Kommission zugunsten Liebknechts gesprochen habe. Ich habe die bürgerlichen Vertreter ersucht, nicht so nervös gegenüber starken Worten zu sein. In diesem Zusammenhang habe ich an das Wort erinnert: Hunde, die bellen, beißen nicht. Das bekannte Flugblatt „Hunde“, das den Gedankengang Stadthagens betrifft, verkehrt mein und Landobergs Auftreten zugunsten Liebknechts in unerhörter Weise in das Gegenteil. Gätte ich unter Hinweis auf die Uebereinstimmung dieses Flugblatts mit den Ausführungen Stadthagens etwa gesagt, daß Stadthagen mit einem fremden Kalbe gepflügt habe, dann würde ich nach der Logik Stadthagens ihn selbst ein Kalb genannt haben. (Heiterkeit.)

Koske: Ich habe nicht von Haases persönlicher Ehrenhaftigkeit und Uneigenmächtigkeit gesprochen, hier war lediglich die Rede von seiner politischen Betätigung von der Art, wie er seine Kollegen mit dem Gebot der Stunde überfiel, wie er, ohne der Fraktion auch nur Mitteilung vorher zu machen, ihrem Beschluß entgegenhandelte.

Meerfeld: Gätte Haase die Geschichtsauffassung gestern so vorgetragen wie heute, so hätte ich ihm nicht entgegengetreten brauchen. Dittmann beirrit, in der Redakteurkonferenz die Politik der Fraktion verteidigt zu haben. Er tat es so glänzend, daß selbst Heilmann sagte, besser könnte er es auch nicht tun.

Sildenbrand: Haase wollte die Abspaltung von der Fraktion mit Ausführungen über den Magdeburger Vorkrieg begründen. Dort aber sagte er, die Forderung, daß die Mehrheit ihr Erklärtes preisgeben soll zugunsten der Minderheit, sei die verkehrte Welt. Ferner sagte er, über das Interesse der Partei kann nur die Mehrheit entscheiden, sonst höre die Geschlossenheit und Einigkeit auf, und es müsse zur Auflösung kommen. Und dieser selbe Haase hat die Verantwortung für die Sprengung der Fraktion.

Haase: Meerfeld bemerke ich, daß ich Selbstverständlichkeiten in meinem Referat nicht vortragen wollte. Bei Sildenbrand sehe ich nur, wie doch Genossen aneinander vorbeireden können. In Magdeburg führte ich zunächst den Negellfall an und sprach dann von Ausnahmen unter ganz bestimmten Bedingungen, und diese liegen jetzt vor. Kostes Ausführungen klangen jetzt anders als am Vormittag; aber auch meinen politischen Charakter anzugreifen hat niemand das Recht. — Wenn ich gesagt habe, die Erklärungen des Reichskanzlers über Belgien seien wesentlich beruhigend für uns gewesen, so habe ich doch auch in demselben Zusammenhang gesagt, wir dürften dadurch nicht auf den Gedanken kommen, daß der Reichskanzler gegen jede Annerkennung sei. Was Scheidemann über den Ueberfall mit der Fiede zum Notetat gesagt hat, trifft zwar im wesentlichen zu, aber es muß anders bewertet werden. Ich habe ihm in Uebereinstimmung mit meinen Freunden nur deshalb nichts von meiner Absicht, gegen den Notetat zu sprechen, mitgeteilt, weil er sonst lokalweise dies im Senatorenkonvent hätte mitteilen müssen, und dann hätten die bürgerlichen Parteien sicherlich meine Absicht bereutet. Sie können von Ihrem Standpunkt aus sagen, daß war nicht korrekt, aber Sie können mir nicht Vorwürfe machen wie Treubruch und Ueberfall. (Zuruf: Hoch hat es gesagt!) Daß Hoch damals leidenschaftlich und aufbrauend etwas gesagt hat, was er nicht verantworten konnte, das befreie ich menschlich und ich mache ihm daraus keinen Vorwurf. Gegenüber Scheidemanns Bemerkungen über den Bericht der „Königsberger Volkszeitung“ weise ich darauf hin, daß ein Sieg immer in sich die Niederlage eines andern schließt und darum etwas ganz anderes bedeutet als ein ehrenvoller Friede, bei dem kein Teil gedemütigt wird.

Lebebour: Landberg und andere Genossen haben darauf verwiesen, daß ich einmal in einer vertraulichen Aussprache im Berliner Zentralverein gesagt habe: wenn die Russen an der Oberhand sind, so müßten auch wir die Kriegskredite bewilligen. Ich habe in jener Sitzung die Genossen, die im Gegensatz zu mir für die Kredite gestimmt haben, in Schutz genommen gegen den Vorwurf, sie hätten Parteiverrat getrieben. Ich habe den Genossen gegenüber, die zu ihren Vorwürfen aus den Gedankengängen des Verteidigungsministeriums kamen, gesagt, daß unter Umständen die Bewilligung von Kriegskrediten nicht den Beschüssen der Parteitage und internationalen Kongresse zu widersprechen brauche. Als ein krauses Beispiel dafür habe ich gesagt: wenn die Russen an der Ober und die Franzosen am Rheine stehen. Das sollte aber nicht heißen, daß man so lange warten müßte. (Zuruf: von der Mehrheit: Das ist ja noch besser!) Dieses krause Beispiel sollte darlegen, daß es sich dann um einen Verteidigungskrieg handeln würde. Für den gegenwärtigen Krieg halte ich aber diese Voraussetzung nicht für gegeben.

Reil: Stadthagen hat unter vielen andern persönlichen Angriffen auch behauptet, ich hätte im Reichstag mit Bezug auf Liebknecht den Zwischenruf gemacht: „Riedertrüglicher Ker!“, „raus mit ihm“ und mit Bezug auf Haase: „Liebknecht Nr. 2“. Ich stelle fest, daß an der Behauptung Stadthagens kein wahres Wort ist. Sie ist lediglich seiner trüben Phantasie entsprungen. (Hört! hört!) Scheidemann hält Haase gegenüber seine Ausführungen über die Friedensfrage aufrecht.

Stadthagen: David ist im Irrtum, wenn er sagt, meine Logik in der Sache Liebknecht sei verkehrt. Ich sagte nicht, daß die Mehrheit die Absicht gehabt habe, Liebknechts Verurteilung herbeizuführen, sondern ich sprach von den Wirkungen, die solche Bemerkungen von der Mehrheitseite haben.

Hoch: Es ist mir überaus unangenehm, hier vor der breiten Öffentlichkeit auf den rein persönlichen Zusammenstoß zwischen den Genossen und Haase und mir einzugehen. Haase ist ein Mann, mit dem mich ein ganzes Menschenalter Freundschaft verbindet und dem ich heute noch als einem Ehrenmann nicht nur in persönlicher, sondern auch in politischer Beziehung meine Achtung schenke. Scheidemann nötigt mich aber, die Juridikalität aufzugeben, weil er ziemlich deutlich gesagt hat, daß Haases Verhalten von seinen besten Freunden am schärfsten beurteilt worden sei. Gewiß habe ich in selbstständlicher Erregung damals gehandelt, aber was ich getan habe, das kann ich verantworten. Der Parteivorstand hat jenen Vorgang in einer für den Parteausschuß bestimmten Schrift mitgeteilt und dadurch gerade die Mißverständnisse hervorgerufen. Ich habe dem Vorstand den Tatbestand eingehender dargestellt und gezeigt, daß die Sache dadurch eine andere Wendung nimmt. Ich hat den Parteivorstand, nur im inneren Kreise für Aufklärung zu sorgen, und ich behauere es sehr, daß Sie (zur Mehrheit) mich genötigt haben, die Juridikalität, die ich und die auch Haase beodachten wollte, aufzugeben. (Haase: Es ist ja erledigt mit dieser Bemerkung, nun weiß doch jeder, woran er ist.) Ich glaube Haase diese Aufklärung schuldig zu sein. Wenn er aber damit einverstanden ist, kann ich mich auf die Erklärung beschränken, daß ich das, was ich damals getan habe, für meine Pflicht hielt als Freund und Parteigenosse, und daß kein Grund vorliegt, deshalb einen Stein auf Haase zu werfen. (Beifall bei der Opposition und Unruhe.)

Vorher wird folgende

### Erklärung

zur Kenntnis genommen: Wir sind der Ueberzeugung, daß es dem Wesen der Parteikonferenz und der Auffassung weitester Parteikreise widerspricht, daß Beschlüsse, die der Partei politische Richtung geben sollen, gefaßt werden. Wir sind überzeugt, daß Resolutionen, wie die von Auer und Genossen und von Dr. David und Genossen zur Bindung der Parteigenossen ausgenutzt werden können.

Wir sind endlich überzeugt, daß die Resolutionen David und Auer, die Partei der Einheit und Geschlossenheit nicht entgegenzuführen werden.

Aus diesen formalen und sachlichen Gründen lehnen die Unterzeichneten trotz mannigfacher Verschiedenheit der Anschauungen die Teilnahme an der Abstimmung über diese Resolutionen ab.

Schneider, Imbold, Stein, Thielmann, Scherffia, Schmidt-Weihen, Anrid, Hoch, J. Simon, L. Emmel, Dittmann, Brandes, Fuchs, Albrecht, Raute, Ebn. Fischer, Mich. Hielt, Kurt Eisner, Petrolas, Rimberg, Wudde, Krähig, S. Will, Gg. Trummer, Gothe, Stoll, Redelmeier, Böschmann, Klement, Hoffmann, Köfherdautern, Giermann, Fugel, Panzer, Adolf Traun, Erdmann, Gwald,

Es folgen die Abstimmungen. Zunächst wird abgestimmt über folgenden Antrag Haase-Redebour:

Da die Reichskonferenz nach dem Organisationsstatut der Partei keine Berechtigung hat, über sachliche Anträge zu beschließen, beantragen wir: eine Beschlusfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen. Haase, Redebour, Henke, Lipinski, Fleißner, Stadthagen, Dismann, Gottschall, Schraub, Dittmann, Stadler, Herzfeld, Bod, Horn, Wipke, Weiterlein, Nünemann, Drechsler, Jubel, Hennig, Reimand, Leopold, Volmershaus.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 276 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmen: Gottschall, Krauskopf, Hoyer, Mertins, Petermann, Jakubowski, Braun-Berlin III, Adolf Hoffmann-Berlin IV, Paul Hoffmann-Berlin IV, Margarete Wengels-Berlin IV, Volmershaus, Leid, Lauffant, Walscher, Fressel, Dunder, Pöckel, Wipke, Nünemann, Staab, Hanisch, Lesch, Pieper, Wulff, Cohn, Götlich, Krüsch, Braun-Löwenberg, Sporn, Proff, Kengel, Silbebrandt-Schweinitz, Reimand, Christange, Franke, Noenen-Quersfurt, Leopold, Wipke, Krause, Rebold-Erfurt, Thielemann, Schneider-Gelle, Windau-Vohum, Stadler, Lehmann-Wiesbaden, Köster, St. Goarshausen, Schnellbacher, Thomas, Rauth, Rich. Köster, Kubnert, Bühler, Drecher, Haas, Merkel, Westkamp, Rimbey, Schmidt-München-Gladbach, Thabor, Rinke, Kellen, Budde, Stark, Baumtritt, Panzer, Vill, Adolf Braun, Börschmann, Kadelmeier, Wüstner, Edert-Röhlingen, Storz, Dr. Curt Meyer, Karsten, Trummer, Eisner, Klement, Rauch, Jwaahr, Wehner, Scherffig, Weis-Dresden-Land, Schulze-Dresden-Land, Otto-Birna, Dietrich, Semmler, Mejer, Jungnickel, Ruder, Ehrdes, Blod-Weipzig, Scheib, Dentschel, Müller-Jwidau, Hilbig, Ludwig-Reichenbach, Schmidt, Matzloff, Hebel, Beckmann, Schaub, Fischer-Offenbach, Bed-Weimar, Kunkel, Eckardt-Weinigen, Gerhardt, Grabow, Drechsler-Neuh, Weiterlein, Sattler, Roland, Herger, Scheerle, Stern, Bahmann, Klawitter, Freimeyer, Hahly, Wünschmann, Bahr.

Von Abgeordneten: Albrecht, Antrid, Baudert, Brandes, Emmel, Erdmann, Ewald, Edmund Fischer, Fuchs, Hiels, Hoff, A. Hoffmann, Hüttmann, Hügel, Jaedel, Kräbig, Keutert, Petroses, Nauke, Reichhaus, Richard Schmidt, Simon, Eduard Bernstein, Bod, Büchner, Cesar Cohn, Meyer, Haase, Horn, Henke, Dittmann, Herzfeld, Kunert, Redebour, Hysel, Stadthagen, Stolle, Wurst, Jubel, Vogtberg.

Vom Parteiaussschuss: Dismann, Fleißner, Hennig, August Gortz, Leberm, Linde, Lipinski, Rosbide Wurm.

Von der Kontrollkommission: Adolf Ged.

Vom Parteivorstand: A. Wengels, Luise Zieh.

Mit Nein stimmen: Bartel, Frängel, Roland, Groger, Pagels, Rhynd, Kaufsch, Wellé, Schulz-Prenzlau, Bruns, Sidow, Jahn, Baehel, Dauh, Felber, Cohn, Galle, Verke, Vertlo, Knoch, Bräuner, Glusche, Herber, Baumann-Rolberg, Strohs, Schulz-Bromberg, Matuzowski, Dietrich-Liegnitz, Schab, Kothner, Zimmer-Preslau, Pflüger, Christ, Materne, Wirbig, Kühn-Vunzian, Planke, Schiller, Langer, Strihle, Schönwälder, Trappe, Köpfer, Patyna, Nocht, Brandenburg, Stendel, Schumann, Bernide, Schmidt-Neuhaldensleben, Koch-Wanzleben, Wigorowski, Weber-Halberstadt, Linke, Paulid, Ginter-Bernburg, Nidelsen, Willian, Alusmann, Nits, Krause-Gimshorn, Hadelberg, Vreour, Koller, Siedert, Wischoff, Weinheber, Winnig, Stellung, Velle, Vesper, Dörnte, Stein-Gameln, Seubold, Stephan, Barnede, Voelen, Wipinger, Schlüter, Hoffman-Bielefeld, Penker, Pieper, Sätred, Hartmüller, Klupsch, Krahn, Elertmann, Vredensbed, Karlenberg, Stähmeyer, Weingärtner, Wittig, Struwe, Gezeinski, Schuchardt, Hausmann, Erbes, Söllmann, Honrath, Geidel, Vongary, Schäfer, Everling, Schluchtmann, Müller-Rös, Schwarz-Niederthein, Gentner, Stieh, Biermann, Jörn-Gelangen, Ad. Müller, Ch. Schmidt-München, Kirchmayer, Kandelbinder, Saenger, Rimmerfall, Haberlander, Grahl, Simon-Augsburg, Wernthaler, Schmidt-Kaufbeuren, Denkher, Huber, Hartmann-Landau, Feldmüller, Birch, Kamp, Müller-Chemnitz, Jungnickel, Weber-Chemnitz, Schleicher, Kubnert, Ludwig-Reichenbach, Pflüger, Fischer-Cannstatt, Merkl, Schlegel, Frau Schradin, Steinmayer, Kowald, Rattutat, Rohrer, Krüger-Hall, Köpfer, Göhring, Huber-Ravensburg, Denker, Korn, Fajht, Breitenfeld, Hebel, Mellert, Schäbelin, Kolb, Strabel, Schubach, Staber, Raab, Bechtin, Lüdell, Seel, Seibert, Kröger, Goltnecht, Krüger-Malsin, Engelsbrecht, Diefenbach, Schmidt-Strelitz, Hoff, Löwig, Hirschelmann, Rehsche, Heilmann, Harms, Reister, Stadenbrof, Hug, Dubber, Lemble, Plume-Hamburg, Köpfe, Grosse, Wiesner, Seih, Hiele.

Von Abgeordneten: Bauer, Bender, Drei, Bloß, Wehne, Cohn, David, Davidsohn, Deichmann, Dieb, Feldmann, G. Fischer, Richard Fischer, Göhre, Prohme, Feuerstein, Ged-Mannheim, Giebel, Grabnauer, Grenz, Haberland, Hafenzahl, Heine, Hildenbrand, A. Hoffmann, Käppler, König, Keil, Körtzen, Landsberg, Legien, Lentsch, Segis, Roste, Quessel, Reus, Winau, Quard, Rauch, Sasse, Robert Schmidt, R. Schmitt, Schöpfkin, Schumann, Heinrich Schulz, Silberschmidt, Stubbe, Stolten, Spiegel, Südekum, Taulabel, Thiele, Thöne und Ulrich;

Vom Parteiaussschuss: Auer, Verke, Voelke, Bromme, Eberle, Weims, Meyer, Gell, Gruenwaldt, Hahn, Harber, Mose, Körner, Kürbis, Leinert, Böbe, Rauwer, Rehrer, Richard Reier, Reerfeld, Neumann, Richard Schmidt, Severing, Sindermann, Waigand, Walther und Wende;

Von der Kontrollkommission: Eugen Ernst und Timm;

Vom Parteivorstand: Bartels, Braun, Ebert, Gerlich, Müller, Rollenbühr, Pfannkuch, Scheidemann und Weis.

Hierauf erklären Redebour und Schnellbacher, daß die von ihnen vertretenen Gruppen Abstimmungen als über die Kom-

petenz der Konferenz hinausgehend erachten und sich daher an Abstimmungen über sachliche Anträge nicht beteiligen werden.

Ueber die Resolution zur Friedensfrage wird durch Stimmzettel abgestimmt, sie wird mit 261 gegen 5 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen.

Zur Abstimmung gelangt dann der Antrag Auer-München:

Die Reichskonferenz billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die Reichskonferenz mißbilligt das Sondergehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtkonferenz geführt hat und die Gesamtpartei aufs schwerste gefährdet.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Proff erklärt zu Protokoll, daß er letztendlich mit Nein gestimmt habe, und daß er sich enthalten wollte. In der Konferenz war mitgeteilt worden, daß der Antrag gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen wurde.

Mit Ja stimmen:

Bartel, Frängel, Roland, Groger, Pagels, Rhynd, Kaufsch, Wellé, Schulz-Prenzlau, Bruns, Sidow, Jahn, Baehel, Dauh, Felber, Cohn, Galle, Verke, Vertlo, Knoch, Bräuner, Glusche, Herber, Baumann-Rolberg, Strohs, Schulz-Bromberg, Matuzowski, Dietrich-Liegnitz, Schab, Kothner, Zimmer-Preslau, Pflüger, Christ, Materne, Wirbig, Kühn-Vunzian, Planke, Schiller, Langer, Strihle, Schönwälder, Trappe, Köpfer, Patyna, Nocht, Brandenburg, Stendel, Schumann, Bernide, Schmidt-Neuhaldensleben, Koch-Wanzleben, Wigorowski, Weber-Halberstadt, Linke, Paulid, Ginter-Bernburg, Nidelsen, Willian, Alusmann, Nits, Krause-Gimshorn, Hadelberg, Vreour, Koller, Siedert, Wischoff, Weinheber, Winnig, Stellung, Velle, Vesper, Dörnte, Stein-Gameln, Seubold, Stephan, Barnede, Voelen, Wipinger, Schlüter, Hoffman-Bielefeld, Penker, Pieper, Sätred, Hartmüller, Klupsch, Krahn, Elertmann, Vredensbed, Karlenberg, Stähmeyer, Weingärtner, Wittig, Struwe, Gezeinski, Schuchardt, Hausmann, Erbes, Söllmann, Honrath, Geidel, Vongary, Schäfer, Everling, Schluchtmann, Müller-Rös, Schwarz-Niederthein, Gentner, Stieh, Biermann, Jörn-Gelangen, Ad. Müller, Ch. Schmidt-München, Kirchmayer, Kandelbinder, Saenger, Rimmerfall, Haberlander, Grahl, Simon-Augsburg, Wernthaler, Schmidt-Kaufbeuren, Denkher, Huber, Hartmann-Landau, Feldmüller, Birch, Kamp, Müller-Chemnitz, Jungnickel, Weber-Chemnitz, Schleicher, Kubnert, Ludwig-Reichenbach, Pflüger, Fischer-Cannstatt, Merkl, Schlegel, Frau Schradin, Steinmayer, Kowald, Rattutat, Rohrer, Krüger-Hall, Köpfer, Göhring, Huber-Ravensburg, Denker, Korn, Fajht, Breitenfeld, Hebel, Mellert, Schäbelin, Kolb, Strabel, Schubach, Staber, Raab, Bechtin, Lüdell, Seel, Seibert, Kröger, Goltnecht, Krüger-Malsin, Engelsbrecht, Diefenbach, Schmidt-Strelitz, Hoff, Löwig, Hirschelmann, Rehsche, Heilmann, Harms, Reister, Stadenbrof, Hug, Dubber, Lemble, Plume-Hamburg, Köpfe, Grosse, Wiesner, Seih, Hiele.

Vom Parteiaussschuss: Auer, Verke, Voelke, Bromme, Eberle, Weims, A. Meyer, Gell, Gruenwaldt, Hahn, Harber, Mose, Körner, Kürbis, Leinert, Böbe, Rauwer, Rehrer, Richard Reier, Reerfeld, Neumann, Richard Schmidt, Severing, Sindermann, Waigand, Mar Walther und Wende.

Von der Kontrollkommission: Eugen Ernst und Timm.

Vom Parteivorstand: Bartels, Braun und Gerlich.

Mit Nein stimmen: Braun-Berlin III, Kamp-Dresden.

Der Abstimmung enthalten sich: Thielemann, Adolf Braun, Schneider-Gelle und Proff.

In einfacher Abstimmung werden angenommen, und zwar einstimmig ein Antrag Reerfeld-Sindermann gegen anonyme Flugchriften der Opposition, eine Resolution Robert Schmidt-Roske zur Lebensmittelfrage, eine Resolution Paulig-Weims-Wigorowski auf erhöhte Unterstützung von Angehörigen von Kriegsteilnehmern usw., eine Entschließung Kellers-Seih gegen die Verurteilung Liebschnecht und eine Resolution Auer-München auf Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in den Bundesstaaten usw.

Ein Antrag der Genossen aus München, die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion und die Mitglieder in den Gemeindevertretungen mögen zu einer gemeinsamen Aussprache über die Erfahrungen in der Lebensmittelversorgung zusammenberufen werden, wird auf Vorschlag Eberts dem Vorstand zur Erwägung übergeben, ebenso auf Vorschlag Keils ein Antrag Adolf Braun und Genossen auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Ueberganges aus dem Kriegszustand in die Friedenswirtschaft.

Ferner wird nach kurzer Debatte beschlossen, den vom Bureau fertiggestellten Bericht der Presse zur Veröffentlichung zu übergeben. Es soll aber dabei ausdrücklich betont werden, daß der Bericht aus Gründen der Zensur, namentlich bei den Reden der Opposition, nicht hat vollständig sein können.

Vorsitzender Ebert: Wir sind am Schluß der Verhandlungen. Der Zweck unserer Konferenz war eine offene und freie Aussprache über die Situation in der Partei und dieser Zweck ist meines Erachtens erreicht. Wir alle sind nicht mit übertriebenen Illusionen zu dieser Konferenz gekommen, niemand nahm an, daß sie den Parteifreit ausgleichen oder beseitigen könnte. Die Aussprache hat aber gezeigt, daß die Gegensätze nicht berast sind, daß ein weiteres Zusammenwirken innerhalb der Partei und damit die Aufrechterhaltung der Einheit und der Geschlossenheit der Partei unmöglich wird. Gewiß waren unsere Auseinandersetzungen zum

Teil sehr heftig, aber wir haben in der Partei und auf Parteitagungen schon oft viel heftigere Auseinandersetzungen gehabt. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei kann gewahrt werden, wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Wir von der Parteileitung sind fest entschlossen, in diesem Sinne zu wirken. Wenn jeder einzelne von Ihnen und wenn die Organisationen und darin unterstützten, dann hat die Konferenz gute Arbeit geleistet.

Der Meinungsstreit muß ausgetragen werden, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß wir Kameraden und Kampfgenossen sind, die alle dem großen, gemeinsamen Ziel zustreben: die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Knechtung. Diese große historische Aufgabe können wir nur erfüllen mit Zusammenfassung aller unserer Kräfte. In diesem Sinne bitte ich Sie einzustimmen in unseren alten bewährten Schlußruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

(Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen in das dreimalige Hoch ein.)

### Berichtigung!

In dem von Cohn-Neuh am zweiten Verhandlungstag verwendeten Kautsky-Zitat aus der „Neuen Zeit“ muß es richtig heißen, daß die Bedingungen der proletarischen Entwicklung durch den Sieg der eigenen Regierung gefördert werden könnten und das Proletariat dann in die unangenehme Situation gebracht werde, derselben Regierung die Mittel zu bewilligen, der man sie im Frieden verweigerte.

## Genossenschaftliches.

### Der Krieg und die französischen Konsumvereine.

Auf dem letzten englischen Konsumvereinstag, der Mitte Juni dieses Jahres in Lancaster stattfand, war auch ein Vertreter der französischen Konsumvereine anwesend. Er hielt eine bemerkenswerte Ansprache über die Lage der Konsumvereine in Frankreich unter den Wirkungen des Krieges, die im Internationalen Genossenschafts-Bulletin wörtlich wiedergegeben wird. Er stellte zunächst fest, daß die genossenschaftlich stärksten Bezirke Frankreichs in den von deutschen Heeren besetzten Gebieten liegen. In diesen Bezirken sind 850 Konsumvereine vollständig zerstört und auch die französische Großeinkaufsgesellschaft hat zwei ihrer wichtigsten Zweigstellen eingebüßt. Trotzdem hat sich die Konsumvereinebewegung im allgemeinen weiter entwickelt und besonders erfolgreich in der Lebensmittelversorgung und in der Preisregulierung der Waren geleistet. Interessante Schlaglichter warfen die Ausführungen auf das Verhältnis zwischen Militärverwaltung und Konsumvereinen. Es heißt da:

„Die Militärbehörden kamen dahinter, in welchem Maße die Soldaten durch den privaten Handel ausgedeutet wurden. Der Kriegsminister stellte insulgedessen der Großeinkaufsgesellschaft Automobile samt Räumen für ihre Unterbringung und Militärpersonal zur Verfügung, mit deren Hilfe fahrende Warenhäuser zustande kamen, die die Soldaten in den verschiedenen Teilen der Front zu den bestmöglichen Bedingungen mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen versahen.“

Ferner wurden von der Großeinkaufsgesellschaft genossenschaftliche Gast- und Speisehäuser in den Arsenalen eingerichtet. — Die Regierung wendete sich weiter auch wegen Festsetzung der Warenpreise an die Konsumvereinezentrale, weil sie erkannt hatte, daß das Genossenschaftswesen der beste Preisregulator und die geeignetste Störkraft zur Verhütung der Spekulation ist. — Um dem Fleischwucher entgegenzuwirken, führte man Gefrierfleisch ein, das bis dahin in Frankreich fast gar nicht verbraucht wurde. Auch hier sind die Konsumvereine mit der Beschaffung der nötigen Einrichtung und der Organisation des Verkaufs betraut worden, weil die Böswilligkeit der Händler jedes einigermaßen annehmbare Resultat (in bezug auf niedrige Preise) vereitelte. So sind in wenigen Monaten 55 Genossenschaftsschlächtereien entstanden! Nicht nur in Paris und anderen Großstädten, sondern auch in der Provinz, und ihre Zahl vermehrte sich ständig. Die Konsumvereine seien in keiner Weise auf die Schaffung und Instandhaltung von Schlächtereien vorbereitet gewesen; jetzt aber habe die Genossenschaftsorganisation den wichtigsten Teil des Fleischhandels in der Hand. Er werde Eigentum der Genossenschaften auch nach dem Kriege bleiben und dann in bester Weise ausgebaut und vervollkommen werden. Auf diese Weise habe man die Möglichkeit geschaffen, der Zivilbevölkerung wohlfeiles Fleisch zu beschaffen und der Widerstand des privaten Handels sei gebrochen worden.

Von diesen Vorgängen, die zunächst jetzt einen großen Vorteil für die Gesamtbevölkerung bedeuten, versprechen sich die französischen Konsumvereine — und wohl mit Recht — nach dem Kriege ein wichtiges und wirksames Mittel der Propaganda für das Genossenschaftswesen der Warenverbraucher.

Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß die Rede, der diese interessanten Angaben entnommen sind, ohne jede Wendung gegen das „feindliche Ausland“ lied. Es war eine ruhige, taktvolle und sympathische Rede, die in den Wunsch ausklang, daß nach Kriegsende die friedliche internationale Genossenschaftsarbeit sofort wieder einsetzen möge. Aus diesem Grunde wurde auch die Gründung einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft angeregt. — Von diesem internationalen Geiste waren übrigens auch die Verhandlungen des Kongresses getragen, an dem zirka 1000 Delegierte teilnahmen. (z)

# Nur noch eine Woche

hast Du Gelegenheit, Dir die Vorteile der Kriegaanleihe zu sichern: billigen Erwerb, hohen Zinsgenuß, größte Sicherheit, bequeme Einzahlungsbedingungen, keine Nebenunkosten.

Schluß: Donnerstag, den 5. Oktober mittags 1 Uhr